



# Danskernes Historie Online

Danske Slægtsforskeres Bibliotek

## Dette værk er downloadet fra Danskernes Historie Online

**Danskernes Historie Online** er Danmarks største digitaliseringsprojekt af litteratur inden for emner som personalhistorie, lokalhistorie og slægtsforskning. Biblioteket hører under den almennyttige forening Danske Slægtsforskere. Vi bevarer vores fælles kulturarv, digitaliserer den og stiller den til rådighed for alle interesserede.

## Støt vores arbejde – Bliv sponsor

Som sponsor i biblioteket opnår du en række fordele. Læs mere om fordele og sponsorat her: <https://slaegtsbibliotek.dk/sponsorat>

## Ophavsret

Biblioteket indeholder værker både med og uden ophavsret. For værker, som er omfattet af ophavsret, må PDF-filen kun benyttes til personligt brug.

## Links

Slægtsforskerens Bibliotek: <https://slaegtsbibliotek.dk>

Danske Slægtsforskere: <https://slaegt.dk>

# Der Minister v. Kretschmann

*Von Klaus Frhr. v. Andrian-Werburg*

*Sonderdruck aus Jahrbuch der Coburger Landesstiftung 1965*

## DER MINISTER v. KRETSCHMANN

### Versuch einer Staatsorganisation in Sachsen-Coburg-Saalfeld

Von Klaus Frhr. v. Andrian-Werburg

Theodor Konrad (seit 1801: v.) Kretschmann (1762–1820) zählt bis zur Gegenwart zu den umstrittensten Politikern, die jemals in Coburg tätig waren. Als er 1801 eine allem Anschein nach vielversprechende Laufbahn in der Verwaltung der preußischen Fürstentümer in Franken mit einem nur vage Aussichten eröffnenden Dienstverhältnis im Fürstentum Sachsen-Coburg-Saalfeld vertauschte, hob unter der wohlwollenden, nachsichtigen Duldung des schon schwerkranken, mehr der Kunstliebhaberei als der praktischen Regierungskunst zugewandten Herzogs Franz Anton (1800–1806) und unter der klugen, energischen Förderung der Herzogin Auguste geb. Prinzessin Reuß-Ebersdorf ein frischer Luftzug aufgeklärt-absolutistischen Tatendrangs an, den Staub althergebrachter Bequemlichkeit aus dem Regierungsapparat fortzuwehen. Anfängliche Erfolge wurden indessen sehr bald von der menschlichen Unzulänglichkeit aller Beteiligten verdeckt; sie verloren an Farbigkeit unter dem Druck größerer, vom Minister nicht zu verantwortender politischer Begebenheiten, und sie wurden endlich vergessen von einem Fürsten, der selbst von einem unbändigen Herrschensdrang besessen war, ohne doch der Eingebungen allzu vieler Ratgeber entbehren zu können. Nachdem Herzog Ernst I. die Regierung im August 1807 tatsächlich angetreten hatte und nachdem es ihm gelungen war, den seiner selbst nicht mehr sicheren Minister im Januar 1808 aus allem Einfluß zu verdrängen, verlor Kretschmann auch den letzten Rest guten Rufes, für den seine wenigen Freunde unerschrocken eingetreten waren. So ist es erklärlich, daß in dem, was seit 1822 über den Minister v. Kretschmann und seine Coburger Zeit geschrieben worden ist<sup>1</sup>, die Schattenseiten überwiegen, daß selbst unüberlegte Entstellungen in das Urteil über Kretschmann sich einschleichen konnten.

#### *I. Die vorcoburgische Zeit*

##### 1. Herkunft und Jugend

Die Familie leitet ihre Abstammung von einem Georg Kretschmann her, der 1646 in Nürnberg gestorben ist, und dessen Sohn Georg Klemens 1666 Hauptmann der Stadt Nürnberg war<sup>2</sup>. Der Großvater Carl Wilhelm beegnet 1724 als Diakon zu

Kulmbach; er lebte später in Höchstädt an der Aisch<sup>8</sup>. Den Schritt aus einfacheren bürgerlichen Verhältnissen tat Johann Adam, der 17jährig 1742 die Erlanger Universität bezog, drei Jahre später als Sekretär bei der markgräflichen Regierungsregistratur in Bayreuth angestellt wurde und 1772 als Rittergutsbesitzer und markgräflicher Justizrat in Bayreuth gestorben ist<sup>8</sup>. Ihm und seiner Frau Christiana Dorothea Keck wurde in Bayreuth am 8. November 1762 als jüngerer Sohn und zweites von vier Kindern Theodor Konrad Kretschmann geboren<sup>8</sup>.

Der Knabe erhielt eine sorgfältige Ausbildung. 1775 schickte ihn seine inzwischen verwitwete Mutter auf das Bayreuther Gymnasium, das er fünf Jahre danach mit der Rede »Von der edlen Gabe eines guten Herzens« absolvierte<sup>8</sup>. Zunächst hatte er wohl beabsichtigt, Theologie zu studieren<sup>8</sup>, doch ließ er sich beim Bezug der Universität Erlangen im Wintersemester 1780 bereits in der juristischen Fakultät immatrikulieren<sup>8</sup>. Sein schwieriges, die Umgebung oft abstoßendes Temperament, das ihm selbst noch am meisten schaden sollte, brach schon in der Erlanger Studienzeit hervor. Der junge Studiosus verließ die Universität 1782 ganz plötzlich, um in Saalfeld bei der dortigen coburgischen Hofkommission eine Sekretärstelle anzutreten, von der aus er noch bis zum Hof- und Regierungsadvokaten avancierte, wobei er auch für das Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt tätig war<sup>8</sup>.

Daß Kretschmann 1782 gerade nach Saalfeld ging, hatte gute Gründe. Sein Vater hatte 1766 von den Brüdern Christian Friedrich und Christoph Adolf v. Dobeneck auf Brandstein und deren Miteigentümern das Rittergut Kaulsdorf bei Saalfeld als Gläubiger erworben<sup>8</sup>. Die auf dem Gut ruhende Schuldenlast hatte sich indessen bis zum Tod Johann Adam Kretschmanns 1772 nicht wesentlich verringert, so daß der Landesherr die Revenuen des Gutes bis 1776 gewaltsam einzog<sup>7</sup>. Ein Reichshofratsurteil hatte das Gut zwar 1776 der Familie Kretschmann zugesprochen, doch setzten sich die Irrungen mit Sachsen-Coburg in der folgenden Zeit fort, als die Familie nach dem Aussterben der Grafen v. Mansfeld im Mannestamm Rechte, welche die Grafen an Kaulsdorf besessen hatten, Kursachsen anbot<sup>7</sup>. Unter vielen Schwierigkeiten ist es Theodor Konrad Kretschmann gelungen, das Gut zunächst zu halten, bis er es 1794 um 47000 fl an Preußen verkaufte<sup>8</sup>.

In seiner Saalfelder Zeit begann Kretschmann zunächst publizistisch als Jurist hervorzutreten. 1789 begründete er eine bis 1790 erschienene »Staatswissenschaftliche Zeitung«<sup>9</sup>, durch die er allerdings aufgrund freimütiger Besprechung öffentlicher Einrichtungen mit seinem Dienstherrn in so schwere Konflikte geriet<sup>10</sup>, daß er nach einer Haussuchung, bei der seine Frau im (zweiten) Kindbett betroffen wurde, den Dienst quittierte<sup>11</sup>. In der Absicht, sich auf die wissenschaftliche juristische Laufbahn vorzubereiten, ging er nach Jena<sup>8</sup>, von wo aus er 1791 für die Einreichung der Dissertation »De stupro voluntario« zum Dr. jur. der Hohen Carlsschule in Stuttgart promoviert wurde<sup>12</sup>. Im gleichen Jahr 1791 erhielt er an

der Universität Jena die *venia legendi* und begann im Hinblick auf künftige Lehr-  
tätigkeit mit dem Druck eines Werkes »*Principia iuris Germanorum civilis privati*  
*hodierni in usum auditorii sui*«, das bis 1793 in zwei Bänden erschienen ist<sup>8</sup>.  
Schon Ende 1792 erhielt er einen Ruf als a. o. Professor in die juristische Fakultät  
der Universität Erlangen. Kretschmann ist dem Ruf nicht gefolgt, da er in einem  
Dienstangebot von Hardenbergs, der durch seine Schriften auf ihn aufmerksam  
geworden war, lohnendere Zukunftsaussichten erblickte<sup>10</sup>.

## 2. In preußischen Diensten

In den fränkischen Fürstentümern der Hohenzollern war der vorher (seit 1790)  
markgräfliche Minister Karl August Frhr. v. Hardenberg in der Organisation der  
seit 1791 preußischen Provinz begriffen. Die Kenntnis der staatsrechtlichen Schrif-  
ten Kretschmanns veranlaßte ihn, den befähigten jungen Juristen in seine Ver-  
waltung zu rufen. So trat Kretschmann im März 1793 als Rat in die Kriegs- und  
Domänenkammer zu Bayreuth und damit in den preußischen Verwaltungsdienst  
ein<sup>14</sup>. Sein rastloser Geist fand für die nächsten Jahre ein reiches Betätigungsfeld  
im Ausgleich der staatsrechtlichen Verhältnisse mit den an die Provinz grenzenden  
Territorien<sup>15</sup>, in der Organisation der Unterbehörden, in staatsrechtlichen Aus-  
einandersetzungen mit den Landständen (die Landschaft wurde 1795 aufgehoben),  
mit Vorbereitungen zu einer Landesvermessung und -beschreibung der Fürsten-  
tümer<sup>16</sup>. Seine vielschichtigen Aufgaben zwangen ihn beizeiten, sich mit der  
Geschichte Ansbach-Bayreuths zu beschäftigen, wozu er vor allem im Archiv auf  
der Plassenburg die Unterlagen fand. Dieser Zweig seiner Interessen und seiner  
Arbeit verhalf ihm im Jahre 1795 zur Bekanntschaft, fast Freundschaft mit Karl  
Heinrich Lang, dem berühmten späteren Ritter v. Lang, der in seinen Lebenser-  
innerungen in wenigen Sätzen die früheste Charakteristik seines Bayreuther Be-  
kannten gibt<sup>17</sup>. Kretschmann, so schreibt Lang, sei einer von zwei Männern  
gewesen, denen er ein rasches Einarbeiten in seine Dienstgeschäfte im Archiv auf  
der Plassenburg zu verdanken habe. »Herr Kretschmann hatte sich ebenfalls nicht  
gar lange vor mir in Bayreuth niedergelassen, nachdem er vorher außerordentlicher  
Professor in Jena, und wenn ich nicht irre, eine kurze Zeit auch in Erlangen war.  
Er hatte ein sehr verschuldetes väterliches Rittergut, Kaulsdorf bei Saalfeld, sehr  
vorteilhaft an Preußen verkauft und dabei Urkunden und Mittel angegeben, die  
bisher zwischen Bayreuth und Coburg streitig gewesene Landeshoheit siegend  
für jenes zu entscheiden.« Nicht ganz zutreffend fährt Lang fort, daß ihm die  
sächsischen Häuser deshalb den Prozeß hätten machen wollen, daß Kretschmann  
aber mit Hilfe eines (Jenaer) Studenten entronnen sei und bei Hardenberg Auf-  
nahme gefunden habe, der in ihm den Mann erkannt hätte, welcher für die frän-

kischen Fürstentümer weitere Ansprüche ähnlicher Art durchzusetzen imstande sei. Von Kretschmanns späterem Leben aus zeigt sich rückschauend wieder einmal, wie scharf Lang zu beobachten wußte; ihm fiel an Kretschmann »ein unaufhörliches Wogen seines Gemütes« und das Bemühen auf, »überall Systeme und Theorien aufzustellen und diese gleichsam gewaltsam geltend zu machen.«

1796 wurde Kretschmann durch Hardenberg in die Zentrale der Provinzialverwaltung nach Ansbach gezogen. Er erhielt unter dem 13. April seine Bestallung als Geheimer Regierungsrat und vortragender Rat beim Ansbach-Bayreuthischen Geheimen Landesministerium; als Besoldung waren ihm jährlich 3000 fl, freie Fournage auf 4 Pferde und 30 Klafter Brennholz ausgesetzt<sup>18</sup>. Unmittelbarer Anlaß zu dieser Beförderung mag die damals weit fortgeschrittene, aber nicht mehr zur vollen Ausführung gelangte Arbeit über »Das Staatsrecht des Fürstentums Bayreuth« gewesen sein, an der Kretschmann seit 1793 gearbeitet hatte<sup>19</sup>. Er wurde jedoch bereits im folgenden Jahr, als das fränkische Ministerium aufgehoben und Hardenberg nach Berlin berufen wurde, nach Bayreuth zurückversetzt, wo er in den folgenden Jahren als 2. Direktor der Kriegs- und Domänenkammer wirkte<sup>20</sup>.

In der zweiten Bayreuther Zeit kaufte er im Jahre 1800 das Rittergut Erkersreuth bei Selb um 80 000 fl von Adam Christian Karl v. Lindenfels<sup>21</sup>. An den mit diesem Gut betriebenen Manipulationen entzündeten sich, wie noch zu sehen sein wird, 1804 die heftigsten Angriffe seiner Gegner in Coburg, und nachdem Kretschmann 1804 das ehemalige Kloster Theres bei Haßfurt aus der Säkularisationsmasse erworben hatte, wurde ihm, da die Herkunft seiner finanziellen Mittel nicht recht bekannt war, Bereicherung im Dienst vorgeworfen<sup>22</sup>. Es muß schon hier vorweggenommen werden, daß derartige Vorwürfe nicht aufrechterhalten werden können. Nach dem Verkauf von Kaulsdorf, bei dem er 47 000 fl erlöst hatte (1794), kaufte er das Rittergut Reitzenstein um 75 000 fl, zertrümmerte es mit landesherrlicher (preußischer) Genehmigung und verkaufte es 1798 mit einem Gewinn von 36 000 fl; ein weiterer Gutskauf mit anschließender Zertrümmerung brachte ihm 14 000 fl Gewinn<sup>23</sup>. Alles, was man Kretschmann dabei vorwerfen kann, ist sein ausgeprägter Sinn für Geschäfte und ein gewisser Hang zur Spekulation, der sich freilich verhängnisvoll auswirken konnte und auch noch sollte.

Im Jahre 1800 bahnte sich nun jene Entwicklung an, die Kretschmanns Leben bis zum Ende beeinflussen sollte. Im September dieses Jahres gelangte nach dem Tod seines Vaters Ernst Friedrich (8. September) Herzog Franz Friedrich Anton zur Regierung des Fürstentums Sachsen-Coburg-Saalfeld, das – nahezu hoffnungslos verschuldet – seit 1773 unter der Verwaltung durch eine kaiserliche Debit-Kommission stand. Der neue Herzog suchte nach Aushilfsmitteln und mußte sehr bald einsehen, daß er von den ihm überkommenen Räten und Beamten keine Hilfe zu erwarten hatte. Da wies ihn sein Schwager, Fürst Heinrich LI. von Reuß-

Ebersdorf (1761–1822) auf einen geschickten Finanzmann hin, den er 1796 kennengelernt und mit dem er schon damals vorgehabt habe, ihn nach dem Tod Herzog Ernst Friedrichs nach Coburg zu lancieren: den K. preuß. Kammerdirektor Dr. Theodor Kretschmann in Bayreuth<sup>24</sup>.

Die Verhandlungen zwischen Herzog Franz und Kretschmann gestalteten sich äußerst schwierig. Kretschmann hatte seine in der Saalfelder Zeit gemachten Erfahrungen mit Sachsen-Coburg noch in zu deutlicher Erinnerung, als daß er der Aufforderung des Fürsten Reuß und Herzog Franz', zur Sanierung des Fürstentums nach Coburg zu gehen, große Gegenliebe entgegenbringen konnte<sup>25</sup>. Man einigte sich schließlich darauf, daß Kretschmann in preußischen Diensten zwar verbleiben, aber während eines durch Herzog Franz bei König Friedrich Wilhelm III. von Preußen ausgewirkten Urlaubs die finanzielle Lage des Fürstentums studieren und einen Finanzplan zur Abhilfe der unmittelbarsten Schwierigkeiten ausarbeiten sollte<sup>26</sup>. In einem Erlaß vom 12. März wies der Herzog das Geh. Ratkollegium an, Kretschmann über alle staatsrechtlichen und politischen Vorfälle zu informieren und Beschlüsse nur im Verein mit ihm zu fassen, da »häufig Fälle vorkommen, wo das Staatsrecht und die Politik einen wichtigen Einfluß auf die Finanzen äußern«<sup>27</sup>.

Bekanntlich und wie schon bemerkt wurde, stand das Herzogtum zu diesem Zeitpunkt unter kaiserlicher Sequester; der Landesteil Saalfeld stand praktisch unter Gothaischer Landeshoheit; die Apanagen der herzoglichen Familie waren derart unzureichend, daß der Herzog auf Pensionen auswärtiger Fürsten und eine vom Prinzen Friedrich Josias ausgesetzte Pension in Höhe von jährlich 1200 fl angewiesen war; der Herzog sah sich von Gläubigern bedrängt; er lebte mit seiner Familie in unwürdigen Wohnverhältnissen, unter denen es am Nötigsten fehlte, so daß z. B. der Hofmarschall v. Wangenheim mit seinem Eßgeschirr bei der herzoglichen Tafel aushelfen mußte<sup>28</sup>.

Kretschmann war, wie die coburgischen Beamten noch festzustellen Gelegenheit bekommen sollten, ein schneller Arbeiter. Binnen weniger Wochen legte er dem Herzog einen Finanzplan vor, der eine raschere Schuldentilgung, als von der kaiserlichen Debitkommission für möglich gehalten, bezweckte und vor allem Maßnahmen zur Hebung des Gewerbefleißes der Untertanen, Gründung eines Schuldentilgungsfonds aus Etatüberschüssen und die strikte Einhaltung der Etats vorsah<sup>29</sup>. Aufgrund dieser Vorschläge stellte die Debitkommission ihre Tätigkeit ein<sup>30</sup>.

Herzog Franz Anton, zum erstenmal Herr wenigstens in einem Teil seines Landes, sah nichtsdestoweniger eine bedenkliche Zukunft vor sich. »Wer soll aber das Ganze zusammenhalten, wenn er [Kretschmann] hier weggeht?« – so schreibt er an den preußischen Generaladjutanten v. Köckeritz. »Wie sehr muß ich bei der

Indolenz und dem bösen Willen eines großen Teils meiner Diener fürchten, daß man vielleicht sogar absichtlich die alte Lage der Dinge wieder herbeiführt, bei der ihnen so wohl war. Ich halte es für ein wahres Bedürfnis und für das einzige Mittel, mich gegenwärtig ganz zu retten, diesen Mann an die Spitze meiner sämtlichen Geschäfte stellen zu dürfen«<sup>81</sup>. Dies war indessen das Letzte, was Kretschmann beabsichtigt hatte<sup>82</sup>; er sah sehr genau die Grenzen, die ihm in dem kleinen Fürstentum mit den beschränkten politischen Möglichkeiten und der beängstigenden Finanzlage gesetzt sein mußten. Er konnte sich den dringenden Bitten des Herzogs und der Herzogin<sup>83</sup> zu Verhandlungen nicht verschließen und gab endlich nach, als ihm der Herzog die fast unumschränkte Leitung der Geschäfte, gewisse finanzielle Forderungen und die Anbahnung einer Übernahme in russische Dienste<sup>84</sup> versprochen hatte. Herzog Franz bekräftigte seine Zusagen unter dem 21. April 1801 schriftlich, indem er zugleich eine Verzögerung erklärt: »... Schon früher würde dies geschehen sein, hätten sie [die Kretschmann'schen Bedingungen] nicht bei meiner Frau [!] eingeschlossen gelegen . . . Rechnen Sie stets auf mein volles Zutrauen, und daß ich unwankbar da sein werde, wo Feststehen und Ausdauern sicher zum Ziel führt . . .«<sup>85</sup>.

Über den Generaladjutanten v. Köckeritz in Berlin wurde nunmehr die preußische Dienstentlassung eingefädelt. Der Herzog stellt dar, daß Kretschmann »bei seinen tätigen Recherchen der Justiz-, Polizei- und Finanzsachen in meinen Landen . . . so viele Mißbräuche, Anomalien und Vernachlässigungen entdeckt« habe, »daß ich jetzt dem Augenblick mit Angst entgegensehe, wo sein Urlaub zu Ende geht und er nach Bayreuth zurückgehen muß«, wobei er besonderen Wert auf die Feststellung legt, daß er Kretschmann »alle Geheimnisse und Angelegenheiten meines Hauses anvertraut« habe<sup>86</sup>. In der Gewissheit, daß seine Bitte erfolgreich sein werde, fügt er folgenden Passus in den Brief ein: »Nach der Verfassung meines Landes muß derjenige, welcher den Fürsten auf den Landtagen von Altenburg<sup>87</sup> repräsentiert, von Adel sein . . . Im Fall Kretschmann die Leitung meiner Staatsgeschäfte übernehmen darf, wird er die Landtagsgeschäfte mit übernehmen müssen. Wenn Sie nun glauben, daß der König meine obigen Wünsche gewährt, darf ich es wohl wagen, Höchstdieselben zu gleicher Zeit um das Adelsdiplom für Kretschmann zu bitten, und wird der König die Gnade haben, es zu erteilen<sup>88</sup>. Noch habe ich Kretschmann nichts von [diesen] meinen Plänen gesagt . . .«. Diese Stelle widerlegt wohl hinlänglich die merkwürdige, nicht belegte Behauptung Bohleys, daß Kretschmann selbst sich die Verleihung des Adelsdiploms »ausdrücklich ausbedungen« habe<sup>89</sup>.

Am 8. Juli 1801 erfolgte die K. preußische Erhebung Kretschmanns in den Adelsstand<sup>90</sup>; am 11. Juli wurde er aus dem preußischen Staatsdienst entlassen<sup>91</sup>.



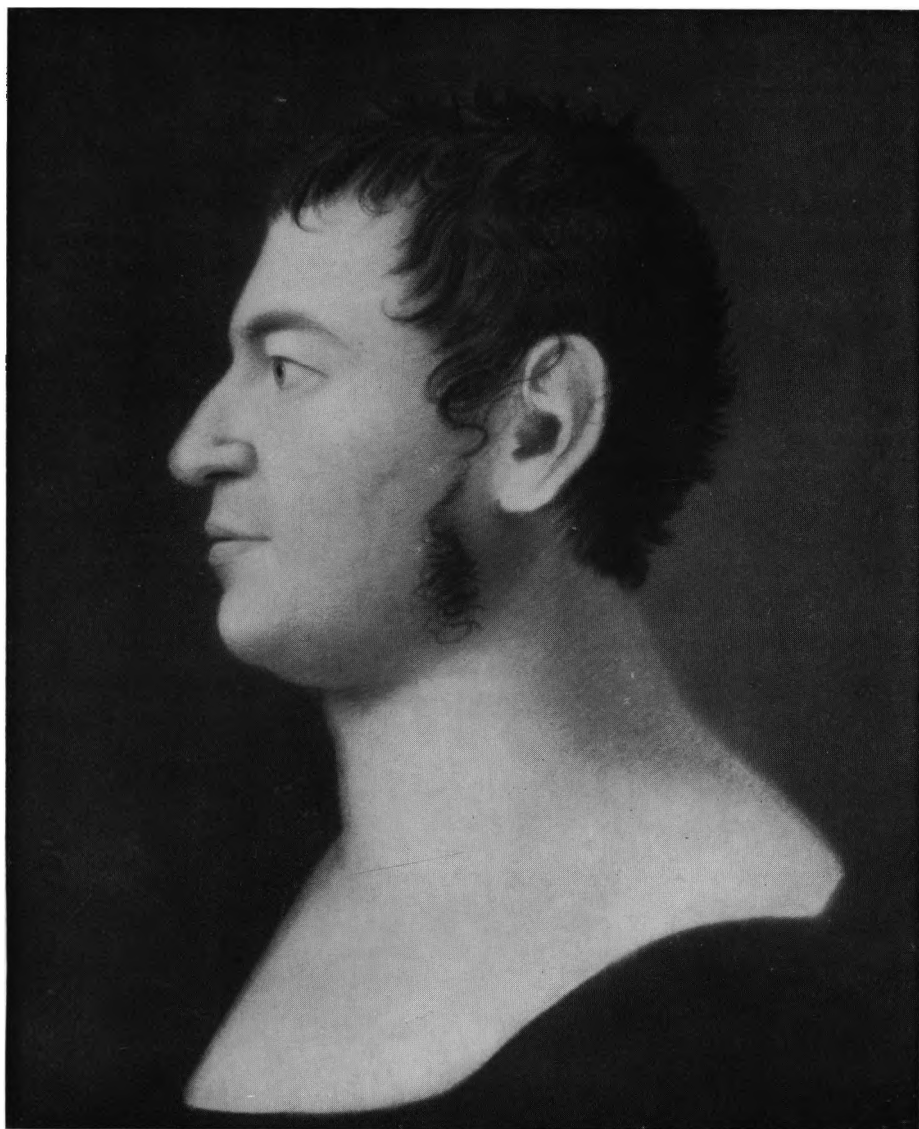


Abb. 1 Theodor Konrad v. Kroschmann (1752-1820)



Abb. 2a Herzogin Auguste zu Sachsen-Coburg-Saalfeld (1757-1831)  
Abb. 2b Herzog Ernst I. zu Sachsen-Coburg-Saalfeld (1784-1844)

## II. Der Minister

### 1. Als Leiter der Staatsgeschäfte unter Herzog Franz Anton (1801–1806)

Es ist unbedingt notwendig, sich bei der Betrachtung der nun einsetzenden, an vielfachen Aufregungen und Widerwärtigkeiten reichen Periode der Kretschmannschen Geschäftsführung in Coburg immer von neuem vor Augen zu halten, daß Kretschmann den coburgischen Dienst nicht gesucht hat<sup>42</sup> und daß die erste harte Kritik an der bisherigen Staatsverwaltung gegenüber Dritten vom Herzog geübt worden ist<sup>43</sup>, der dazu wahrscheinlich von der Herzogin Auguste, ganz bestimmt aber nicht durch Kretschmann veranlaßt worden war. Es konnte zunächst nur der Herzog hoffen, daß aus der Berufung Vorteile für ihn erwüchsen; für Kretschmann war ihre Annahme nur deshalb überhaupt möglich, weil ihm die Aussicht auf russische Dienste geboten wurde<sup>44</sup>.

Herzog Franz handelte, noch vor den offiziellen preußischen Maßnahmen, sehr schnell, nachdem ihm Köckeritz am 19. Juni geschrieben hatte, daß der König seine Wünsche zu erfüllen gedächte und der Staatsminister Frhr. v. Hardenberg alles Weitere veranlassen würde<sup>45</sup>. Am 27. Juni berief er Kretschmann offiziell zum dirigierenden Minister seines Fürstentums mit dem Titel eines Wirkl. Geh. Rates und verfügte am gleichen Tag die Auflösung des bisherigen Geh. Conseils<sup>46</sup>, welches aus den Geh. Räten Georg Friedemann Goebel<sup>47</sup>, Georg Friedrich Schnetter<sup>48</sup> sowie dem Geh. Legationsrat Anton Frhr. v. Gersdorf<sup>49</sup> bestanden hatte.

Die Auflösung des Geh. Conseils wie auch die Errichtung eines Geh. Departements als zentrale Nachfolgebehörde hatte zu den Voraussetzungen gehört, die Kretschmann dem Herzog für seinen Dienstantritt in Coburg genannt hatte. Schon am 13. Mai, also vor Absendung des herzoglichen Schreibens an Köckeritz, hatte Kretschmann für das Geh. Departement eine Instruktion entworfen, die vor dem 22. Juli<sup>50</sup> die Billigung des Herzogs fand. Die neue Oberbehörde setzte sich aus Kretschmann als Chef, Karl August v. Wangenheim als Geh. Assistenzrat, einem Geh. Archivar, einem Geh. Sekretär, einem Geh. Revisor, einem oder zwei Kanzlisten und einem Botenmeister zusammen. Ihre Aufgaben umreißt die Instruktion<sup>51</sup> wie folgt: Der dirigierende Minister besorgt sämtliche Reichs-, Kreis-, Staats-, Polizei-, Finanz-, Justiz-, Lehen-, Kirchen- und Militärsachen, er ist ständiger Kommissar auf den Altenburger Landtagen und bearbeitet die Familienangelegenheiten des herzoglichen Hauses; ihm untersteht die Generalkontrolle aller (auch der Stiftungs-) Kassen; er vollzieht die Etats mit Ausnahme desjenigen des Hofstaates, den sich der Herzog vorbehält. In die Geschäfte teilen sich Herzog, Minister und Assistenzrat derart, daß Kretschmann die Generalia ausschließlich und allein bearbeitet, Wangenheim dagegen die Spezialia überlassen bleiben,

wobei sein Votum allerdings vor den Expeditionen der ministeriellen Oberrevision unterliegt; die vom Herzog vollzogenen Gesetze, Bestellungen, Stiftungen, Privilegien, Begnadigungen, Abolitionen etc. werden vom Minister »auf Seiner Durchlaucht höchsten Spezialbefehl« erlassen; der Minister regelt die Geschäftsverteilung bei den Subalternen; dem Herzog schließlich sind im Beisein des Assistenzrates alle wichtigen Expeditionen vom Minister vor dem Auslauf vorzulegen, er prüft jeden Monat das Journal des Geh. Departements und im März jeden Jahres die Etats; am Ende des Geschäftsjahres ist ihm ein Generalbericht über die Geschäftsführung vorzulegen.

Nach den dargelegten Richtlinien wurde Kretschmann mit Datum vom 1. Juli 1801 unter Bezug einer Geldbesoldung von 6000 fl sowie Fourage für 4 Pferde, 30 Simmer Korn, 15 Simmer Weizen und 30 Klafter Holz jährlich bestallt<sup>82</sup>. Die Bestallung enthielt zusätzlich eine Versicherungsklausel, die später noch wichtig werden sollte, nach welcher Kretschmann für den Fall, daß er das Vertrauen des Regenten ohne eigenes Verschulden verlöre, unter Beibehaltung seiner Bezüge sein Amt niederlegen dürfe, und daß nach seinem Tod im Amt seine Familie abzugs- und nachsteuerfrei das Fürstentum verlassen könne.

Das Erscheinen des neuen Mannes machte natürlich Aufsehen, und als erstes kam eine Flut von Gratulationen und Bitten um Protektion auf den Minister zu, der sich höflich, aber äußerst kühl verhielt<sup>83</sup>. Unter denen, die sich dem neuen Mann auf das Wärmste zu empfehlen suchten, findet man etwa den Hofrat v. Griesheim<sup>84</sup> in Saalfeld, den Polizeikommissär Johann Ernst Schmidt und den Geh. Rat Hofmann<sup>85</sup> in Saalfeld, Angehörige der Familie v. Hendrich, den späteren Polizeidirektor in Coburg und damaligen Erlanger Professor Dr. Johann Andreas Ortloff. Kretschmann nimmt indessen keine Rücksicht auf Personen; als erste der von ihm für unbrauchbar angesehenen Staatsdiener werden die Geh. Legationsräte Johann Friedrich Heinrich v. der Schulenburg und Franz Friedrich Anton v. Gersdorf, letzterer bislang Mitglied des Geh. Conseils, veranlaßt, ihren Abschied zu nehmen. Indessen muß man behutsam verfahren, um die Behörden nicht gänzlich von Personal zu entblößen; auch beginnt erster Widerstand sich schon zu regen. Als der Minister, der nach unten weiterschreitend die ganze Behördenorganisation des Fürstentums umzugestalten gedenkt, Ende Juli 1801 vom damaligen Chef der unter dem Ministerium stehenden Mittelbehörde, der Landesregierung, ein Gutachten über die Möglichkeit einer Neuorganisation nach preußischem Muster erfordert<sup>86</sup>, überlegt sich der Kanzler Schnetter die Antwort acht Wochen und überreicht dann nicht etwa ein Gutachten, sondern berichtet ablehnend, daß die Verfassungen der Ernestinischen Länder derartiges nicht gestatteten<sup>86</sup>. Es gelingt immerhin die Errichtung eines Schuldentilgungsfonds bei der im April gegründeten Staatsbank<sup>87</sup> und die Schaffung von Ansätzen zu einer Reform des Schulwesens

wie der Justiz und Polizei (welche Kretschmann auf »Prinzipien der Moralpolitik zurückführen« wollte, ohne sich indessen näher darüber auszulassen) und einer Belebung der Landesindustrie<sup>88</sup>. Das Schwergewicht liegt zunächst ganz auf der Finanzpolitik, und auf diesem Gebiet bringt Kretschmann noch 1801 auch den ersten Ausländer nach Coburg: den K. preuß. Hauptdomänenkassebuchhalter Johann Georg Heinrich Feder<sup>89</sup> aus Bayreuth, welcher am 18. September beim Departement der Generalkontrolle des Landesministeriums (wie das Geh. Departement in der Folgezeit stets heißt) als Geh. Rechnungsrat angestellt wurde<sup>90</sup>. Weitere Berufungen von in Coburg stets mit Mißtrauen betrachteten Fremden sollten folgen.

Vorerst aber wird, kaum daß Kretschmann ein halbes Jahr als Minister im Dienst ist, ein Charakterfehler – wohl sein größter – offenkundig. Es zeigt sich, daß der Minister keine Kritik verträgt, daß er in seinen Plänen mit Widerständen nicht rechnet und sich daher immer wieder von ihnen überraschen lassen muß und daß er vermutlich nicht das geringste Fünkchen Humor besaß. Ohne daß es so recht offenkundig wird, was eigentlich gemeint ist, klagt Kretschmann am 11. Dezember 1801 gegenüber dem Herzog, daß ihm die in Coburg herrschende Partei den ferneren Aufenthalt verleide, berichtet wider bessere Einsicht, daß die Voraussetzungen für einen glücklichen Fortgang der Regierungsgeschäfte auch ohne seine Mitwirkung bereits geschaffen seien, woran die Bitte um Einlösung des herzoglichen Versprechens geschlossen wird, ihm beim russischen Hof eine Gesandtschaftsstelle in Berlin, Dresden oder München zu erwirken<sup>91</sup>. Als der Herzog ablehnt und Kretschmanns Besoldung um 2000 fl erhöht<sup>92</sup>, beweist der Minister durch seine folgenden Aktionen selbst, daß von einem Abschluß seiner Behördenorganisation keine Rede sein konnte.

Gleich zu Beginn des Jahres 1802 wurde am 3. Januar zur Vereinfachung der Geschäfte und aus Gründen der Kostenersparnis die Aufhebung der »vielen Rechnungämter in Unseren Landen« verfügt, an deren Stelle die Kammerämter Coburg, Saalfeld und Gräfenenthal traten<sup>93</sup>. Im Mai folgt die Straffung der mittleren Regierungsebene; die bisherigen Regierungskollegien (Konsistorium, Kammer, die Deputationen und Kommissionen für Zucht- und Waisenhaus, Polizei, Rechnungswesen u. a.) werden aufgehoben und in der seit dem Bestehen des Landesministeriums 1801 diesem unterstehenden Landesregierung zusammengefaßt<sup>94</sup>. Um Kollisionen der Zivil- und Kriminaljustiz mit den übrigen Zweigen der Verwaltung auszuschließen, wird eine allerdings nur sachliche Trennung von Justiz und Verwaltung derart durchgeführt, daß innerhalb der Landesregierung eine eigene Justizdeputation unter Vorsitz des Kanzlers entsteht, deren Sessionen von denen des Plenums unabhängig sind<sup>94</sup>. Der Instanzenzug ging von der Landesregierung zum Landesministerium, von da zum Herzog; Appellationen in Militär-

sachen waren direkt an das Ministerium zu richten<sup>64</sup>. Zum Präsidenten der Landesregierung wurde der frühere erste vortragende Rat im Geh. Conseil und bisherige Konsistorialpräsident Goebel ernannt<sup>65</sup>. Anlässlich dieser Neuorganisation der mittleren Regierungsebene kam es zum ersten offenen Zusammenstoß zwischen dem Minister und der Landschaft des Fürstentums, da diese eine unmittelbare Anteilnahme an den Regierungsgeschäften nur in den oben genannten, nunmehr aufgehobenen Deputationen besessen hatte<sup>66</sup>.

Ebenfalls 1802 trug sich ein Ereignis zu, dessen Folgen Kretschmann noch sehr schaden sollten: der Verkauf des Rittergutes Erkersreuth bei Selb an den Herzog<sup>67</sup>. Es muß hier vorausgeschickt werden, daß sich Kretschmann, als ihm 1804 mit Bezug auf diese Transaktion von verschiedenen Seiten der Vorwurf der Unredlichkeit gemacht wurde<sup>68</sup>, u. a. damit verteidigte, daß er mit dem Verkauf des unter preußischer Landeshoheit stehenden Objekts alle ihn noch mit seinem früheren Landesherrn verbindenden Beziehungen zu lösen bezweckte, um ohne Rücksichtnahme auf Preußen seine Reformen in Coburg durchführen zu können<sup>68</sup>. Die Mitglieder der Landesregierung Gruner<sup>68a</sup>, v. Wangenheim und Arzberger haben diese Verteidigung damals als lächerlich zurückgewiesen<sup>68</sup>, und bei dieser Beurteilung ist es trotz der späteren offiziellen Rechtfertigung des Ministers auch geblieben. Kretschmann hat sich in diesem Fall ungeschickt verteidigt, denn seine Behauptung stimmt. Er stand seit August 1801 mit dem K. preuß. Markscheider zu Goldkronach Johann Heinrich Christian Riemann<sup>69</sup> wegen dessen (im März 1802 tatsächlich erfolgten) Übertritts in coburgische Dienste in Briefwechsel<sup>70</sup>. Nach dem Weggang Feders (s. o.) waren die preußischen Behörden in den früheren Markgrafschaften aufmerksam geworden, und so blieb, da auch andere Personen an den Verhandlungen beteiligt waren, Kretschmanns Werbung um Riemann nicht verborgen. Das Staatsministerium in Berlin wurde mit den Vorgängen befaßt, und unter dem 16. Januar 1802 schreibt Hardenberg persönlich an seinen ehemaligen Untergebenen: » . . . Bei dieser Gelegenheit kann ich die freimütige Bemerkung nicht unterdrücken, daß die Anwerbung mehrerer königlicher Diener, welche Sie seit einiger Zeit teils versucht teils ausgeführt haben, große Sensation macht und mir weder Ihren vorigen noch gegenwärtigen Verhältnissen als königlicher Untertan, ebensowenig der Art, wie Sie Ihre Entlassung erhielten, angemessen scheint. Ich wünsche also sehr, daß Sie jene Werbungen künftig um so mehr unterlassen mögen, als es Ihnen nicht an Gelegenheit fehlen kann, in anderen Ländern gute Subjekte zu finden . . . «<sup>70</sup>. Dieser Brief mit dem deutlichen Hinweis, daß Kretschmann als Eigentümer von Erkersreuth noch immer K. preuß. Untertan sei, sowie die kurz darauf folgende sehr ungnädige Verabschiedung Riemanns aus preußischen Diensten<sup>70</sup> mußten den Minister bei seiner nun schon bekannten Wesensart alarmieren. Er betrieb den Verkauf überstürzt und ohne sich über den

damaligen Wert des Gutes recht zu informieren, hielt sich vielmehr in der Absicht, keinen Verlust zu erleiden, an einen günstigen, aber eben nicht stichhaltigen Anschlag und hatte bei alledem das Pech, keinen anderen Käufer zu finden als den Coburger Herzog<sup>68</sup>. Zu welchen Weiterungen dies alles geführt hat, wird noch zu sehen sein.

Ehe das erste Jahr seit der Ernennung zum Minister verstrichen war, konnte Kretschmann eine weitere beachtliche Leistung für sich verbuchen, die Umwandlung des 1801 lediglich zum Zweck der Schuldentilgung entstandenen bankähnlichen Instituts in eine Kredit-, Deposito- und Assignationsbank, die mit Verordnung vom 6. April 1802 zur Hebung von Landbau, Gewerbefleiß und Handel, »soweit es nur immer nach der Beschränktheit Unserer Landesgrenzen möglich ist«, begründet wurde<sup>71</sup>. Die Bank hatte einmal alle ruhenden Kapitalien der Stadt-, Gemeinde-, Kirchen- und Stiftungskassen aufzunehmen<sup>72</sup>, aus den Etat-Überschüssen den Schuldentilgungsfonds zu unterhalten und sollte ihr vorgesehene volles Kapital von 1 100 000 fl u. a. durch eigene Industrie- und Handelsunternehmungen zu erreichen suchen, was bis zum Juni 1806 auch gelungen ist<sup>73</sup>. Ihr waren, um einige zu nennen, eine Baumwollfabrik und -spinnerei, eine Bleiche<sup>74</sup>, ein Holzmagazin in Mönchröden und eine Färberei für türkische Gamfarbe angeschlossen<sup>75</sup>; die Verwaltungsräume des Bankinstituts und eine Warenniederlage befanden sich in der Ehrenburg<sup>76</sup>. Später wurde noch eine Branntweinbrennerei auf der Rosenau eingerichtet<sup>77</sup>. Die nicht ohne Aussicht auf Erfolg begonnenen Unternehmungen wurden durch die Kriegereignisse von 1806 und die darauf folgende wirtschaftliche Depression zum größten Teil vernichtet und nahmen somit eine Wendung, für die Kretschmann nicht verantwortlich sein konnte, wenn sie ihm auch angelastet wurde<sup>78</sup>.

So erfolgversprechend die bisherigen inneren Maßnahmen des Ministers wirkten<sup>79</sup>, so wenig war ihm vorerst auf dem außenpolitischen Gebiet ein Erfolg beschieden. Das brennendste der offenstehenden Probleme bestand in der Frage der Landeshoheit über Saalfeld, die seit 1680 teilweise von Gotha ausgeübt wurde, während Coburg sich mehr oder weniger mit der Rolle eines Gutsbesitzers in diesem Landesteil begnügen mußte. Die staatlichen Interessen geboten dringend einen Ausgleich und die Sicherung der vollen Landeshoheit für Coburg. Verhandlungen zwischen Kretschmann und dem gothaischen Minister v. Ziegesar in Gera blieben vorerst ohne Ergebnis<sup>80</sup>.

Inzwischen waren aber Kretschmanns Maßnahmen der inneren Organisation tiefer gedrungen. Da sie nach wie vor zuallererst der Rentabilität der staatlichen Verwaltung zum Zweck der Schuldentilgung galten, wurden sie allmählich auch für die Untertanen spürbar. Eine leichte Erhöhung der Sporteln, Gerüchte über die Einführung einer (im März 1803 erlassenen) Tranksteuerverordnung hatten in der

Coburger Bürgerschaft Unruhe hervorgerufen. Als der Minister nun Anstalten zu einer zweckmäßigeren Polizeioorganisation in der Stadt Coburg traf und die Errichtung einer Brandkasse wie auch die Numerierung der Häuser verfügte, kam es unter einem Teil der Coburger Bürgerschaft zur Auflehnung, da neuerliche finanzielle Belastungen befürchtet wurden<sup>61</sup>. Das Gewicht dieser sogenannten Bürgerunruhen vom Februar 1803 ist von Kretschmann maßlos überschätzt worden<sup>62</sup>. Es gab innerhalb der Bürgerschaft keine einheitliche Stellungnahme gegen die Anordnungen oder gegen die Person des Ministers<sup>63</sup>; lediglich einige Viertelsmeister hatten am 21. Februar bei einer Versammlung im Rathaus behauptet, daß »keiner von der Bürgerschaft« auf das Numerieren der Häuser eingehen oder von einer Brandkasse etwas wissen wolle<sup>64</sup>, und daß sie vom Herzog und nicht »von einem Fremden« regiert sein wollten<sup>64</sup>. Wohl nicht ganz zu Unrecht vermutete Kretschmann, daß Prinz Ludwig, der Bruder des regierenden Herzogs, seine Hand im Spiel hatte<sup>65</sup>. Jedenfalls rief der Minister fremdes Militär zu Hilfe, das in Gestalt einer Abteilung K. sächs. Dragoner auch wirklich am 15. März in Coburg einrückte, so daß am gleichen Tag mit dem Numerieren der Häuser begonnen werden konnte<sup>66</sup>.

Der Vorfall verdiente keineswegs die Beachtung, die er gefunden hat, wäre nicht mit gewissem Recht die Landesregierung des Versagens beschuldigt worden. Deren Präsident Goebel und Kanzler Schnetter baten daraufhin um ihre Pensionierung, wobei Goebel angab, er habe das »Bewußtsein, daß es mir bei meinem Alter nicht möglich werden kann, den zur Leitung so wichtiger Geschäfte im Geist des neuen Systems erforderlichen Scharfblick zu erlangen«<sup>67</sup>. Goebels Gesuch wurde abgelehnt, Schnetter dagegen am 30. April entlassen; am selben Tag bestellte der Herzog den Minister zum Organisationskommissarius für die materielle Leitung der Geschäfte bei der Landesregierung, »bis das Regierungskollegium mit den Prinzipien, nach welchen jede Branche administriert und gehandhabt werden muß, hinlänglich bekannt sein wird«<sup>68</sup>. Die Stimmung der Mitglieder der Landesregierung beginnt nun, sich eindeutig gegen Kretschmann zu wenden.

Der Minister glaubt zu diesem Zeitpunkt noch, die öffentliche Meinung für sich gewinnen zu können. Er verfaßt den ersten Band (bei dem es geblieben ist) einer Schrift »Die Organisation der Coburg-Saalfeldischen Lande«<sup>69</sup>, in welcher er die Geschichte seiner bisherigen Dienstzeit in Coburg schildert, die Maximen seiner Handlungsweise darlegt und sich ausführlich gegen die seiner Administration bisher gemachten Vorwürfe verteidigt<sup>70</sup>. Die Schrift findet bei Privaten wie in Rezensionen sowohl überschwängliche Zustimmung wie beißende Ablehnung; dem Lob etwa in Nr. 12 der Zeitschrift »Minerva« von 1803 entsprechen die Schmähungen in den Nrn. 99 und 100 der »Jenaischen Literaturzeitung« vom gleichen Jahr<sup>71</sup>.



Gegen Ende des Jahres trübt sich Kretschmanns Verhältnis zum Vizepräsidenten der Landesregierung und Chef der Justizdeputation, dem Hofmarschall Karl August v. Wangenheim. Auch er war ein Mann von unausgeglichenerm Temperament und Charakter. Ursprünglich hatte er Kretschmanns Sache begeistert verfochten und namentlich die Haltung der Landschaft gegenüber dem Minister als »anmaßlich« bezeichnet<sup>92</sup>. Als sich indessen Kretschmann veranlaßt sieht, auf sparsamere Bewirtschaftung des (ihm nicht unterstehenden) Etats der Hofhaltung zu dringen, kommt es zur ersten Mißstimmung; bei dieser Gelegenheit greift die Herzogin Auguste zum erstenmal unmittelbar in die Geschehnisse ein. Sie versichert den Minister in einem undatierten Brief, daß seine Ansichten über die Handhabung der Hofhaltung durchdringen müßten, und versichert ihn ihrer Unterstützung dabei: ». . . Mein Urteil über Wangenheim wissen Sie, es ist ein Mann ohne Kopf und Charakter und wird's bleiben bis ins Grab . . .«<sup>93</sup>. Das Urteil war ohne Zweifel zu hart, ermutigte aber den Minister, Wangenheim im November 1803 der Geschäfte eines Chefs der Justiz-Deputation bei der Landesregierung zu entheben und durch den Geh. Rat Hofmann<sup>94</sup> zu ersetzen. Die Justiz-Deputation hatte nach der zutreffenden Ansicht Kretschmanns sowohl in den laufenden Prozessen mit der Landschaft wie in der Untersuchung der bürgerlichen Aufsässigkeiten vom Frühjahr nicht mit dem möglichen Nachdruck gearbeitet. Da die Stunde günstig war, wurde die Trennung von Justiz und Verwaltung nunmehr auch personell derart durchgeführt, daß die Mitglieder der Justiz-Deputation<sup>95</sup> Sitz und Stimme im Plenum des Regierungskollegiums verloren<sup>96</sup>. Es sei hier vorweggenommen, daß diese Entwicklung im März 1804 auch in der Benennung zum Ausdruck kam; anstatt der Bezeichnung »Justiz-Deputation« (bei der Landesregierung) führte das Kollegium von da an den Titel »Landesregierung als Justiz- und Pupillen-Kollegium und Lehenhof«<sup>97</sup>. Wangenheim wurde immerhin am 5. November 1803 noch mit der Stelle eines Präsidenten der neu eingerichteten Medizinal-Deputation entschädigt<sup>98</sup>.

Dies reichte indessen nicht aus, um ihn zu beruhigen. Gemeinsam mit dem Präsidenten Goebel und dem Geh. Rechnungsrat Feder stellte er eigenmächtig eine Berechnung der staatlichen Etats auf und kam zu der Ansicht, daß der Staatsbankrott vor der Tür stehe. Die Ereignisse überstürzen sich jetzt, und es ist nicht ganz leicht, die sich verschlingenden Fäden zu entwirren. Mitten in die anrollende Staatsaktion einer Untersuchung der Kretschmannschen Finanzverwaltung fällt nämlich eine einzigartige Groteske. Im Januar 1804 verbreitet sich das Gerücht, der Minister habe die Landesregierung schwer beleidigt, was Kretschmann ganz richtig als eine neue Intrige mit dem Ziel seiner Entfernung ansah, dabei aber wiederum voreilig alle seine bisherigen Bemühungen gescheitert wähnte und den Herzog am 21. Januar um seine Entlassung bat<sup>99</sup>. Was war geschehen? Kretsch-

mann hatte den Geh. Rechnungsrat Feder bereits des öfteren ersuchen müssen, die ihm zugeteilten Geschäfte rascher zu bearbeiten und Rückstände zu vermeiden<sup>99a</sup>. Feder wurde dies eines Tages zu viel und er behauptete, was am 6. Februar in einer Untersuchung beim Justizkollegium zur Sprache kam: »Es hat der Geh. Rechnungsrat Feder beschworen, daß der Herr Minister v. Kretschmann die Worte gesagt habe: *Eure paar Nummern wische ich an meinem Arsch!* Es hat der Geh. Kanzleirat Rose<sup>100</sup> beschworen, daß er sich nicht erinnern könne, aus dem Munde des Herrn Ministers die Worte: Die Arbeiten des Kollegiums seien s. v. Arschwische, gehört zu haben. Es hat der Herr Minister v. Kretschmann sein Ehrenwort gegeben, daß er diese Worte, *die Arbeiten des Kollegiums sind Arschwische*, nicht gesagt, ja nicht einmal gedacht habe«. Wie Rose angab, hat der Minister lediglich geäußert, »mit der Regierung ist nicht auszukommen; wenn mit dieser keine rechtlichen Maßnahmen ergriffen werden, so muß ich gehen«<sup>101</sup>. Jedenfalls hat der Herzog Mühe, Kretschmann zum Bleiben zu bewegen, ». . . da ich schlechterdings niemand habe, dem ich sie [die Ministerstelle] anvertrauen kann«<sup>102</sup>. Auch der zufällig in Coburg weilende Schwiegersohn des Herzogs, Erbprinz Carl von Leiningen, schließt sich den Bitten des Herzogs an<sup>103</sup>.

Um eine genaue Überprüfung der finanziellen Lage des Fürstentums kommt man indessen nicht herum. Der Herzog beauftragt damit seinen Schwiegersohn sowie seinen eigenen Erbprinzen Ernst, der damit erstmals aktiv an einem Regierungsgeschäft beteiligt wird. Erbprinz Carl läßt als unparteiischen Sachverständigen den Leiningenschen Geh. Rat Lang aus Amorbach kommen. Als erste Maßnahme wird die Dispensation von Goebel, Wangenheim und Feder von ihren Dienstfunktionen auf Dauer der Untersuchung am 6. Februar verfügt<sup>104</sup>. Die Stelle eines Präsidenten der Landesregierung vaciert stillschweigend; um eine Kontrollmöglichkeit über die Tätigkeit der verbleibenden Mitglieder der Landesregierung<sup>105</sup> zu erhalten, ordnet Kretschmann zum Unwillen der Betroffenen am 8. Februar an, daß auf den Regierungsberichten der Name des zuständigen Referenten zu vermerken sei<sup>106</sup>. Die Untersuchung beginnt in öffentlicher Sitzung am 20. Februar 1804. Anwesend waren Herzog Franz, Erbprinz Ernst, die Prinzen Friedrich Josias und Ludwig mit ihrem Konsulenten Kommissionsrat Alt, Erbprinz Carl von Leiningen mit seinem Geh. Rat Lang; von der Landesregierung Goebel, Wangenheim, Feder, Riemann, Arzberger, Gruner II, Schultes, Heider; vom Justizkollegium der Kanzler Hofmann, v. Griesheim, Gruner I, Schmidt; von der Landschaft deren Direktor v. Hendrich<sup>106a</sup>, Polizeidirektor Ortloff; vom Ministerium v. Schultes, Voigt; von der Coburger Bürgerschaft der Tuchmacher Johann Georg Staude, der Rotgerber Röhrig, der Zeugmacher Franz Appel<sup>107</sup>. Es kann hier nur auf die wichtigsten Punkte und auf das Ergebnis der Untersuchung eingegangen werden. Wangenheim als hauptsächlicher Ankläger des Ministers bezog sich, um seine Behauptung eines

bevorstehenden Staatsbankrotts zu unterbauen, auf ihm vom Ökonomiedirektor v. Engel gemachte Angaben, aus welchen sich ein Defizit ableiten lasse. Er konnte seine Angaben nur sehr vage mündlich vorbringen, da er seine Aufzeichnungen angeblich verloren hatte. Als der Ökonomiedirektor sofort energisch bestritt, Wangenheim jemals die von diesem behaupteten Auskünfte gegeben zu haben, wick dieser, in die Enge getrieben, auf ein Gebiet aus, das gar nicht auf der Tagesordnung der Untersuchung gestanden hatte – den Gutsverkauf von Erkersreuth. Mit Assistenz der Prinzen Friedrich Josias und Ludwig sowie des Landschaftsdirektors v. Hendrich wurde Kretschmann des Betrugs und des Eigennutzes bezichtigt<sup>107</sup>. Tatsächlich war die Angelegenheit Erkersreuth schon gar nicht mehr aktuell, denn bereits am 4. Juli 1803 hatte Kretschmann die Zurücknahme des Gutes angeboten; aufgrund des Tauschvertrages zwischen Bayern und Preußen vom 30. Juni 1803 war das zum Amt Lauenstein gehörige Gut unter bayerische Landeshoheit gefallen, so daß des Ministers seinerzeitige Verkaufsgründe gegenstandslos geworden waren<sup>108</sup>. Die herzogliche Familie war damals auf das Anbieten nicht eingegangen; unter dem Druck der öffentlichen Meinung erfolgte die Rückgabe erst 1805<sup>109</sup>.

Das Ergebnis der Untersuchung vom Februar 1804 rechtfertigte Kretschmann ausreichend. In mehreren Gutachten des Geh. Rats Lang vom März 1804 wird festgestellt, daß 1. entgegen der von der Landschaft mit Unterstützung einiger Mitglieder der Landesregierung sowie der Prinzen Friedrich Josias und Ludwig vorgebrachten Anklage das Staatsvermögen durch die Finanzoperationen des Ministers nicht gemindert worden, vielmehr eine Erhöhung der Revenüen zu verzeichnen sei; 2. »daß ab Seiten des Herrn Verkäufers [von Erkersreuth] nirgends ein Schein von mala fides bei der ganzen Verhandlung unterlaufen« sei<sup>110</sup>. Nachdem der Erbprinz von Leiningen noch zusätzlich die Verdienste Kretschmanns bei den Verhandlungen mit Bayern und Sachsen-Gotha um einen territorialen Ausgleich hervorgehoben hatte, die von der vorigen Regierung aus Unkenntnis der historischen Verhältnisse nicht gewagt worden seien<sup>111</sup>, wurde der Minister in einem von Herzog Franz und den beiden Erbprinzen unterzeichneten Erlaß vom 26. März 1804 voll gerechtfertigt<sup>112</sup>. Die Affäre endete mit einem verurteilenden Gutachten der Göttinger Juristenfakultät über Wangenheim<sup>113</sup>, einer Vertiefung des Risses zwischen der Familie des regierenden Herzogs und den Prinzen Friedrich Josias und Ludwig<sup>114</sup>, der zwangsweisen Pensionierung Goebels am 29. März 1804<sup>115</sup>, der Entlassung Feders<sup>116</sup>, der Ausweisung Wangenheims<sup>117</sup> und dem Bericht des Ministers an Erbprinz Ernst vom 31. Mai: ». . . Das Etatsjahr ist vorüber, die Kassen haben alles gezahlt. Die Etats haben sich, so wie Euer Durchlaucht aus den Abschlüssen sehen, vollkommen gehalten bis auf das Lotto, welches man nie verbürgen kann<sup>118</sup>. Auf das nächste Vierteljahr haben die Kassen an Besoldung

etc. 30 000 fl voraus bezahlt und dennoch haben wir noch 40 000 fl an Naturalbeständen behalten«<sup>119</sup>.

Über die Fragen, welche unmittelbar mit der Untersuchung in Zusammenhang standen, hinausgehend hat die Affäre drei für Kretschmann wie für das coburgische Staatswesen wichtige Folgen nach sich gezogen: die von nun an ständige Mitsprache der Herzogin Auguste in allen Fragen der inneren Regierung des Landes<sup>120</sup>; die unter Anleitung des Ministers einsetzende Einführung des im 21. Lebensjahr stehenden Erbprinzen Ernst in die Staatsgeschäfte<sup>121</sup>; und endlich die durch Kretschmann geleitete Organisation der Leiningenschen Lande, zu welcher der Minister in den Jahren 1804 bis 1806 mit Unterbrechungen wochenlang in Amorbach und Eberbach am Neckar weilte<sup>122</sup>.

Nach allem, was vorgefallen war, mußte Kretschmann dem Herzog und der Herzogin für den Erbprinzen als der geeignete Lehrmeister erscheinen, der die Aufgaben des bisherigen Prinzeninstructors Johann Philipp Hohnbaum<sup>123</sup> auf höherer Ebene würde weiterführen können. Ernst überließ sich willig der Leitung des Ministers. Bestärkt durch Äußerungen, die ihm über diesen am preußischen Hof zukamen<sup>124</sup>, wurde er für Kretschmann zu einer starken Stütze. Ernst zeigte schon 1804 großes Interesse für die von Kretschmann beabsichtigte Abrundung des Fürstentums, er beschäftigte sich intensiv mit der aufgrund der historischen Forschungen von Schultes erhofften »baierischen Ausgleichung«, die damals den Eintauch von Banz gegen die coburgischen Gebiete jenseits der Steinach um Mupperg und Liebau an Bayern zum Ziel hatte<sup>125</sup>. Seine Aufmerksamkeit galt ferner den auch weiterhin schwelenden Auseinandersetzungen mit der Landschaft, besonders nachdem diese sich im Herbst 1804 mit einer Klage gegen die Regierung an den Reichshofrat gewandt hatte. Von dieser Klage sagt der Erbprinz: »Ich habe nie etwas Hämisches und Infames gesehen. Es ist ebenso . . . boshaft als es absurd ist . . . Das war wohl der entsetzliche Schlag, von dem Wangenheim vorhersagte . . .«. Der Erbprinz vermeint Wangenheims Stil in dem Schriftsatz der Stände zu erkennen, verschiedene Stellen glichen solchen aus einem Brief Wangenheims an die Herzogin »fast ganz«. Ernst plädiert für energische Gegenzüge und warnt Kretschmann vor dem als Vermittler sich anbietenden Moritz August v. Thümmel, »denn er tut Ihnen so freundschaftlich in seinem Brief und kann Sie im Herzen eigentlich nicht leiden. Das macht mich fürchten, daß er nichts Gutes im Schild führt . . .«<sup>126</sup>. Auf Anraten Kretschmanns, der sich in Amorbach befindet, wird der Landshuter Professor Nikolaus Thaddäus Gönner<sup>127</sup> mit der staatsrechtlichen Widerlegung der landschaftlichen Anklagen beauftragt<sup>128</sup>.

Zu Beginn des Jahres 1805 erhält unser Bild wieder einmal einen Zug ins Komische. In der Nacht vom 8. auf den 9. Februar hörten die Waschmädchen in ihren Wohnkammern in der Ehrenburg Lärm, den sie für das Rumoren von Katzen oder Ge-

spenstern hielten. Erst am Morgen wurde man gewahr, daß durch das Brauhaus hindurch ins Münzkabinett eingebrochen worden und alles Gold und Silber daraus gestohlen war<sup>185</sup>. Die Kunde verbreitete sich schnell, und noch am gleichen Tag ließ Prinz Ludwig in einem Brief an Wangenheim, der sich zu diesem Zeitpunkt in Gotha aufhielt, durchblicken, daß er den Minister für den Hintermann des Diebstahls halte<sup>186</sup>. Das Diebesgut fand sich übrigens drei Tage später wieder; Täter war der Brauer Bär nebst zwei Komplizen. Die Gerichte, die Kretschmann mit der Sache in Verbindung brachten, hielten sich natürlich – sie waren der erste Anlaß zu einem neuerlichen Entlassungsgesuch des Ministers.

Dieser hatte sich bei den Behörden des Fürstentums erneut sehr unbeliebt gemacht, als er in einem »Reglement über den Geschäftsgang bei der Landesregierung«<sup>181</sup> einen Bußenkatalog für schleppende Geschäftserledigung aufstellte, der Strafen von 5 Talern bis zur Entlassung ohne Pensionsanspruch enthielt. Es kam hinzu, daß Kretschmanns zahlreiche Gegner durch ein für Wangenheim, der sich wegen seiner Dienstentlassung nach Wien gewandt hatte, günstiges Reichshofratsconclusum<sup>182</sup> und durch das Erscheinen seines Buches »Auch ein Beitrag zur Geschichte der Organisation der Coburg-Saalfeldischen Lande durch den . . . Minister v. Kretschmann« neuen Auftrieb erhielten. Der Erbprinz schreibt am 26. Februar an den Minister: ». . . Gestern ist zu Füllbach ein großes Siegesfest gefeiert worden, die ganze conföderation hat sich hinausgegeben. Um dieses Fest zu verherrlichen, so ward zur gleichen Zeit die Taufe des kleinen Sprößlings<sup>183</sup> gehalten; man sagt, die Agnaten und die Landstände wären Paten«. Am gleichen Tag sei auch das »saubere Wangenheimsche opus« ver'eilt worden<sup>184</sup>

Kretschmann kommt in dieser Zeit nur selten von Amorbach nach Coburg, wo er den Hof nur besucht, wenn er den Erbprinzen anwesend weiß. Er geht vor allem dem Direktor der Landesregierung, Johann Ernst Gruner, aus dem Weg<sup>188</sup>.

Hauptsächlicher Anlaß für die Unterbrechung seiner Amorbacher Tätigkeit ist im April 1805 die neuerliche Aufnahme von Verhandlungen mit Gotha. Schon im Juli 1804 hatte sich ein gewisser Jude Elkan aus Weimar an den Minister gewandt und ihm angeboten, gegen eine beträchtliche Provision in seinem Sinne in Gotha tätig zu werden<sup>186</sup>. Vom 17. bis zum 28. April 1805 konnten daraufhin in Themar die entscheidenden Verhandlungen zwischen Kretschmann und dem Gothaischen Minister Hans Wilhelm v. Thümmel stattfinden, deren Zustandekommen neben Elkan auch Moritz August v. Thümmel vermittelt hatte<sup>187</sup>. Im Weg eines Dreiecksausgleich kaufte Coburg zunächst von Moritz August v. Thümmel um 15000 fl die Marmorühle bei Oeslau, wofür Gotha gegenüber Coburg auf die aus einer Schuldverschreibung herrührende Forderung von 27000 fl verzichtete. Ferner erhielt Coburg die volle Landeshoheit über Saalfeld, den Gothaischen Anteil am Amt Themar und um 158 000 fl die Kammergüter Schweighof und Rosenau; außer-

dem verzichtete Gotha auf das Recht, bei Länderteilungen im Ernestinischen Haus seinen Anteil voraus zu erhalten; es verzichtete auf 70 000 fl von Coburg im Saalfelder Landesteil zu Unrecht eingezogener Steuern und gab der coburgischen Staatsbank eine Anleihe von 400 000 Talern, welche zu 3 bis 4½ % in 43 Jahren zurückgezahlt werden sollte. Dagegen trat Coburg einige an den saalfeldischen Grenzen und einige im Altenburgischen gelegene Dörfer und seinen Anteil an dem mit Sachsen-Meiningen gemeinsamen Amt Römhild an Gotha ab und verpflichtete sich, zur Abtragung einer älteren Steuerschuld bis zu deren Tilgung jährlich 10 000 Taler in die altenburgische Steuerkasse zu zahlen<sup>188</sup>.

Der Minister erhielt für diesen Ausgleich den Titel »Exzellenz«<sup>188</sup>. Im Mai ist er wieder in Amorbach, und als er dort von neuen Umtrieben der Landschaftsmitglieder hört, beeilt sich Erbprinz Ernst, ihm einen sehr schmeichelhaften Brief zu schreiben<sup>189</sup>. Es war nämlich der König von Preußen auf einer Reise in seine fränkischen Provinzen durch die Ernestinischen Fürstentümer gekommen und in Hildburghausen von Wangenheim und der dortigen Herzogin auf die Lage in Coburg angesprochen worden, was er sich aber ungnädig verboten habe. » . . Der König war [auch] hier [in Coburg], so gnädig und freundschaftlich wie gewöhnlich. Er erkundigte sich nach Ihnen und ich sagte ihm dann, daß Sie schon seit einem Monat bei meinem Schwager Leiningen wären. . . Besonders hat sich aber Köckeritz nach Ihnen erkundigt und Ihnen eine Lobrede gehalten, die mich sehr gefreut hat und doppelt gefreut, da man in Hildburghausen alles angewandt hat, Sie in dem gehässigsten Licht darzustellen . . .«<sup>140</sup>. Zehn Tage später, am 16. Juni 1805, muß Ernst gegenüber dem Minister bekennen: » . . Sie haben keine Idee davon, welchen fürchterlichen Schaden uns und besonders Ihnen das verwünschte Wangenheimsche Buch [Auch ein Beitrag . . .] getan hat. Es ist allgemein gelesen worden, . . . man hält alles für wahr, was darinnen steht . . .«<sup>141</sup>. Der Minister scheint nun geglaubt zu haben, zu all den Widerwärtigkeiten, die er seit Beginn des Jahres neuerlich erfahren mußte, auch das Zutrauen des Erbprinzen verloren zu haben. Er droht gegenüber Ernst und gleichzeitig Hohnbaum mit seinem Rücktritt, wobei er im Schreiben an den Letzteren sehr ungerecht über den kranken Herzog Franz urteilt: » . . Erlauben Sie mir, daß ich jetzt auf Ihre Freundschaft Anspruch machen darf. Meine Verhältnisse sind hier unhaltbar. Wenn ich mit meiner Familie nicht ganz zugrunde gehen will, so muß ich Coburg verlassen. Der Herzog hielt nicht Wort, er ließ mich mißhandeln und ich darf mich nicht wehren. Geben Sie anliegenden Brief dem Erbprinzen und flehen Sie bei ihm für mich, daß er mich ziehen läßt . . .«<sup>142</sup>.

Wiederum wird Kretschmann beschwichtigt, diesmal durch eine unerhörte Maßnahme. Am 8. September wird ihm bedeutet, daß er als lebenslänglicher Minister des Fürstentums betrachtet werde und im vorhinaus anstelle seiner ab 1. Januar

1806 ruhenden bisherigen Besoldung ein Aversionalquantum in Höhe von 200 000 fl in Staatspapieren erhalten solle<sup>143</sup>. Dies ist vor und nach ihm keinem coburgischen Staatsdiener zuteil geworden.

Ende des Jahres kann sich der Minister dann auf einem Landtag der Ernestinischen Häuser zu Altenburg von den Coburger Strapazen ausruhen; am 2. November schreibt er an den Erbprinzen, daß man in Altenburg sehr höflich und artig gegen ihn sei, wobei er sich von dem Wirbel in Coburg endlich einmal erholen könne<sup>144</sup>.

Das Jahr 1806 läßt sich zunächst ganz gut an, und vielleicht war Kretschmann in Coburg nie glücklicher als in diesem Frühjahr. Aus dem Krieg von 1805 hatten sich die sächsischen Häuser wie Preußen herausgehalten<sup>144a</sup>, und man meinte, mit dem seit dem Preßburger Frieden erheblich vergrößerten Bayern leichter über geringe Grenzregulierungen verhandeln zu können. Wie Hardenberg dem in Berlin weilenden Erbprinzen Ernst in der ersten Januarhälfte mitteilte, war Preußen entschlossen, für die coburgischen Wünsche Hilfestellung zu leisten<sup>145</sup>. Kretschmann zieht zunächst nicht recht, er sonnt sich in der augenblicklichen Ruhe der inneren Verhältnisse und schreibt Ernst, der inzwischen zurückgekehrt ist, am 6. Februar aus Theres: »Über E. D. Ankunft freue ich mich innigst. . . Hier geht alles seinen ruhigen Gang und ich danke Gott, daß ich es einmal so weit gebracht habe. Es wird immer besser gehen, wenn nur meine Gesundheit aushält. . . Leiningen ist nun ganz gerettet. Ich freue mich des schönen Erfolgs meiner Arbeiten. . . Die Staatsschriften [gemeint sind die herzoglichen Berichte an den Reichshofrat von 1805] machen überall Sensation und Coburg muß dadurch gewinnen«<sup>146</sup>.

Freilich interessiert sich der Erbprinz, der – gelenkt von seiner Mutter – anstelle seines langsam dahinsiechenden Vaters<sup>146a</sup> nahezu ausschließlich in Erscheinung tritt, im Moment herzlich wenig für Kretschmanns innenpolitische Idylle. Recht ungeduldig fragt er am 11. Februar in Theres an, wann der Minister wieder nach Coburg zu kommen gedenke; »Sie kennen mein Steckenpferd, unsere bayerischen Angelegenheiten. Über diese habe ich hauptsächlich mit Ihnen zu reden. Ich habe in Berlin Himmel und Erde bewegt, um uns eine Stütze, worauf wir uns halten können, zu verschaffen – und es ist mir vielleicht nicht ganz mißglückt«<sup>147</sup>. Ernsts Pläne waren freilich ganz auf die Handlungsfreiheit Preußens abgestimmt. In Berlin hatte er gehört, daß mit einer Abtretung Bamberges an Preußen zu rechnen sei, und er glaubt den Zeitpunkt günstig, alle aus der Hennebergischen Erbschaft im Würzburgischen liegenden coburgischen Ansprüche noch schnell gegen Banz, den Lichtenfelder Forst und die im coburgischen verstreut liegenden bayerischen Lehenschaften und Besitzungen zu vertauschen, denn »es ist wohl ausgemacht, daß viel leichter mit einem zu verhandeln ist, der sein Land abgibt, als mit einem, der es erst antritt«. Durch bayerische Maßnahmen findet er sich in seinen Hoff-

nungen bestärkt: ». . . nämlich sie [die Bayern] versteigern alles von Banz, und das um ein unbegreifliches Geld. . . Die kommende Woche sollen . . . alle Höfe und Grundstücke verkauft werden. Das Kloster, indem es jetzt ganz leersteht – denn die Ämter sind nach Staffelstein und Gleusdorf verlegt worden – und niemand kaufen will, soll eingelegt und die Materialien dann versteigert werden. Überhaupt scheint ihnen an dieser Gegend nichts mehr gelegen . . .«<sup>148</sup>.

Aber alle Hoffnungen bleiben Träume<sup>149</sup>. Am politischen Horizont ziehen in diesem Frühsommer 1806 Wetterwolken auf – Preußen und Rußland rüsten zum Krieg gegen Frankreich; und auch im inneren Leben die alten Streitigkeiten auf. Zwar verhalten sich die Prinzen ruhig und Ludwig stirbt ohnehin am 3. Juli<sup>150</sup>, doch eine neue »Schmähschrift« des Landschaftsdirektors Franz Josias v. Hendrich<sup>151</sup> bringt den Minister furchtbar auf<sup>152</sup>. Und wenn der Erbprinz ihn, der sich nach Theres zurückgezogen hat, auch beruhigt und ihm vorstellt, seine Nähe hätte »einen solchen heilsamen Einfluß auf alle Geschäfte, daß wir Sie unmöglich entbehren können«<sup>153</sup>, dringt Kretschmann heftig auf die Rettung seiner Ehre gegenüber Hendrich, ohne die er nicht nach Coburg zurückkehren könne. Ja, es wird zum erstenmal deutlich, daß das Einverständnis zwischen Erbprinz und Minister getrübt ist, als dieser am 2. August an Ernst schreibt: »E. D. täuschen sich selbst, wenn Sie annehmen, daß Mißverständnisse zwischen uns obwalten. Wir sind vielmehr nie einverstanden, nur wollen wir es uns nicht sagen.« Und er wirft der herzöglichen Familie »das Zurate-Ziehen selbst meiner Untergebenen über meine Unternehmungen, die Unzufriedenheit des Hofes, daß nach der aufgehobenen [kaiserlichen Debit-] Kommission nicht gleich alles zur eigenen Disposition überlassen werden konnte, zweideutige Äußerungen über meine Person gegen Menschen, welchen ich ohnedem ein Dorn im Auge war, die genährte Hoffnung meiner Gegner, daß durch diese Stimmung meine Entfernung und die Herstellung der alten Ordnung der Dinge möglich sei«, vor<sup>154</sup>. Der Erbprinz kommt nicht mehr dazu, mit dem Minister über Grund oder Ungrund seines Mißtrauens zu rechten. Er könnte ihm erwidern, daß zu dem geäußerten Argwohn wenig Anlaß bestünde.

Inzwischen war am 12. Juli die Rheinbundakte zustande gekommen, zu einem Zeitpunkt, als in unmittelbarer Nachbarschaft von Coburg zwischen den französischen und preußischen Vorposten bereits Kugeln gewechselt wurden<sup>155</sup>. Noch am 7. Juli hatte der Erbprinz geglaubt, im Verein mit Kursachsen Maßregeln ergreifen zu können, um zu bewirken, »daß wir von dieser schrecklichen Landesplage [des französischen Einmarsches] verschont bleiben«<sup>156</sup>. Er selbst weilte übrigens schon nicht mehr in Coburg, sondern hatte sich zur preußischen Armee begeben, während sich seine Eltern nach Saalfeld zurückgezogen hatten<sup>157</sup>. Jetzt wurde sogar Kretschmann außenpolitisch aktiv. In der Auflösung des Reichs, die nur eine Frage



von Tagen, vielleicht Wochen sein konnte, sah er schon im Juni die Gelegenheit für das Fürstentum, die Souveränität zu erlangen; nur über den Weg war er sich noch nicht ganz klar<sup>188</sup>. In Übereinstimmung mit der herzoglichen Familie<sup>189</sup> plädiert er zunächst für die Errichtung eines nordischen Bundes mit Preußen und den sächsischen Häusern<sup>190</sup>. Allerdings trafen schon bald nach der Niederlegung der Kaiserkrone durch Franz II. (8. August) vage Nachrichten in Coburg ein, denen zufolge Kursachsen eine Verständigung mit Napoleon suche<sup>191</sup>. Diese Nachrichten sowie der Umstand, daß die Franzosen seit Mitte August in Coburg standen, veranlaßten den Minister, seine Politik vorsichtig auf Frankreich auszurichten, wobei er auf Übereinstimmung mit der herzoglichen Familie, deren politische Neigung Preußen und Rußland galt, keinen Wert legte. Zur Rede gestellt, beklagt er sich gegenüber dem Erbprinzen, daß »die Staatsgeschäfte vom Hof mit einer Publizität behandelt werden, daß sie zum Stadtgespräch werden«<sup>188</sup>. Der Minister legt nun die Karten auf den Tisch. Gegen Ende Oktober gelingt es ihm, die herzogliche Familie zu überzeugen, daß das inzwischen unter französischer Administration stehende Fürstentum nur durch den Beitritt zum Rheinbund gerettet werden könne<sup>188</sup>. Ende November wird der Oberbergrat v. Dankelmann<sup>184</sup> ins französische Hauptquartier entsandt<sup>188</sup>, der in unendlich schwierigen Verhandlungen mit Talleyrand und General Clarke die Voraussetzungen für den coburgischen Beitritt zur Rheinischen Conföderation klärt<sup>188</sup>. Das Fürstentum ist zu diesem Zeitpunkt nahezu lebensunfähig: die französischen Kontributionsforderungen sind auf 450 000 fl angestiegen, in Saalfeld und Gräfenenthal drohen die geplagten Untertanen deshalb mit Auswanderung<sup>187</sup>. Kretschmann verzweifelt fast, als er am 22. November an Dankelmann schreibt: »Ich tue, was in meinen Kräften steht, aber es ist ganz unmöglich, das Geld aufzutreiben. Man wird das Land überliefern müssen, wie es ist. Stellen Sie sich die traurige Lage der Dinge vor; mehr kann ich Sie nicht instruieren«<sup>187</sup>. Die Rettung kommt von außen. Am 11. Dezember tritt Kursachsen in Posen in einem Friedenstraktat mit Frankreich dem Rheinbund bei, und der nunmehrige König von Sachsen kann sich mit Erfolg bei Napoleon für die Erhaltung der Fürstentümer in den sächsischen Vorlanden einsetzen<sup>187</sup>.

Diese Wendung der Dinge trifft das Fürstentum bereits in einer gänzlich veränderten Situation, denn am 9. Dezember ist Herzog Franz Anton in Coburg gestorben.

## 2. Vom Beitritt zum Rheinbund bis zum Bruch mit Ernst I.

Der Tod Herzog Franz Friedrich Antons versetzte sein Land in eine äußerst gefährliche Situation. Nach dem preußischen Rückzug von Jena/Auerstädt waren zwar der Herzog und die Herzogin von Saalfeld nach Coburg zurückgekehrt, nicht

aber der Erbprinz, welcher sich zu jenem Zeitpunkt im preußischen Hauptquartier aufhielt. Infolge widriger Umstände war er gezwungen, am Rückzug der Preußen über Küstrin nach Ostpreußen teilzunehmen<sup>168</sup>. Er hatte vor, nach Rußland weiterzureisen, um sich an dem erwarteten Angriff Rußlands auf Napoleon zu beteiligen<sup>169</sup>. Vor Weihnachten erkrankte er jedoch in Königsberg und lag dort bis in den Januar hinein fest<sup>170</sup>. Coburg war somit nach dem Tod Herzog Franz' ohne Herrscher.

Für die Regierung in Coburg ging es nun darum, dem Beispiel des neuen Königreichs Sachsen, das dem Rheinbund am 11. Dezember beigetreten war, eilends zu folgen, andererseits den jungen Herzog zur schleunigsten Rückkehr zu bewegen und notfalls Napoleon die Abwesenheit des Herzogs so zu erklären, daß ein Nachteil für Coburg vermieden würde.

Das Schicksal des Fürstentums stand von vornherein unter einem nicht sehr glücklichen Stern. Der Gesandte Dankelmann wird mit Erlaß vom 12. Dezember zurückbeordert, da ohne Vorwissen des neuen Regenten »nichts Entscheidendes unternommen« werden könne<sup>171</sup>; der Minister fügte allerdings aus eigener Verantwortung und aus ganz richtigem politischem Gefühl hinzu: ». . . Nach den neuesten Bestimmungen des jetzt regierenden Herzogs sollen wir uns ganz den Maßregeln conform halten, welche Kursachsen ergriffen hat . . .« Dankelmann war so vorsichtig, diesen Zusatz dem Mann zu eröffnen, den er für den Fall seiner Abwesenheit mit der Vertretung der coburgischen Interessen im französischen Hauptquartier betraut hatte: den sachsen-weimar-eisenachischen Geh. Rat Friedrich v. Müller<sup>172</sup>. Die weise Voraussicht machte sich bezahlt. Dankelmann war kaum abgereist, als die Ernestinischen Häuser am 15. Dezember in Posen zur Paraphierung des Beitritts ihrer Souveräne zum Rheinbund aufgefordert wurden. Für Sachsen-Coburg-Saalfeld unterschrieb Friedrich v. Müller<sup>173</sup>. Als greifbares Resultat gewann Coburg den Erlaß der zwei Drittel französischer Kontributionsforderungen, welche noch nicht entrichtet waren, und die Aussicht auf Rückzahlung des bereits geleisteten ersten Drittels<sup>174</sup>, wohingegen es die Verpflichtung eingehen mußte, ein Kontingent von 400 Mann zur französischen Armee zu stellen.


In Coburg lag die Regierungsgewalt seit dem Tod des Herzogs bei Herzogin Auguste und Kretschmann, zwischen denen in diesem Dezember 1806, resultierend aus einer gegensätzlichen Auffassung des politischen Stils, eine nach außen noch verborgene Entfremdung eintrat. Während Auguste gefühlmäßig gegen Napoleon eingestellt war, ging es dem Minister um die Erwerbung der Souveränität für das Land und um das Überleben des Staates überhaupt; er erwies sich als der politisch Klügere. Ihrer Einstellung entsprechend zögerte die Herzogin, den Beitritt zum Rheinbund zu ratifizieren<sup>175</sup>, tat es aber dann widerwillig in dem Moment, als Müller aus Posen dringend davon abriet, mit diesem Akt bis zur Rückkunft

L'inspection alternent entre les deux premières branches de la maison.

### Article Sixième.

Le présent traité sera ratifié, et les ratifications en seront échangées à Berlin dans le délai de quinze jours, à dater de la signature du présent traité, ou plutôt, si faire se peut.

Fait et signé à Bven, le quinze Décembre, Mil huit cent six.

 Duroc

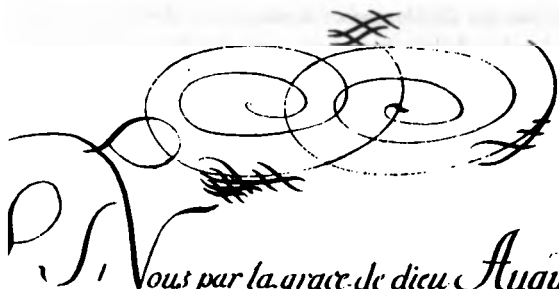
  
F. Müller,  
Auguste de Padnitz,  
Chr. Cypf.  
Charles Auguste Fr. de Lichtenstein,  
F. Müller, pour  
le Baron Adolp de Dornik  
m. a. a.



Abb. 4a Johann Adolph v. Schultes (1744-1821)

Abb. 4b Johann Ernst Gruner (1757-1822)





Vous par la grace de dieu *Auguste Caroline Sophie*,  
Duchesse douairière et régente du Duché de Saxe, Eleve, Bery, Engrie et Heff-  
phale, Landgrave en Thuringe, Margrave de Misnie, Comtesse princière de Hen-  
neberg, Comtesse de la Marck & de Ravensberg, etc. Princesse de Reuss,  
ayrannus et ratifions le traité conclu à Bonn le 15. Decbr. 1806. entre Sa. Majesté  
l'Empereur des François, Roi d'Italie & Protecteur de la confédération du Rhin, &  
les Ducs de Saxe, Meimar, de Saxe Gotha, de Saxe Hildburghausen, de Saxe-  
Cobourg & Salmingeren, touchant l'admission de ces Duchés à la confédération du Rhin;  
et promettions que le dit traité sera inviolablement approuvé et ratifié par le Duc notre  
fils au premier instant de sa majorité.

Désirant & voulant que le présent traité ait son plein & entier pouvoir & effet sans  
que rien puisse y déroger, nous l'avons signé et y avons apposé le sceau de nos armes,  
Donné à Cobourg le 22. Decbr. 1806.

*Auguste Caroline Sophie*  
Duchesse Douairière de Saxe  
Cobourg Saalfeld etc. Princesse  
Reuss & Serruys

*Per totum*

Ernsts I. zu warten<sup>176</sup>. Inzwischen hat am 23. Dezember Kretschmann den Beitritt bereits an alle coburgischen Behörden bekanntgegeben und die Souveränität des herzoglichen Hauses verkündet<sup>177</sup>. Am 31. Dezember 1806 um 16.30 Uhr erfolgte im königlichen Schloß zu Berlin die Auswechslung der Ratifikationsurkunden, welche für das nunmehrige Herzogtum Sachsen-Coburg-Saalfeld Adolph Frhr. v. Danckelmann vornahm<sup>178</sup>.

Man war noch nicht über den Berg. Die Franzosen wußten von den Verhältnissen in Coburg nur, daß der Regierungsnachfolger nicht im Land sei; wo er sich aufhielt, wußten sie nicht. Immerhin machte General Clarke Danckelmann auf mögliche Folgen aufmerksam, als er – gewissermaßen auf den Busch klopfend – am 31. Dezember zu Danckelmann sagte: »Je sais bien qu'il est à Koenigsberg. L'empereur n'a vraisemblablement pas été averti de ce que votre prince se trouvoit auprès du roi [von Preußen], avant qu'il a signé le traité à Posen.« Danckelmann gelingt es vorerst, dem Franzosen zu erzählen, Ernst sei durch die militärischen Ereignisse an der Rückkehr zu seiner Familie gehindert gewesen, er halte sich bei seiner Schwester (Herzogin von Württemberg) in Riga auf, ganz bestimmt aber nicht in Königsberg, und er habe keinen Anteil an Kampfhandlungen der Preußen gehabt<sup>179</sup>. Danckelmann ist sich seiner Sache mit gutem Grund nicht sicher, allein beim Fehlen aller Nachrichten kann auch er nur abwarten.

In Coburg hat inzwischen mit Ablauf des 31. Dezembers die französische Administration ihre Geschäfte beendet, und Kretschmann kann, gemeinsam mit dem Intendanten Villain, die Wiederherstellung der ehemaligen Regierungsverhältnisse bekanntgeben und die Abhaltung von Dankgottesdiensten anordnen<sup>180</sup>. Da wird am 7. Januar in Berlin bekannt, daß Herzog Ernst seit dem 24. Dezember in Königsberg an einem Nervenfieber erkrankt darniederliege<sup>181</sup>. Die Früchte aller Bemühungen scheinen vernichtet.

Ehe man sich in Coburg dieses Schlages recht bewußt werden konnte, überschattete ein innenpolitisches Ereignis alle Geschehnisse und erschütterte die Stellung Kretschmanns. Das Gerücht von einer Rückzahlung des bereits an die Franzosen entrichteten Kontributionsdrittels war in die Öffentlichkeit gedrungen, und man sagte, die Franzosen hätten dieses Zugeständnis nur unter der Bedingung gemacht, daß das Geld wieder unter die Kontribuenten verteilt würde. Aus nicht mehr feststellbarer Quelle wurde Anfang Januar verbreitet, die Rückzahlung sei bereits erfolgt, werde aber vom Minister zurückbehalten<sup>182</sup>. Mit Recht hielt Kretschmann die Landschaft für nicht unbeteiligt und ließ den Landschaftsdeputierten v. Imhoff zu Hohenstein am 9. Januar verhaften und auf die Veste führen<sup>183</sup>. Die Handhabe zu diesem Vorgehen hatte er rechtzeitig am 6. Januar noch geschaffen, an welchem Tag eine Bekanntmachung durch Druck verbreitet wurde, in welcher die Aufwiegelung gegen die Gesetze, gegen Verordnungen der Regierung und gegen nicht auf

dem Rechtsweg ergangene Verfügungen mit militärischer Exekution bedroht wurden<sup>183</sup>. Auf die Verhaftung Imhoffs hin aber wurde in Ahorn zur Gemeinde geläutet und Boten ins Itztal gesandt, welche zu einer Versammlung in der Finkenau aufboten<sup>184</sup>. An die tausend Bauern zogen von da gegen Coburg, wo Herzogin Auguste einen Teil am Ketschentor zur Umkehr bewegen konnte; der Rest zog auf die Veste, um Imhoff zu befreien. Dem Prinzen Ferdinand gelang es jedoch gemeinsam mit seinem Schwager Graf Mensdorf, die Bauern heimzuschicken, nachdem einige Gelegenheit hatten, mit Imhoff zu sprechen, welcher ebenfalls beruhigend auf sie einwirkte<sup>185</sup>. Wenn auch die Coburger Bürgerschaft keinen Anteil an den Unruhen genommen hatte, so gab der Herzogin der neue Aufruhr gegen Kretschmann doch zu denken.

Es galt aber vorerst, wiederum nach außen um die Existenz des Herzogtums zu ringen. Kretschmann hatte sich bezüglich der Abwesenheit des Herzogs bereits so sehr in Sicherheit gewiegt, daß er am 17. Januar 1807 Dankelmann anwies, wegen eines territorialen Arrondissements im französischen Hauptquartier vorstellig zu werden – der Weg sollte über Clarke zu Talleyrand führen. Da von allen um Coburg liegenden Ländern einzig die Schwarzburgischen Fürstentümer zu dieser Zeit nicht im Rheinbund waren, erschien die Erwerbung eines Teils als mögliches Ziel: » . . . Ist Schwarzburg noch nicht vergeben, so ist dieses das einzige Land, welches uns convenieren könnte, jedoch meine ich bloß die vordere Herrschaft von Rudolstadt . . . «<sup>186</sup>. Dankelmann konnte freilich nicht mehr in dieser Richtung tätig werden, denn auch Napoleon hatte inzwischen zur Kenntnis nehmen müssen, daß Herzog Ernst in Ostpreußen war, und er konnte nur einen Schluß daraus ziehen: daß der Herzog sich selbst zu den Gegnern Frankreichs zählte<sup>187</sup>. Am 11. Januar verfügte er die Einsetzung einer neuen französischen Administration für das Herzogtum<sup>187</sup>. Der Minister und Dankelmann bestürmen nun den inzwischen genesenen Herzog zur schleunigen Rückkehr und versuchen ihrerseits alles, um den Kaiser umzustimmen<sup>188</sup>. Allein am 27. Januar ergreifen der Bataillons-Chef Augustin Parigot und der Revuen-Unterinspektor Pierre François Villain im Namen Napoleons von dem Herzogtum Besitz<sup>188</sup>. An die Stelle Villains trat am 1. Februar der Staatsrats-Auditeur Bouvier du Molard<sup>189</sup>, welcher ein im ganzen mildes Regiment führte, freilich weder verhindern konnte noch wollte, daß die Kontributionszahlungen wieder aufgenommen werden mußten<sup>191</sup>.

Am 6. Februar begann Herzogin Auguste mit der Verwirklichung eines schweren Entschlusses, indem sie eine Reise nach Berlin antrat, welche sie nach ihrem Plan bis ins damalige Hauptquartier Napoleons nach Warschau führen sollte<sup>188</sup>. Dort wollte sie persönlich für ihren Sohn bitten. Da Napoleon aber inzwischen beim Monarchentreffen in Tilsit war und das Gerücht ging, er werde nicht mehr ins Hauptquartier zurückkehren, brach die Herzogin ihre Reise in Berlin ab. Sie

Paris le 27 Janvier 1871  
Grande Armée Wastchen  
de l'Armée

Augustin Parigiot chef de Détachement, Membre  
de la Légion d'honneur & leur freres Villain  
L'Inspecteur aux Revues & Membre de la Légion  
d'honneur

En vertu du Decret impérial du 11  
Janvier en ses Ordes de S. M. Le Prince  
de Neuchâtel, Major général & M. d'Intendance  
général de la Grande Armée.

Nous déclarons par la présente protection en l'ays  
de Cobourg qui sera Commande & Administré,  
au nom de S. M. L'Empereur & Roi.

Les autorités de l'ays continueront leurs  
fonctions sous l'inspection de l'administration  
française.

Le Decret impérial en la présente déclaration  
signé de nous en sa Présence & la Régence  
sera transcrit sur les registres de gouvernement  
ou notifié par la Régence à tous les autorités  
en l'ays

à Cobourg le 27 Janvier 1871.  
A. Parigiot  
Villain  
Wastchen



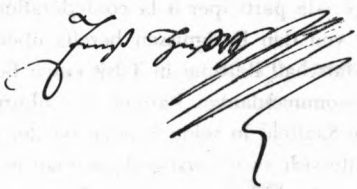
unternahm nochmals einen ähnlichen Schritt, indem sie Anfang März zum sächsischen König nach Dresden reiste. Diesem Unternehmen war mehr Erfolg beschieden, da Ernst inzwischen die Heimkehr angetreten hatte<sup>198</sup>.

Herzog Ernsts Rückkehr vollzog sich unter Schwierigkeiten. Entgegen dem Rat des nassauischen Staatsministers v. Gagern ging er nicht direkt nach Coburg<sup>194</sup>, sondern unter dem Vorwand, noch eine Kur gebrauchen zu müssen, über Prag nach Eger, wo er Anfang Mai eintraf<sup>198</sup>. Von dort aus bat er in diesen Tagen in einem unmittelbar an Napoleon gerichteten Schreiben: »... Sire, je réclame, avec une respectueuse et entière confiance, la justice de Votre Majesté; j'invoque la bienveillance généreuse qui a dicté le traité par lequel mon Père a été compris dans la confédération; je revendique l'héritage légitime des droits et des devoirs de ce traité; je demande à être mis en position de convaincre Votre Majesté qu'elle n' a point d'allié plus fidèle et plus dévoué que moi: je la supplie, en un mot, de faire cesser l'effet d'une mesure dont la cause n'existe plus«<sup>198</sup>. Um seine Ansprüche aber sichtbar aufrecht zu erhalten, folgt er einem Rat Kretschmanns und trifft am 28. Mai in Ebersdorf bei Coburg ein; nachdem er dort übernachtet hat, fährt er folgenden Tag bis Ketschendorf, wo er seinen Schwager Leiningen und seinen Großonkel Prinz Friedrich Josias trifft, und geht von da nach Karlsbad, da er einerseits fürchtet, ohne Napoleons Erlaubnis nicht in Coburg bleiben zu können, andernteils aber zu stolz ist, um die Aufenthaltsgenehmigung zu bitten<sup>197</sup>. In den folgenden Wochen hält sich der Herzog außer in Karlsbad kurz bei Kretschmann in Erkersreuth sowie in Franzensbad auf, von wo aus er Napoleon bittet, ihm bald »en personne mes respectueux hommages« abstaten zu dürfen<sup>198</sup>. Er hat sogar die Absicht, deshalb ins neue Hauptquartier nach Tilsit zu reisen, doch hört er am 14. Juli, daß Napoleon auf dem Weg nach Paris sei, der ihn wahrscheinlich über Dresden führen werde<sup>199</sup>.

Dankelmann ist während dieser Zeit nicht untätig gewesen. Er hat seine Ohren überall<sup>200</sup> und wird nicht müde, für die Aufhebung der Beschlagnahme des Herzogtums zu wirken. Noch am 9. Juli schreibt er an den Kaiser, daß dieser von einer Wiedereinsetzung Ernsts in sein Land nichts zu befürchten habe, da Ernst wie einst sein Vater beabsichtige »de participer à la confédération du Rhin«<sup>201</sup>. Die Anstrengungen waren aber von den Ereignissen bereits überholt worden, denn schon am 1. Juli hatte der Marschall Berthier in Tilsit einen Befehl unterzeichnet, welcher den französischen Kommandanten Parigot in Coburg ermächtigte, den Herzog von Sachsen-Coburg-Saalfeld in seine Staaten wieder einzusetzen<sup>202</sup>. Die Absendung des Befehles hatte sich zwar verzögert, da man in Tilsit noch auf ein Zeichen vom Herzog wartete, der bisher – wie in diplomatischen Kreisen Berlins zu hören war – nur »beaucoup de mauvaise volonté« bewiesen habe; doch hat Talleyrand endlich für die Weiterbeförderung gesorgt<sup>203</sup>. Als Herzog Ernst dann


  
 Wir Ernst von Sachsen-Coburg
   
 & Gotha
   
 Souveräner Herzog von Sachsen-Coburg
   
 & Gotha

Habe den Bayern gegenwärtig zu bestimmen und
   
 zu bestimmen in dem Coburger Lande
   
 zu Coburg und Gotha in dem Coburger Lande
   
 die Regierung zu übernehmen
   
 und die Coburger Lande
   
 zu regieren
   
 und die Coburger Lande
   
 zu regieren
   
 und die Coburger Lande
   
 zu regieren
   
 und die Coburger Lande
   
 zu regieren
   
 und die Coburger Lande
   
 zu regieren

Ernst I.
   


Bestätigung der Regentschaft in Coburg (Herzogin Augusta und Minister v. Kretschmann) durch Herzog Ernst I. während seiner Abwesenheit  
 Bayer. Staatsarchiv Coburg LA A I 26 b 16 B Nr. 16 fol. 17

am 18. Juli in Dresden mit Napoleon zusammengetroffen war, konnte Dankelmann mit Recht schreiben: »Das Land ist gerettet«<sup>804</sup>. Am 20. schreibt Ernst an Auguste, daß er in zehn, längstens elf Tagen in Coburg zu sein gedenke<sup>805</sup>. Was folgte, waren Formalitäten. Am 24. Juli gab die Landesregierung die Aufhebung der französischen Administration und die Wiedereinsetzung des Herzogs bekannt<sup>806</sup>, am 1. August kehrte der Herzog selbst nach Coburg zurück und ratifizierte einige Tage darauf noch einmal für seine Person den Beitritt seines Landes zum Rheinbund<sup>807</sup>.

Kretschmanns persönliche Stellung hatte sich während dieses ersten Halbjahres 1807 sichtbar verschlechtert. Die Abkühlung seines Verhältnisses zur Herzogin im Anschluß an die Bauernunruhen vom Januar ist bereits angedeutet worden. Man erfährt es namentlich aus einem Brief, in welchem die Herzogin im März ihren noch auswärts weilenden Sohn auf die Verhältnisse vorzubereiten sucht, die er in Coburg finden würde<sup>808</sup>: » . . . Du gehst mancher unangenehmen Stunde entgegen. Waffne Dich mit Mut und Festigkeit, sei Herr im vollen Sinn des Worts, halte Kretschmann fest, lasse ihn auch nicht das Unbedeutendste ohne Dein Wissen tun, durchstreiche ohne weiteres, was zweideutig oder zu beißend ist, sonst kriegst Du so wenig Ruhe wie Dein armer Vater. Halte aber auch das Hofgesindel [!] und die Herren Stände so kurz wie möglich, denn den Letzteren haben wir unsere jetzige traurige Lage zu danken. Um Kretschmann zu sprengen, haben sie uns bei Napoleon verklagt und haben ihn mißtrauisch gegen uns gemacht<sup>809</sup>. . . . Aber ich habe manches durchschaut, worin ich Dir nützlichen Rat geben kann . . .«. Wie dagegen der Minister seine künftige Stellung in Coburg wünschte, geht aus einem Brief hervor, den er am 10. Juni an den Herzog schrieb und in dem er sich – für den ehrgeizigen jungen Herzog unannehmbar – die Situation zurückwünschte, die in seinen besten Tagen unter Herzog Franz bestanden hatte: » . . . Ein Minister so wie der General, welche bei Vollziehung ihrer Pläne gehemmt sind, können nichts Großes vollenden; ein Minister so wie der General ohne Autorität sind eine Glocke ohne Klang. Ein beschimpfter Minister ist einer gebrochenen Spiralfeder ähnlich . . .«. <sup>810</sup>. Und er hat natürlich recht, wenn er fortfährt: »Mehr als gewöhnliche Kräfte, mehr als gewöhnliche Anstrengung sind nötig, um aus den Ruinen Coburgs ein neues Gebäude dauerhaft und regelmäßig aufzuführen. Ich muß deshalb ganz gewiß sein, daß der Bauherr mit dem Bauplan einverstanden ist, um nicht Kräfte und Zeit vergeblich zu verwenden . . .«. Freilich, die Pläne, die er hegte, waren nicht dazu angetan, das Vertrauen der Herzogin zurückzugewinnen – was zugleich bedeutete, daß er auch bei dem politisch noch weitgehend von seiner Mutter abhängigen jungen Herzog damit nicht ankam. Im ersten Julidrittel legte er – übrigens wohlweislich nicht der Herzogin – ein Projekt vor, das von vornherein keine Aussicht auf Zustimmung haben konnte, und das

zeigt, wie wenig der Minister befähigt war, sich in die Gedankenwelt seiner Partner zu versetzen: »Ich rate Euer Durchlaucht alle Kräfte aufzubieten, um, wenn Sie ins Hauptquartier [Napoleons in Tilsit] kommen, das elende und unglückliche Coburg loszuwerden und dagegen die vier bayreuthischen Kreise Hof, Wunsiedel, Bayreuth und Kulmbach einzutauschen. Bayern wird durch das bayreuthische Unterland hinlänglich abgerundet; der König von Preußen wird lieber sehen, daß ein Teil von Preußen in Ihren Händen ist als in denen Bayerns sei. Durch die Abtretung Coburgs an Bayern wird dieses wenig beeinträchtigt. – In Coburg ist das Land der Intrigue und der Infamie. Ihnen steht eine äußerst unglückliche Regierung dort bevor, denn ohne neue Auflagen ist die eingefallene Maschine nicht in Gang zu bringen. Bayreuth wird sich glücklich schätzen, E. D. zum Regenten zu haben . . . In Bayreuth sind die Menschen an Ordnung gewöhnt, man hat also keine Widerspenstigkeit zu befürchten . . . Dazu kommt noch, daß das bayreuthische Oberland für alle Anstrengungen eine Million Gulden Einkünfte haben kann, wenn man die Quellen genau kennt, so wie ich sie kenne . . . – Sollte der Wunsch mit Bayreuth nicht möglich sein, so dringen E. D. wenigstens darauf, daß das Fürstentum Coburg mit den Bamberger Ämtern Lauenstein, Teuschnitz, Nordhalben, Kronach, Lichtenfels, Waldenfels und Gleußdorf abgerundet werde. Der Distrikt ist nicht zu groß und diese Ämter sind größtenteils bloß Vogteien; für das arme Coburg aber sind sie dennoch bedeutend . . .«<sup>211</sup>. Daß der Tausch Coburg gegen Bayreuth schon aus optischen Gründen für das herzogliche Haus unmöglich war, ist dem ganz im Utilitätsdenken befangenen Minister nicht eingegangen.

Kretschmann ist nunmehr auch in den Zweigen der inneren Staatsverwaltung nichts Wesentliches mehr gelungen. Im September 1806 konnte er zwar noch ein Oberappellationsgericht schaffen, wodurch die bisher üblichen Appellationen an auswärtige Juristenfakultäten oder Schöppenstühle in Wegfall kamen; indessen überdauerte ihn diese Einrichtung nur bis zum 1. Juni 1808<sup>212</sup>. Der Plan der Errichtung eines Kriminalgerichts für das ganze Herzogtum, welches unter seiner obersten Leitung vom Kanzleirat Regenherz<sup>213</sup> besorgt werden sollte, blieb schon in den Anfängen stecken, da die Schmälerung der Patrimonialgerichte um die Kriminaljustiz zu den Voraussetzungen gehörte, wogegen sich die Landschaft verständlicherweise sträubte<sup>214</sup>. Dagegen kam es zu intensiven Beratungen und Auseinandersetzungen um einen neuen Finanzplan und um eine neue Konstitution für das Herzogtum. Kretschmann spricht erstmals im Juni 1807 davon<sup>215</sup>. Bereits am 8. August, also wenige Tage nach seiner Rückkehr, greift Herzog Ernst dagegen zuerst die Frage der Behördenorganisation auf. Er wünscht auch an der Spitze ein Kollegium anstelle des einzigen Ministers<sup>216</sup> und will dieses oberste Kollegium aus den Chefs der Departements bilden. Darauf kann Kretschmann

entsprechend seiner bisherigen Praxis nicht eingehen, und er wehrt sich mit Nachdruck. »Dann, wenn die Chefs der Kollegien zugleich als Geh. Konferenzräte mit Sitz und Stimme im Ministerio angestellt sind, kann ich die Staatskontrolle nicht haben; einmal, weil jede Staatskontrolle aufhört, wenn man die Maximen dem mitteilen muß, gegen den sie gerichtet sind, [und] weil die Mehrheit der Stimmen immer gegen mich gerichtet sein würde«; letzteres befürchtete er freilich zu Recht, denn weder Johann Ernst Gruner noch Arzberger<sup>216</sup>, an die der Herzog gedacht hatte, waren ihm sonderlich gewogen<sup>217</sup>. Der Vertraute Kretschmanns hingegen, Hartleben<sup>218</sup>, wäre von jedem Einfluß ferngehalten worden. Hohnbaum hat das sehr richtig erkannt, und er hat es gegenüber dem Prinzen Leopold deutlich ausgesprochen: »Der Minister fürchtet den taktfesten Gruner und will Arzbergern nicht den Vorzug vor seinem Liebling Hartleben gönnen«<sup>219</sup>. Kretschmann machte einen letzten Versuch, seine Anschauungen in abgewandelter Form durchzusetzen, indem er am 18. August die Bildung eines Staatsrates vorschlug, in welchem die Prinzen des Hauses, der Minister und der Präsident des Appellationsgerichts – seit dem 11. August Hartleben! – Mitglieder sein sollten. Der Herzog lehnte ab und äußerte gegenüber Hohnbaum: »Nun, wenn er [Kretschmann] nicht anders will, so mag er gehen«<sup>220</sup>. Die Organisationsfrage blieb, da die äußere Politik wiederum in den Vordergrund rückte, unerledigt, und eine Einigung zwischen dem Herzog und seinem Minister war nie zu erwarten, da der Herzog die Meinung vertrat, daß »die Chefs der Kollegien [= Departements] nicht als Chefs, sondern als Männer, von welchen vermöge ihres Amtes am ersten übersichtliche Kenntnisse der Staatsgeschäfte zu erwarten sind, im Ministerio mit Sitz und Stimme sein« sollten, also Unparteiischkeit voraussetzte. Dies aber konnte Kretschmann sich nie und nimmer vorstellen<sup>221</sup>.

Die Verhandlungen um eine territoriale Abrundung des Herzogtums wurden inzwischen von Danckelmann in Paris weitergeführt. Es war dem Gesandten allerdings nicht gelungen, bis an den allein entscheidenden kaiserlichen Hof vorzudringen, weshalb er sich an Mittelsmänner halten mußte, ein Verfahren, von dem er bald einsah, daß es keinerlei Erfolg bringen konnte. Er kehrte schließlich nach Coburg zurück, nachdem er am 2. September berichten mußte: »Ich sowenig als irgendein anderer Gesandter der [Ernestinischen] herzoglich sächsischen Häuser werde anerkannt und kann daher auch nicht am kaiserlichen Hof als solcher vorgestellt werden«<sup>222</sup>. Der Herzog entschloß sich darauf, selbst an den kaiserlichen Hof zu gehen, und erwog, sich von Kretschmann und Danckelmann begleiten zu lassen. Der Minister verspürte zwar zu dieser Reise keinerlei Neigung, da er angesichts seines gespannten Verhältnisses zu Herzog Ernst keinen Nutzen dabei erblicken konnte<sup>223</sup>. Als aber der Herzog für die Zeit der Abwesenheit eine interimistische Regierungskommission einsetzte, welche aus dem dirigierenden Minister,

dem Kanzler Gruner und den zwei ältesten Regierungsräten, nämlich Arzberger und v. Roepert<sup>224</sup> bestehen sollte<sup>225</sup>, änderte Kretschmann seinen Sinn, da er ja in diesem Fall in eine Form der Verwaltung gezwungen gewesen wäre, die ihm zutiefst zuwider war<sup>226</sup>.

Die Stationen der herzoglichen Frankreichreise brauchen hier nicht im einzelnen verfolgt zu werden. Es genügt zu wissen, daß auch Herzog Ernst in den über vier Monaten, in denen er sich abwechselnd in Paris und Fontainebleau aufgehalten hat, für die territoriale Abrundung seines Herzogtums nichts erreichen konnte<sup>224a</sup> und daß auch die endliche Ankunft des russischen Gesandten Grafen Tolstoi im späten Herbst, auf die er große Hoffnungen gesetzt hatte, ihn nicht weiterbrachte. Es soll hier vor allem die nicht sehr glückliche Rolle betrachtet werden, die Kretschmann dabei gespielt hat.

Der Minister hatte, wie erwähnt wurde, im Juni erstmals die Frage einer neuen Konstitution für das Herzogtum aufgegriffen, war aber über Beratungen mit Gruner, Arzberger, Hartleben und Regenherz im August nicht hinausgekommen<sup>227</sup>. Da sein Entwurf die Rezeption des Code Napoléon vorsah, hoffte er, über Paris einen gewissen Druck auf den Herzog ausüben zu können, indem etwa der Kaiser eine Garantie für die Verfassung übernehme. Er setzte sich zu diesem Zweck mit dem Minister Champagny und mit einigen deutschen Gesandten, vor allem dem Sachsen Senfft v. Pilsach in Verbindung<sup>227a</sup>. Der Herzog bemerkte Kretschmanns Treiben sehr bald und suchte schleunigst Rat bei seiner Mutter. ». . . Kaufe ja keinen Affen und laß Dich Kretschmann nicht wie einen Affen verkaufen . . . « warnt ihn diese am 26. September<sup>228</sup>, und einen halben Monat später wird sie noch deutlicher: ». . . Schicke Kretschmann nach Hause, so bald Du kannst; seine Nützlichkeit sehe ich so nicht ein und ich glaube, Dumolard wird Dir ganz dasselbe sagen . . .<sup>229</sup>. Ernst hat aber an Kretschmann doch zunächst eine bessere Stütze als an Danckelmann, der aus rätselhaften Gründen alles Interesse an seinen Aufgaben verliert und obendrein sich mit Kretschmann wegen dessen Vorgehen in der Verfassungsfrage überwirft<sup>230</sup>. Am 28. Oktober verläßt er Paris, um nach einem kurzen Aufenthalt auch Coburg den Rücken zu kehren<sup>231</sup>. Der Vorgang beunruhigte den Herzog derartig, daß er Kretschmann noch kritischer beobachtet als bisher und sich entschließt, ihn bei erster passender Gelegenheit nach Coburg zurückzuschicken. Bereits Anfang Oktober war eine personelle Umbesetzung des Pariser Gesandtenpostens eingeleitet worden; am 21. dieses Monats bestellte der Herzog den bisherigen fürstprimatischen Major Fischler v. Treuberg zu seinem Chargé d'affaires<sup>232</sup>. Anfang November reiste der Minister von Paris ab, allerdings nicht nach Coburg, sondern auf sein Gut Theres, wo er am 8. November ankam<sup>233</sup>.

Herzog Ernst hat sich inzwischen entschlossen, Kretschmanns Kompetenzen ent-

weder stark zu beschneiden oder ihn gänzlich auszuschalten. Am 19. November 1807 schreibt er aus Paris an seine Mutter: ». . . Sie geben mir den Rat, Kretschmann von hier aus zu schreiben, ihm entweder seinen Abschied oder einen unbestimmten Urlaub anzutragen, weil es die öffentliche Stimmung fordere. Ich glaube, dieser Beweggrund möchte wohl erst nicht rechtlich genug für mich sein; auch werden sich leider nur zu viel rechtlichere finden, die diesen Ausweg unnötig machen. Auch muß er, ehe er geht, mir noch vollkommene Rechenschaft legen, besonders über die letzten Geldgeschäfte, wo ich ihm keinen Urlaub oder Abschied vorher anbieten dürfte, indem er nur zu gern den Kopf aus der Schlinge ziehen würde. Was das Kopfwaschen anbetrifft, so habe ich es reichlich getan und ihn sogleich nach Hause geschickt; dieses ist aber eine Mohrenwäsche, denn dieser Mensch ist nie zu überführen, daß er gefehlt hat. Daß ich ihn jetzt richtig sehe, weiß ich leider zu gewiß; doch muß ich erst jemanden anderen haben, den ich an die Spitze der Geschäfte stellen kann, ehe ich ihn wegschicke, denn von den guten Menschen in Coburg ist keiner dazu fähig. Ich gedenke mich an den Minister Stein zu wenden . . .«<sup>284</sup>.

Kretschmann fühlt sich zunächst krank und hält sich in Theres ruhig. Er ließ sich zwar Akten schicken und arbeitet an der Rechtfertigung seiner Geschäftsführung, greift aber nicht aktiv in die Regierungstätigkeit ein<sup>285</sup>, die nach wie vor von der im August bestellten Interimskommission besorgt wird. Am 4. Dezember schreibt er an den noch immer in Paris weilenden Herzog: ». . . Ich wünschte wohl, nach Coburg zu gehen, um dort mit meinem Rat nützlich zu sein, denn es soll sonderbar hergehen, allein meine Gesundheit kehrt [zu] langsam wieder. . . Freunde, welche mich besucht haben, eröffnen mir, daß sich Herr Hohnbaum fleißig den Geschäften widmet und tätig für die öffentlichen Angelegenheiten ist. Vielleicht bildet er sich zum Staatsmann. . .«<sup>286</sup>. Der Brief zeigt, daß sich der Minister nun selbst mit dem Gedanken abfindet, nicht mehr als dirigierender Minister zu wirken. Tatsächlich erklärt er dem Herzog am 20. Dezember 1807 seinen Rücktritt von diesem Amt, äußert aber dabei, auch weiterhin als herzoglicher Rat zur Verfügung stehen zu wollen<sup>287</sup>. Der Herzog genehmigte zwar den Rücktritt nicht, entthob den Minister aber »wegen Kränklichkeit bis aufs Weitere aller Geschäftsführung« und übertrug die Leitung der Staatsgeschäfte einer »interimistischen Immediat-Kommission«, welche sich aus dem Kanzler Gruner, den Geh. Räten Arzberger und v. Roepert und dem Geh. Kanzleirat Regenherz als Protokollführer zusammensetzte<sup>288</sup>. Nach seiner Rückkehr aus Frankreich bestätigte Herzog Ernst am 26. Januar 1808 seine Maßnahme<sup>289</sup>, nachdem Kretschmann noch acht Tage zuvor an die Erledigung der Verfassungsfrage, an die Notwendigkeit eines Ersatzes für den während der Zeit der französischen Administration aufgebrauchten Bankgängen Jahres nahezu zerstörten Fabrikwesens hingewiesen hatte<sup>290</sup>.

Kretschmann hat seitdem seine Zeit als coburgischer Minister als beendet angesehen.

### *III. Kretschmanns Kampf um seinen Ruf*

Punkt 6 von Kretschmanns Bestallung aus dem Jahre 1801 hatte gelaute: »Wäre es aber, daß er ganz unverschuldet und ohne ganz gesetzmäßige Ursachen entweder Unser oder das Zutrauen des künftigen Regenten verlöre, so soll ihm erlaubt sein, sein Amt niederzulegen und die ganze ihm ausgesetzte Besoldung verzehren zu dürfen, wo es ihm gefällig ist«<sup>340</sup>. Kretschmann erachtete diese Bestimmung für erfüllt und betrachtete seine coburgischen Dienste mit dem 26. Januar 1808 als beendet. Nicht so der Herzog, für den der Minister nur von der Ausübung der Geschäfte beurlaubt, aber nach wie vor im Dienst war; er war nicht gesonnen, den Minister förmlich zu entlassen, bis nicht ein Rechenschaftsbericht über alle Zweige der Verwaltung für die Zeit von 1801 bis 1808 vorgelegt wäre. Außerdem beauftragte er schon um den 20. Januar die Immediatkommission von staatswegen mit einer Überprüfung der Kretschmannschen Administration<sup>341</sup>. Daß Kretschmann von dieser Überprüfung nichts Gutes zu erwarten hatte, bezeugt Hartleben, der am 24. Januar an Kretschmann schreibt: ». . . Gruner soll gewissem Vernehmen nach, als er gestern die vulgo Geh. Räte zusammenberief, mehr Verlegenheit als Freude gehabt haben. Nur v. Roepert, der dem Licht im Staatsrat (!)<sup>342</sup> den Schatten gibt, war außer sich voll Freude und nicht wenig imponierend. . . Das Publikum hat indessen nicht den freudigen Anteil genommen, den die triumphierende Partei erwartete, und ihre Anhänger unter den Staatsdienern sind durch die Art, wie sie sich verkündeten, verdrüssig. . . Arzberger bearbeitet dem Vernehmen nach die aufgetragene Darstellung des Schuldenzustands und die Vorschläge zur neuen Finanzeinrichtung<sup>343</sup>. Er benimmt sich so, wie ich es erwartete und [wie es] bei dem Mangel an ursprünglicher Erziehung und dem ungeheuren Selbstdünkel von so schnell erworbenen Geschäftskennntnissen nicht anderst möglich ist. . . Allgemeine Gerüchte sind, daß gegen Berly<sup>344</sup> eine Kommission ernannt und die alte Regierung hergestellt werde<sup>344</sup>. Eigentlich beschäftigen sich diese wohl gewählten Geh. Räte mehr mit dem Nachdenken über Rache an allen, die ihren undankbaren Klub verabscheuen, als mit Staatsgeschäften. . .«<sup>345</sup>. Kretschmann forderte daraufhin eine gerichtliche Untersuchung seiner Staatsverwaltung, da er sich davon noch am ehesten eine objektive Klärung der offenen Fragen erwartete<sup>346</sup>. Hartleben warnt ihn allerdings, sich allzu viele Hoffnungen zu machen über einen Herrn, »der keinen Anstand nimmt, seinen faulsten und strafbarsten Staatsdiener<sup>347</sup> mit an die Spitze zu stellen. . .«<sup>348</sup>.

Das vorzügliche Interesse der Untersuchung gegen Kretschmann ist auf die Staats-



finanzen gerichtet. Man glaubt, gegen den Minister am ehesten in seiner Eigenschaft als Direktor der Bank etwas ausrichten zu können und hält sich an den, der zur Stelle ist: den Finanzrat Berly<sup>249</sup>. Er wird unvermutet in der Bank kontrolliert, doch findet die Kommission keinen Kassedefekt. Da Berly nicht in der Lage ist, aus dem Handgelenk geforderte Informationen und Rechtfertigungen zu geben, wird er arretiert und acht Tage lang nicht verhört<sup>250</sup>. Als die Untersuchungskommission gar zu lange braucht, um Berly einige persönliche Verfehlungen nachzuweisen<sup>251</sup>, begeht dieser die Unklugheit, einen Fluchtversuch zu unternehmen<sup>252</sup>, wodurch aus einer mehr routinemäßigen Untersuchung erst die »Affaire Berly« wird.

Für Kretschmann, der sich ohnehin schon durch unausgesetzte Nadelstiche ungebührlich belästigt fühlen mußte<sup>253</sup>, hatte die Affäre Berly eine höchst unangenehme Folge, indem er aufgefordert wurde, alle noch in seinem Besitz befindlichen Staatspapiere auszuliefern; da er die Akten indessen zu seinem Rechtfertigungsbericht benötigte, kam er dem Ansinnen nur teilweise nach. Zu seiner Sicherheit lieferte er eine Aktensendung an die Landesregierung als Revisionsgericht, deren Dirigent Hartleben war, und erhielt dafür eine Quittung<sup>254</sup>. Als der Herzog Hartleben deshalb einen derben Tadel erteilte, verwahrte sich dieser gegen den Angriff auf das »rechtliche Verfahren« seiner Behörde und bemerkte: ». . . Sollten politische Rücksichten bei dieser Sache eintreten, so werden Euer Herzogliche Durchlaucht zu erwägen geruhen, daß wir sie nicht wissen können, nicht wissen dürfen, da wir nur für Rechts-, nicht für politische Verhältnisse konstituiert sind«<sup>255</sup>.

Wie Hartleben war auch Kretschmann zu der Überzeugung gekommen, daß er ein unparteiisches Verfahren in Coburg nicht zu erwarten hätte. Er nahm, wie schon früher, seine Zuflucht in die Öffentlichkeit, und gründete eine Zeitschrift »Hof und Staat«, welche in zwanglosen Heften erscheinen und die Verhältnisse in Coburg unter seinem Ministerium darstellen sollte<sup>256</sup>. Der Herzog verbot ihm daraufhin »alles Drucken in hiesigen Staatsangelegenheiten«<sup>257</sup>, und Hartleben riet zur Mäßigung und Vorsicht, da der Herzog sehr reizbar sei, »wenn er öffentlich auf eine unangenehme Art genannt wird«<sup>258</sup>. Und er fordert Kretschmann – wie es auch Rechnungsrat Albus tut<sup>259</sup> – auf, selbst nach Coburg zu kommen, um seine Sache zu verfechten: ». . . Ohne persönliche Gegenwart ist nach meiner Überzeugung eine Verhandlung mit dem Herzog nicht möglich . . .«<sup>260</sup>. Zu einem solchen Schritt kann sich Kretschmann indessen nicht verstehen; seine Lage verschlimmert sich dadurch und durch den Umstand, daß er mit dem Abgang Hartlebens von Coburg dort einen Freund verliert<sup>261</sup>.

Bei der Untersuchung gegen Berly hatte inzwischen der Geh. Rechnungsrat Seibald<sup>262</sup> nachzuweisen gesucht, daß Leitung und Personal der Staatsbank an der im Jahre 1807 neuerlich eingetretenen Verschuldung des Staates keine Schuld

trübe, daß vielmehr die – oben geschilderten – politischen Ereignisse die Verschlechterung der finanziellen Situation bewirkt hätten<sup>366</sup>. Eine Folge war, daß eine am 28. Januar 1807 beim Frankfurter Bankhaus Rüppel & Harnier aufgenommene Anleihe in Höhe von 285 500 fl, die mit 354 Obligationen zu je 1000 fl versichert war und bis zum 15. April 1810 hätte zurückgezahlt werden sollen, weder gedeckt war, noch daß Aussicht bestand, der Rückzahlungspflicht zum bestimmten Termin nachzukommen<sup>364</sup>. Um diese Summe, um die Anleihe, die Kretschmann im Januar 1808 bei der Staatsbank aufgenommen hatte<sup>365</sup>, und um die 200 000 fl, welche er 1806 als Aversionalsquantum erhalten hatte<sup>366</sup>, wurde nunmehr gegen ihn ein fiskalischer Prozeß vor dem für ihn zuständigen Hofgericht in Würzburg angestrengt, nachdem er das Erscheinen vor den Coburger Gerichten wegen Befangenheit der Richter abgelehnt hatte<sup>367</sup>.

Kretschmann schickte sich an, sich auf seine Weise zur Wehr zu setzen, indem er ein Manuskript zu einer Selbstbiographie zusammenstellte, welches um die 200 Briefe von Mitgliedern der herzoglichen Familie enthielt<sup>368</sup>. Auf Vorhalten erklärt er, daß er nicht vorhabe, mit ihm anvertrauten Geheimnissen Mißbrauch zu treiben, daß es aber dann für ihn keine Geheimnisse geben könne, wenn er gezwungen sei, seine rechtliche Handlungsweise nachzuweisen; außerdem handele es sich bei sämtlichen benützten Autographen um an ihn gerichtete Schreiben<sup>369</sup>. Die Hoffnung auf einen gütlichen Ausgleich war indessen noch nicht ganz aufgegeben; allein weder Vorstellungen der Frau v. Kretschmann bei Herzogin Auguste<sup>370</sup> noch des Ministers selbst beim Fürsten Reuß<sup>371</sup>, auf dessen Vermittlung er nicht ganz ohne Grund gebaut hatte, führten zu irgendeinem Erfolg. Vielmehr holte man in Coburg zu einem neuen Schlag aus, indem man das Großherzogliche Hofgericht in Würzburg dazu vermochte, zur Sicherstellung jener 50 000 fl, welche Kretschmann der Staatsbank schuldig war, sein Gut Theres zu beschlagnahmen; wegen eines im coburgischen Antrag enthaltenen Formfehlers wurde diese Maßnahme aber nach kurzer Zeit rückgängig gemacht und nicht wiederholt<sup>372</sup>.

Es scheint sich in der folgenden Zeit der Fürst von Leiningen, dem Kretschmann einst sehr geholfen hatte, für ihn eingesetzt zu haben; er hatte zwar seinerzeit für die Entfernung des Ministers aus dem Amt gesprochen<sup>373</sup>, mußte aber von den Coburger Geschehnissen der Zeit danach einen ebenso ungünstigen Eindruck haben<sup>374</sup>. Unter beiderseitigem Stillhalten blieb alles in der Schwebe, bis Kretschmann 1811 aus Amorbach darauf dringt, endlich gerechtfertigt zu werden<sup>375</sup>. Dann beging er im folgenden Jahr wieder einen schlimmen Fehler, indem er versuchte, eine von ihm unter dem Titel »Ehrenburg« geplante Schrift in der Bamberger Zeitung mit der Ankündigung zu annoncieren, daß die Schrift »Physiognomien von Meuchelmördern und Kupplerinnen in einem Kostüm, worin man sie selten

sucht«, enthalten werde<sup>776</sup>. Die bayerische Polizei kam dahinter und verständigte die coburgischen Behörden<sup>777</sup>. Herzog Ernst wandte sich darauf an König Max Joseph und an Montgelas, um seine Ansprüche gegen Kretschmann zu begründen und um sich deren Hilfe bei der Verhinderung weiterer Diffamierungen des herzoglichen Hauses zu versichern<sup>778</sup>. Es konnte aber nicht verhindert werden, daß in der »Bamberger politischen Zeitung« vom 10. Juni 1812 als Beilage ein »Bulletin der Quellen der Verfolgungsgeschichte des ehemaligen Ministers von Kretschmann zu Koburg« erschien<sup>779</sup>, in welchem Kretschmann den coburgischen Forderungen eine Gegenforderung über 255 000 fl entgegenstellte<sup>780</sup>.

Im gleichen Jahr war es dem herzoglichen Haus zwar gelungen, einen Teil der beanspruchten Papiere durch die würzburgischen Behörden in Theres sicherstellen zu lassen, doch zeigte sich an dem erwähnten »Bulletin«, daß Kretschmann in seiner Bamberger Wohnung<sup>781</sup>, die er 1810 bezogen hatte, weitere Unterlagen besitzen müsse. Im August 1812 bittet daher Prinz Leopold den Minister Montgelas um die Beschlagnahme dieser Papiere; Montgelas gesteht jedoch nur die obrigkeitliche Abforderung zu<sup>782</sup>.

Kretschmanns finanzielle Verhältnisse waren als Folge der Ereignisse seit 1808 so zerrüttet, daß er den ihm noch gehörigen Rest von Erkersreuth zerschlagen und verkaufen mußte, um wenigstens das ansehnlichere Theres halten zu können<sup>783</sup>. Denn dort waren ihm, nachdem die coburgischen Forderungen breiteren Kreisen bekannt geworden waren, Hypotheken gekündigt worden; und als er zur Bezahlung fälliger Wechsel das Mobiliar verkaufen mußte, schwand der letzte Kredit<sup>784</sup>. Er hoffte seiner Stellung dadurch aufzuhelfen, daß er 1814, nachdem das Großherzogtum Würzburg wieder an Bayern gekommen war, die patrimoniale Gerichtsbarkeit, welche zu den Bestandteilen von Erkersreuth gehört hatte, auf Theres zu übertragen versuchte; allein da vonseiten Coburgs unter der Bevölkerung Zweifel an der Rechtllichkeit Kretschmanns ausgestreut wurden und die Gemeinde Theres sich dagegen wandte, lehnte das bayer. Ministerium des Innern den Antrag ab<sup>785</sup>. Diese und andere Widerwärtigkeiten<sup>786</sup> veranlaßten ihn 1816 zum Verkauf von (Ober-)Theres an seinen Sohn Moritz<sup>787</sup>. Er selbst erhielt auf Verwendung Hardenbergs das K. preuß. Indigenat mit der Erlaubnis zur Niederlassung im Herzogtum Berg, wo er das Gut Düsselthal bei Düsseldorf erwarb<sup>788</sup>. Auf einer Geschäftsreise ist er, auch mit seiner Familie zerfallen, am 15. Januar 1820 in Kassel gestorben<sup>789</sup>.

#### IV. Kretschmanns Bedeutung für Coburg

Mag es auch auf den ersten Blick erscheinen, als sei Kretschmanns Wirken in Coburg ein meteorhaftes gewesen, das nur Verwirrung, wo nicht gar Zerstörung

hinterlassen hat, so lehrt doch das tiefere Eindringen in die Zeit seiner Administration, daß er es gewesen ist, der das Fürstentum, seit Ende 1806 Herzogtum Sachsen-Coburg-Saalfeld ohne schwerere, an die Substanz greifende Erschütterung in das gerade im staatlichen Bereich so umwälzende 19. Jahrhundert geführt hat. Außer ihm war ja ganz offensichtlich niemand imstande gewesen, die kaiserliche Debitkommission aus dem Fürstentum zu entfernen. Seinem unbestreitbaren politischen Einfühlungsvermögen ist es zu danken, daß trotz erheblicher Widerstände, die nicht zuletzt aus dem herzoglichen Haus kamen, der Eintritt des Fürstentums in den Rheinbund erfolgen konnte und ein souveränes Herzogtum entstand. Den größeren Staat, der ihm vorschwebte, hat er zwar nicht bauen können, und daran ist er persönlich letztlich gescheitert. Denn in dem räumlich beschränkten Herzogtum, dem er die vielleicht besten Jahre seines Lebens gewidmet hat, war für die großzügig konzipierte, ganz auf ihn selbst zugeschnittene Verwaltungsorganisation, die er geschaffen, die ihn aber in den wesentlichen Erscheinungen nicht überdauert hat, kein Platz. Der allmächtige Minister, dessen Stellung ja nicht eine Kretschmannsche Erfindung, sondern der eine weitverbreitete Erscheinung seiner Zeit war, fand in Sachsen-Coburg-Saalfeld neben einem schwachen Herzog wie Franz Anton Entfaltungsmöglichkeiten, nicht aber neben einem sich stark gebärdenden wie Ernst I., dessen eigene Selbstherrlichkeit mit der seines Ministers aus Notwendigkeit zusammenstoßen mußte. So blieb zwar die Kretschmannsche Schöpfung des Landesministeriums als Institution erhalten, deren Schale aber nur wieder das alte, vorkretschmannsche Geh. Conseil umschloß<sup>286a</sup>. Geblieben ist die Landesregierung als Mittelbehörde, wie auch die Straffung der Finanzverwaltung und der Beginn einer Trennung von Justiz und Verwaltung, und geblieben und von den Nachfolgern wenigstens zum Teil erfolgreich angewandt worden sind die zwar von Schultes gearbeiteten, aber von niemand anderem als Kretschmann angeregten und geforderten historischen Untersuchungen, welche dem Herzogtum schließlich doch zu einer bescheidenen Abrundung seines Territoriums verhelfen sollten.

Man hat dies alles lange übersehen. Johann Adolph v. Schultes, der es ja gewußt haben muß, war ein Zeitgenosse und daher in seinem Urteil nicht frei, und aus begreiflichen Gründen mochte er den Minister nicht als Anreger seiner Landesgeschichte angeben<sup>287</sup>. Kretschmann war, und darin liegt eine gewisse Tragik, ein unbequemer, nicht sehr glücklich veranlagter Mann, »den ungeachtet großer Talente die Größe seiner eigenen Leidenschaften von selbst stürzen mußte« (Hartleben). Mit dem Blick auf diese Leidenschaften wurde er beurteilt; es scheint an der Zeit, zu sehen, was darunter doch verborgen war.

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Mit Kretschmann beschäftigen sich vor allem Johann Adolph v. Schultes: *Sachsen-Coburg-Saalfeldische Landesgeschichte etc.*, III, Coburg 1822, S. 78 ff.; (Johann Friedrich Eusebius Lotz:) *Übersichtliche Darstellung der Coburgischen Landesgeschichte*, Coburg 1832, S. 52 ff.; A. Lotz: *Coburgische Landesgeschichte von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart*, Coburg 1892, S. 81 ff.; Karl Bohley: *Die Entwicklung der Verfassungsfrage in Sachsen-Coburg-Saalfeld von 1800 bis 1821*, Erlangen 1933, S. 5 ff.; Mathias Werner: *Das Coburger Land unter Minister von Kretschmann, 1802-1807*, in: *Das Thüringer Fähnlein*, Heft 2 (1838), 39 f., der zum Teil wörtlich auf J. F. E. Lotz beruht; Ludwig Ungelenk: *Die Staatsführung des Ministers von Kretschmann von 1801-1807*, ein Beitrag zur Geschichte des Herzogtums Sachsen-Coburg und Saalfeld, in: *Feststunden*, Beilage zum Coburger Tageblatt, Nr. 18-20 (1940); Alfred Sauerteig: *Coburger Zeitungsgeschichte*, Coburg 1948, S. 39 ff.; Walther Heins: *Amorbach und Coburg*, ein Beitrag zur Genealogie deutscher und europäischer Fürstenhäuser im 19. Jahrhundert, in: *Neujahrsblätter*, hrsg. von der Ges. f. Fränk. Gesch., Band XXV Amorbach, Würzburg 1953, S. 185; Max Frhr. v. Wangenheim: *Warum verließ Jean Paul Coburg?*, in: *Jahrbuch der Coburger Landesstiftung* 1963, S. 185 ff. – Um Objektivität bemüht sich dagegen der Verfasser des Artikels »Kretschmann« in der ADB, 17, S. 132 ff., während der gebissige, die Zeitumstände einseitig betrachtende und in den biographischen Angaben reichlich phantastische Zeitungsartikel eines anonymen Schreibers aus jüngster Zeit wenigstens als Kuriosum genannt sein soll: *Kretschmanns Wirken in Obertheres*, in: *Haßfurter Tagblatt* vom 10. Juli 1965.
- <sup>2</sup> *Gothaisches Genealogisches Taschenbuch der adeligen Häuser*, B 1837, S. 331.
- <sup>3</sup> Karl Wagner: *Register zur Matrikel der Universität Erlangen, 1743-1843*, in: *Veröff. d. Ges. f. Fränk. Gesch.*, IV. Reihe, Band 4 (1918), S. 106.
- <sup>4</sup> Bayer. Staatsarchiv Coburg (im folgenden: StA CO) LA J Nr. 128. – Kretschmann war übrigens evangelisch (Taufmatrikel Bayreuth-Stadtkirche 1762, S. 643, Nr. 201); anders hätte ihn später Herzog Franz Anton nicht zum Minister in einem evangelischen Fürstentum berufen können. Die Annahme von Hans Krausert in der *Festschr. z. 75-Jahr-Feler von St. Augustin-Coburg* (1935), S. 29, daß Kretschmann einen katholischen Beichtvater gehabt hätte, entbehrt der Grundlage.
- <sup>5</sup> G. W. A. Fikenscher: *Gelehrtes Fürstentum Baireut*, IV (1801), 150 ff.
- <sup>6</sup> StA CO LA J Nr. 150.
- <sup>7</sup> StA CO LA F Nr. 7541. Nach seinem Abgang aus coburgischen Diensten erhob Kretschmann 1808 Ansprüche auf einen Ersatz der seiner Familie von 1772 bis 1776 entgangenen Kaulsdorfer Einkünfte, zu deren Rechtmäßigkeit sich der Regierungsrat v. Griesheim 1811 äußerte: »... meiner Ansicht nach kann die Richtigkeit der Forderung gar nicht bezweifelt werden«. Die Forderung wurde indessen nie erfüllt, da man es in Coburg verstand, sie mit der gegen Kretschmann erhobenen fiskalischen Klage zu verquicken.
- <sup>8</sup> StA CO LA F Nr. 7338. – Vgl. auch Lang: *Lebenserinnerungen*, a. Anm. 17.
- <sup>9</sup> Verlegt in Kahla und Leipzig 1789 und 1790; vgl. Fikenscher a. a. O.
- <sup>10</sup> Vgl. Bohley a. a. O., S. 5; ein schuldhaftes oder dienstwidriges Verhalten konnte Kretschmann nicht nachgewiesen werden.
- <sup>11</sup> Bayer. Hauptstaatsarchiv München (im folgenden: HStA M), Abt. II – Geb. Staatsarchiv MA Nr. 89937. – Vgl. auch Fikenscher a. a. O.

- <sup>12</sup> Württ. Hauptstaatsarchiv Stuttgart A 272 Büschel 93. – Kretschmann war nie persönlich in Stuttgart bzw. an der Hohen Carlschule, die von 1782–1794 Universitätscharakter hatte. Das Diplom wurde mit Schreiben der jurist. Fakultät vom 13. 2. 1791 übersandt; die Dissertation erschien im Druck Stuttgart u. Leipzig 1791.
- <sup>13</sup> Bohley a. a. O., S. 6. – Unterden bis 1793 erschienenen Schriften Kretschmanns sind besonders zu erwähnen: Summarische Einleitung in das allgemeine heutige teutsche Privatrecht (1791); Kleine Abhandlungen aus dem Staats- u. Privatrecht, Bayreuth 1793; Versuch eines Lehrbuchs des deutschen Staatsrechts, Bayreuth 1793. – Eine vollständige Liste der Publikationen vor 1801 findet sich bei Fikenscher a. a. O.
- <sup>14</sup> Bohley a. a. O., S. 6; Fikenscher a. a. O.; Artikel Kretschmann in der ADB, 17, 132 ff.
- <sup>15</sup> Bohley a. a. O., S. 6.
- <sup>16</sup> Bohley a. a. O., S. 6.
- <sup>17</sup> K. H. v. Lang: Aus der bösen alten Zeit – Lebenserinnerungen, 4. Aufl., Stuttgart o. J., S. 169 ff. Lang hatte seine erste Frau, Friederike geb. Ammon, auf einer Gesellschaft bei Kretschmann kennengelernt.
- <sup>18</sup> Bayer. Staatsarchiv Bamberg C 9/VII Nr. 27300.
- <sup>19</sup> Ebd. C 7 IIa Nr. 5, 6.
- <sup>20</sup> Fikenscher a. a. O.; Bohley a. a. O., S. 6; Adreßhandbuch für die fränk. Fürstentümer Ansbach und Bayreuth 1801, S. 229. – Vgl. auch HStA M Abt. I Adelsmatrikel Adel K 52 (Beisakt).
- <sup>21</sup> Rudolf Richter: Heimatkunde des Ortes Erkersreuth, Teil I, Selb 1850.
- <sup>22</sup> StA CO LA F Nr. 7388.
- <sup>23</sup> Ebd.
- <sup>24</sup> StA CO LA F Nr. 5939a. – HStA M Abt. II MA Nr. 89937.
- <sup>25</sup> HStA M Abt. II MA Nr. 89937.
- <sup>26</sup> Ebd.
- <sup>27</sup> StA CO LA F Nr. 760a.
- <sup>28</sup> HStA M Abt. II MA Nr. 89937.
- <sup>29</sup> Ebd.
- <sup>30</sup> StA CO LA F Nr. 5929. – Bohley a. a. O.
- <sup>31</sup> Brief vom 15. Mai 1801, StA CO LA F Nr. 5929.
- <sup>32</sup> Bei Bohley a. a. O., S. 6, sieht es so aus, als ob Kretschmann, erbittert über die Rückversetzung von Ansbach nach Bayreuth geradezu nach Coburg gedrängt habe. Davon kann überhaupt keine Rede sein. Die Behauptung, daß Kretschmann die in Coburg auf ihn wartenden Aufgaben als »verlockend« angesehen haben könnte, ist unbelegt. Daß er seiner neuen Tätigkeit schließlich »mit Geschick und Eifere« nachging, versteht sich von selbst; denn dafür wurde er bezahlt.

- <sup>38</sup> Über die besondere Situation am Coburger Hof in der Zeit um 1800 bis 1806 und darüber hinaus hat sich offenbar noch niemand ernsthafte Gedanken gemacht. Weder in der Literatur, die sich mit Kretschmann beschäftigt, noch in den Schriften, die Abschnitte aus dem Leben der Herzogin Auguste zum Thema haben, wird der Herzogin als Politikerin gedacht. Wie noch zu sehen sein wird, könnte man unter alle Erlasse und Verfügungen Herzog Franz Antons stillschweigend »Auguste« setzen. Ihre Beteiligung an der Berufung wie an der Administration Kretschmanns hätte eigentlich schon lange erkannt werden können, da die Wirksamkeit des Fürsten Heinrich LI. Reuß ja geradezu darauf hinzeigt.
- <sup>39</sup> HStAM Abt. II MA Nr. 89837.
- <sup>35</sup> StA CO LA F Nr. 5929.
- <sup>36</sup> Im Brief vom 15. Mai, vgl. Anm. 31.
- <sup>37</sup> Gemeint ist der gemeinsame Landtag der Ernestinischen Häuser.
- <sup>38</sup> Nach der Reichsverfassung waren Standeserhöhungen Reservatrechte des Kaisers, der Reichsvikare, der Kurfürsten und der von diesen Delegierten (Hofpalzgrafen). Herzog Franz Anton konnte Kretschmann also nicht selbst in den Adelstand erheben, wohl aber der König von Preußen in seiner Eigenschaft als Kurfürst wie in derjenigen des Inhabers einer nicht im Reich erwachsenen Königswürde (Preußen).
- <sup>39</sup> Bohley a. a. O., S. 8. – Bei Ungelenk a. a. O., Nr. 16, der sich im wesentlichen, wenn auch in anderen Worten, mit der Wiedergabe der Sekundärliteratur begnügt, wird daraus die unqualifizierbare Verschärfung, daß Kretschmann den Wechsel vom preußischen in den coburgischen Staatsdienst »bezeichnenderweise [!] an die Bedingung der Verleihung des Adelsprädikates geknüpft« habe.
- <sup>40</sup> Vgl. Anm. 3.
- <sup>41</sup> Bohley a. a. O., S. 8. – Während Kretschmann noch in preußischem Dienst und seine künftigen Beziehungen zu Coburg durchaus unklar waren, wurde er am 18. Mai von der zweiten Tochter Herzog Franz Antons, Herzogin Antoinette von Württemberg, zur Wahrnehmung ihrer Angelegenheiten in Coburg und mit der Verwaltung ihres Gutes Fantaisie bei Bayreuth bevollmächtigt. In letzterer Hinsicht legte die Herzogin Wert auf eine tunliche Vergrößerung ihres Besitzes durch das (frhrl. v. Aufseßsche) Rittergut Mayernberg; vielleicht sind damals jene Beziehungen zwischen den Familien Aufseß und Kretschmann entstanden, die 1834 zur Eheschließung zwischen Kretschmanns Tochter Ida und dem Freiherrn Alexander v. u. zu Aufseß geführt haben.
- <sup>42</sup> Vgl. Anm. 32.
- <sup>43</sup> Vgl. Anm. 36.
- <sup>44</sup> Bohley a. a. O., S. 7, gibt den Ablauf nicht korrekt wieder. Nicht nachdem sich die Hoffnung auf russische Dienste zerschlagen hatte, wurde die Coburger Position für Kretschmann zu einem »notwendigen Übel«, sondern der Minister mußte seine Coburger Tätigkeit bis zum erhofften Übertritt in russische Dienste als eine unwillkommene, aber nun einmal nicht umgehbbare Plage ansehen. Als aus den russischen Diensten nichts wurde (vielleicht hatte der Herzog seine Einwirkungsmöglichkeiten überschätzt; man mag auch an die unglückliche russische Ehe seiner Tochter Juliana/Anna Feodorowna denken), hing mit einmal Kretschmanns Existenz von der Coburger Stellung ab, und er suchte verständlicherweise, das Beste für sich daraus zu machen.
- <sup>45</sup> StA CO LA F Nr. 5929.

- <sup>46</sup> StA CO F Nr. 760a; ebd. LA F Nr. 5929.
- <sup>47</sup> Georg Friedemann Goebel war 1773 sachsen-coburg-saalfeldischer Legationsrat, 1782 Hof- und Konsistorialrat und (seit 1783) Geh. Referendär, wurde am 1. 3. 1792 nach dem Tod des Geh. Rats Hofmann zum Geh. Hofrat und Konsistorialpräsidenten, 1796 zum Geh. Rat ernannt und trat am 14. April 1802 als Präsident an die Spitze der Landesregierung. Er wurde am 28. März 1804 unter Belassung seines Titels mit einem Ruhegehalt von 1500 fl pensioniert; seiner Bitte um Wiederanstellung im aktiven Dienst vom 2. Januar 1808 wurde nicht entsprochen. Gestorben 2. Oktober 1813 (StA CO Min F Nr. 693; ebd. LA F Nr. 5913, 5916). – Curt Hoefner: Die Matrikel des Gymnasium Casimirianum academicum zu Coburg, 1806–1808, in: Veröffentlichungen der Gesellschaft für Fränkische Geschichte, Reihe IV, Band 6, 1958, S. 121.
- <sup>48</sup> Georg Friedrich Schnetter aus Rodach, geb. 1745, wurde am 3. März 1782 zum Wirkl. Hofrat und Geh. Referendär mit Sitz und Stimme im Geh. Rats-Kollegium ernannt; 1796 Geh. Hofrat und Kanzler, 14. September 1799 Geh. Rat, 20. 5. 1802 Kanzler der Landesregierung, 30. 4. 1803 Pensionierung. Gestorben am 6. 5. 1811 in Coburg (StA CO Min F Nr. 945). – Hoefner, S. 216.
- <sup>49</sup> Franz Friedrich Anton Frhr. v. Gersdorf trat nach einem juristischen Studium in Jena 1783 in coburgische Dienste. 20. 6. 1783 Kammerjunker, 21. 7. 1785 Regierungsassessor cum voto et sessione, 30. 11. 1789 Reg.-Rat, 28. 4. 1791 rückte er auf die Stelle des Hofrats v. Beulwitz nach, 13. 8. 1798 Versetzung in das Geh. Rats-Kollegium und Ernennung zum Wirkl. Geh. Legationsrat mit Sitz und Stimme; 10. 10. 1801 Entlassung (StA CO Min F Nr. 688; ebd. LA F Nr. 6071; rbd. LA J 33c 1 Nr. 80). Gestorben am 13. Mai 1820. – Hoefner, S. 119.
- <sup>50</sup> StA CO Min F Nr. 420. Der Herzog erklärt sich mit allem einverstanden, äußert nur die Besorgnis, selbst zu wenig an der Regierung beteiligt zu sein; Kretschmann sagt dazu am 22. Juli: „ . . . In Staats- und Gnadensachen habe ich bis jetzt gar nichts ohne E. D. Genehmigung verfügt. . . . In Finanzsachen . . . habe ich es bis jetzt nicht gewagt, etwas zu entscheiden oder zu verfügen, ohne Höchstdero Genehmigung einzuholen, weil ich meine eigene Sicherheit darinnen finde. . . . In Kirchen- und Militärsachen würde ich nie etwas verfügen, ohne E. D. Genehmigung bei den Akten zu haben. . . .“
- <sup>51</sup> StA CO Min F Nr. 420.
- <sup>52</sup> StA CO LA F Nr. 5927. – HStA M Abt. II MA Nr. 89937. – An Kretschmanns Besoldung hat sich, wie an anderem, zu seiner Zeit und später Kritik entzündet, wobei die Sache aber immer ganz unrichtig von der staatsmoralischen Seite betrachtet wurde. Man übersah auf diese Weise ganz, daß Kretschmann nicht Minister in Coburg werden, sondern eine gutbezahlte Stelle wollte, wie sie ihm in russischen Diensten zweifellos geboten worden wäre (vgl. Anm. 82). Andererseits wollte aber Herzog Franz Anton unbedingt Kretschmann als Minister, wofür er unter den obwaltenden Umständen eben zahlen mußte.
- <sup>53</sup> StA CO LA F Nr. 7340, 7341.
- <sup>54</sup> Johann Friedrich Carl August v. Griesheim, Hofrat bei der Geh. Kanzlei zu Saalfeld, 20. 5. 1802 Wirkl. Rat bei der Landesregierung zu Coburg, 4. 11. 1803 Geh. Regierungsrat, 24. 8. 1806 Oberappellationsrat, 7. 8. 1808 Kanzler und Chef der Landesregierung als Justizkollegium, 24. 10. 1822 Geh. Rat, gestorben in Coburg 7. 4. 1824 (StA CO Min F Nr. 690).
- <sup>55</sup> Albrecht Anton Adolph Hofmann, geboren 24. 9. 1758, zunächst Hofadvokat; 28. 5. 1781 Hofsekretär, 1799 Geh. Rat und Landeshauptmann zu Saalfeld, 4. 11. 1803 Kanzler und Chef der Justizdeputation in Coburg, 24. 8. 1806 mit 2500 fl. jährl. Besoldung Präsident des neuen Oberappellationsgerichts; 7. 8. 1808 Präsident der Landesregierung, 22. 11. 1823 vorsitzender Geh. Rat beim Landesministerium, 1. 11. 1825 Dispensation von den Direktorialgeschäften



beim Landesministerium, 1. 11. 1825 Verleihung des Titels »Exzellenz«, gestorben 11. 2. 1837 in Coburg (StA CO LA A I 33 d 2 Nr. 4; ebd. Min F Nr. 725. – Curt Hoefner a. a. O., S. 148.

<sup>66</sup> StA CO Min F Nr. 238.

<sup>67</sup> Über dessen Bedeutung, namentlich hinsichtlich des Verhältnisses zur Landschaft, vgl. Bobley a. a. O., S. 12 ff.

<sup>68</sup> StA CO LA F Nr. 5925.

<sup>69</sup> Johann Georg Heinrich Feder, 1798 Hauptdomänenkasse-Rentschreiber in Bayreuth, 18. 9. 1801 Geb. Rechnungsrat beim Departement der Generalkontrolle im coburgischen Landesministerium, 14. 2. 1804 von den Dienstfunktionen entbunden und 31. 5. Sperrung der Besoldung, 1807 Geb. Oberfinanzrat bei dem K. württ. Generalfinanzdirektorium (StA CO LA F Nr. 7424, 7426; ebd. Min F Nr. 652, 659. – Adreß-Buch für die K. preuß. Fürstentümer Ansbach und Bayreuth auf das Jahr 1798, S. 100).

<sup>60</sup> StA CO LA F Nr. 7424.

<sup>61</sup> StA CO LA F Nr. 5925.

<sup>62</sup> StA CO LA F Nr. 5925. Kretschmann hatte zuvor angegeben, daß ihm beim Verbleiben in preuß. Diensten die Anwartschaft auf eine Präsidentenstelle in einer neuen Provinz mit 8000 fl. jährl. Besoldung sicher gewesen wäre; daß er in Bayreuth zuletzt 4000 fl. Besoldung, daneben aber Zeit zu lukrativer literarischer Tätigkeit gehabt habe, die ihm in Coburg mangle; in russischen Diensten hätte er auf jährl. 30 000 Rubel hoffen können.

<sup>63</sup> StA CO Min F Nr. 247. Es kamen damals in Wegfall die bisherigen Kastenämter, Amtseinnahmen, Geleitsämter, Floßämter, Kartenstempeleinnahmen, Umgeldeneinnahmen, Waldzinseneinnahmen, Kammergutverwaltungen, die säkularisierten Kirchenkassen, Vorratsverwaltungen u. a. Spezialämter mit einigen Ausnahmen: Postamt in Coburg, Amtsvogtei in Römhild, Amts- und Wasserzollkasse in Themar. Die Neuerungen bereiteten anfänglich Schwierigkeiten; so schreibt Feder am 20. Juli an Kretschmann, die Beamten zu Gräfenthal und Saalfeld könnten sich »in das neue Rechnungswesen nicht finden und scheinen aus Bestürzung fast ganz nutzlos zu werden«.

<sup>64</sup> StA CO Min F Nr. 238.

<sup>65</sup> StA CO Min F Nr. 238. Die Mitglieder der Landesregierung waren im Präsidium: Goebel (vgl. Anm. 47), Schnetter (vgl. Anm. 48), Kammerpräsident Johann Samuel Bühl (vgl. Hoefner: Matrikel S. 53); im Kollegium: Friedemann Heinrich Ernst Habermann (Hoefner, S. 131), Carl August v. Wangenheim, v. Griesheim (vgl. Anm. 54), Forstmeister v. Steinrück, Feder (vgl. Anm. 59), Johann Ernst Gruner (vgl. Anm. 68a), Riemann (vgl. Anm. 69), Arzberger (vgl. Anm. 216), Professor Joh. Leonhard Späth in Altdorf (nur nominell), Generalsuperintendent August Bernhard Frommann (Hoefner, S. 115), Gottlieb Carl Heinrich Schmidt (Hoefner, S. 212), Johann Gottfried Gruner (Hoefner, S. 128), Adolf Friedrich v. Roepert (vgl. Anm. 224), Landphysikus Johann Samuel Sommer (Hoefner, S. 230); im Sekretariat: der frühere Konsistorialsekretär Heinrich Carl Praetorius (Hoefner, S. 49).

<sup>66</sup> StA CO Min J Nr. 192. Es handelte sich um das seit 1805 bestehende Scholarchat des Casimirianums, die seit 1890/1704 bestehende Scheres-Zieritzsche Stiftungs-Nachexekution, die (seit 1760 ohne landschaftliche Beteiligung tagende) Zucht- und Waisenhaus-Deputation, die seit 1788 bestehende Polizei-Kommission, in denen je 1 Mitglied des landschaftlichen Engeren Ausschusses vertreten war. Kretschmann folgte somit dem ihm aus den fränkischen

Fürstentümern bekannten preußischen Beispiel der (in Coburg schrittweisen und nicht vollendeten) Aufhebung der Landschaft.

<sup>67</sup> StA CO Min O Nr. 10.

<sup>68</sup> StA CO Min O Nr. 34.

<sup>68a</sup> Johann Ernst Gruner war Rat und 1. Justizamtman in Coburg; 20. 5. 1802 Wirkl. Rat bei der Landesregierung; 28. 3. 1804 Direktor der Landesregierung, der er nach Goebels Suspendierung als Präsident interimistisch vorgestanden war (am 4. 4. bittet er vergeblich, von der Ernennung abzusehen, da er nicht in den Verdacht geraten wolle, an den gegenwärtigen Zuständen des Landes mit schuld zu sein); 20. 9. 1806 Kanzler und Chef des Justizkollegiums; 17. 8. 1807 interimistischer Kommissar des Landesministeriums; 1. 6. 1808 Vorsitzender Geh. Konferenzrat im Landesministerium mit dem Charakter als Wirkl. Geh. Rat; 8. 6. 1808 auch Präsident des Konsistoriums; 1817 K. sächs. Adelsstand; 1. 1. 1822 Verleihung des Titels »Exzellenz«; gestorben in Coburg 22. 6. 1822 (StA CO Min F Nr. 691, 694). – 1793 hat er den 3. Teil von J. G. Gruners »Histor.-statist. Beschreibung des Fürstentums Coburg« neu herausgegeben. – Kurzbiographie bei K r i e g (vgl. Anm. 287), Heft 5.

<sup>69</sup> Johann Heinrich Christian Riemann war Kretschmann durch den Bayreuther Münzmeister Gödeking vorgeschlagen worden und erhielt 1. 8. 1801 eine Exspektanz auf die Stelle des coburgischen Bau- und Bergdirektors. Er macht zunächst Vorbehalte geltend, da er fürchtet, »daß ich, wie man hier sehr ironisch und gewiß fälschlich verbreitet hat, wegen eines gänzlichen Geldmangels in Coburg mit Papiergeld bezahlt würde.« 1. 3. 1802 Kammerrat im Departement des Berg-, Bau-, Münz- und Fabrikwesens mit Sitz und Stimme im Kammerkollegium, 1806 geognostische Arbeiten in Amorbach im Zug der Kretschmannschen Organisation der Leiningschen Lande, 14. 2. 1806 Oberbergrat und Direktor der Münz- und Hüttenanstalten mit Sitz in Saalfeld, 7. 6. 1806 nach Aufhebung des Oberbergamts in Saalfeld als votierender Rat an die Landesregierung nach Coburg versetzt, 2. 1. 1822 Geh. Regierungsrat, 24. 4. 1822 vorsitzender Rat im Kammerkollegium zur Verwaltung der Domainal-Revenuen, 15. 1. 1825 Kammerdirektor, 13. 7. 1844 im Alter von 72 Jahren mit dem Charakter als Geh. Rat pensioniert, gestorben in Coburg 9. 5. 1851. Riemann stammte aus dem Harz und ist in seiner Jugend praktischer Bergmann gewesen (StA CO Min F Nr. 898).

<sup>70</sup> StA CO Min F Nr. 898.

<sup>71</sup> StA CO LA K Nr. 1.

<sup>72</sup> Die Kapitalien wurden durch Obligationen versichert. Die Landschaft betrachtete den Vorgang als Einzug der Stiftungsvermögen und lief vergeblich Sturm gegen die Verordnung.

<sup>73</sup> StA CO LA K Nr. 6.

<sup>74</sup> Die Fabrikanstalt befand sich im sogen. »langen Bau« (v.-Selle-Kaserne) nördl. der Stadt; vgl. U n g e l e n k a. a. O., Nr. 16.

<sup>75</sup> StA CO Min E Nr. 3491. – Am 15. November 1803 wurde ein Herzogl. Banco-Commissions-Bureau errichtet, welches in Verbindung mit der Bank das inländische Gewerbe durch Einkauf von Rohmaterial und Verkauf der Fertigerzeugnisse unterstützen sollte; mit ihm waren ein Salz- und ein Baumaterial-Magazin für das Publikum verbunden. Das Bureau erhielt seine Mittel in Form von Vorschüssen zu 6% von der Staatsbank. Es wurde im September 1804 wieder aufgelöst, seine Aufgaben der Staatsbank übertragen (StA CO Min F N. 760a).

<sup>76</sup> StA CO Min E Nr. 3492, 3522.

<sup>77</sup> StA CO Min E Nr. 3522. Sämtliche Anstalten wurden von der Staatsbank betrieben (vgl. aber Anm. 75) und die Einrichtung von dieser beschafft oder finanziert. Die Maschinen für

die Baumwollfabrik kamen aus England; sie wurden von den Handelsvertretern Charles Dutton und Henry Houlden in Berlin gekauft, 1811 unter Herzog Ernst I. an Privatleute wieder veräußert (StA CO Min E Nr. 3521). Der technische Betrieb wurde vom Faktor Andreas Krug geleitet, der erfolglos 1804 die Einrichtung von Faktoreien in Gräfenthal, Saalfeld und Probstzella versuchte; er übernahm den Fabrikbetrieb im August 1806 pachtweise (StA CO Min E Nr. 3523, 3535). 1807 trat zu den bisherigen Unternehmungen noch ein chemisches Laboratorium, das in der Ehrenburg eingerichtet wurde, an welchem einer der Söhne Kretschmanns (wahrscheinlich Moritz, geb. 1790) im Rahmen seiner Einführung in den Verwaltungsdienst tätig war. 1809 befand sich das Laboratorium auf der Rosenau (StA CO LA K Nr. 388; ebd. LA F Nr. 7362).

<sup>78</sup> Die Rentabilität der Fabrikanstalten wurde zunächst durch einen Druck auf die Coburger Märkte erreicht, wobei z. B. die Weber gezwungen wurden, nicht auswärts Tuche einzukaufen. Man hatte vor allem mit der Konkurrenz der Bamberger Messe zu rechnen, konnte aber mit den Fabrikpreisen 8–10% unter den Konkurrenzpreisen bleiben (StA CO Min E Nr. 3523). Die Anstalten ließen sich so gut an, daß Kretschmann 1805 mit dem Gedanken spielte, auch in Amorbach eine (fürstl. Leiningensche) Staatsbank mit entsprechenden Instituten zu begründen (StA CO LA F Nr. 7350). Der Niedergang des Bank- und Fabrikwesens in Coburg begann mit dem Einzug der Franzosen am 14. 10. 1806. Man konnte zwar vor-täuschen, daß es sich nicht um staatliche, sondern um private Einrichtungen handele, so daß die Vernichtung verhindert werden konnte; doch wurden die Kapitalien durch die französischen Kriegskostenforderungen über Gebühr angegriffen (StA CO Min E Nr. 3431). Die verbundenen Fabrikanstalten gingen dagegen mit Ausnahme des Mönchrödener Holzmagazins und der Färberei zugrunde oder litten schweren Schaden; im November 1807 muß festgestellt werden, daß »der Credit in der ganzen Handelswelt im Ersterben ist« (StA CO LA F Nr. 7350). Wenn unter der Regierung Herzog Ernsts I. Kretschmann die persönliche Schuld an dieser Entwicklung zugeschoben worden ist, dann hat man die äußeren Einwirkungen nicht gesehen oder nicht sehen wollen, sondern nur das Faktum, daß der Minister auch Direktor der Bank war (StA CO LA K Nr. 1). Kretschmann hat allerdings einen schweren Fehler damit begangen, daß er noch am 20. 1. 1807 ein Darlehen von 50 000 fl bei der Bank aufnahm, obwohl er damals schon entschlossen gewesen sein muß, den Dienst zu quittieren (StA CO LA A I 14 Nr. 113). Man kann diesen Vorgang nur so erklären, daß er auf diese Weise versuchen wollte, sein Aversionalquantum, das aus inzwischen wesentlich im Wert geminderten Obligationen bestand (s. u. Text), nochmals zu versichern.

<sup>79</sup> Hierher gehört auch das unter seiner Mitwirkung entstandene Hausgesetz vom 1. 4. 1802, durch welches der fürstlichen Verschuldung für die Zukunft ein Damm gesetzt wurde. Um die das Staatsvermögen betreffenden Punkte des Hausgesetzes entbrannte auch der Streit zwischen dem Minister und den Prinzen Friedrich Josias und Ludwig.

<sup>80</sup> StA CO LA F Nr. 7545.

<sup>81</sup> StadtA CO B Nr. 105.

<sup>81a</sup> Der Minister war sich allerdings in der Beurteilung der Situation mit dem Hof einig, wie ein Brief der Großfürstin Anna Feodorowna vom 24. 2. 1803 zeigt. Sie schreibt: ». . . dienstfertige und übel geseinte Menschen haben die Bürger gehetzt, kurz und gut es ist zu so einer Gährung gekommen, daß das schlimmste zu befürchten war, sie wollten keine Befehle von Papa mehr annehmen und drohten Kretschmann umzubringen, wenn Papa ihn nicht gleich weglagte. . .« Und Prinzessin Victoire schreibt am 28. Februar 1803, Herzog Franz brüchelte zur Linderung seines Krankheitszustandes Zerstreung, »aber da ist ja hier gar keine Gelegenheit dazu in dem fatalen Nest. Sie können nicht glauben, liebste Renette, was hier für garstige böse Menschen sind. . .« (aus: Lettres d'Augustes personnages, adressées à Madame de Roenne et à sa fille comtesse Caroline Chreptowitch, 1788–1845, Lausanne 1910).

- <sup>83</sup> StadtA CO A Nr. 831. Bei einer Vernehmung gaben z. B. der Tünchermeister Georg Wagner und der Ziegeldeckermeister Johann Friedrich Gems aus der Steingasse zu Protokoll, sie hätten an dem »Bürgerunfug« (1) keinen Anteil gehabt und gegen die Numerierung der Häuser nichts einzuwenden, sie seien auch sonst mit den Maßnahmen des Herzogs wie des Ministers völlig einverstanden. Andererseits sagte Johann Streb, daß er nur deshalb an den Protesten sich beteiligt habe, weil er »den Haß meiner Mitbürger« gefürchtet habe und es nicht darauf ankommen lassen wollte, »seine Nahrung zu schwächens«. Das zeigt, daß von seiten einiger Viertelsmeister (vor allem Schuster und Appenfelder) doch erheblicher Druck auf die Bürgerschaft ausgeübt worden sein muß.
- <sup>83</sup> StadtA CO A Nr. 832.
- <sup>84</sup> StA CO LA A I 28 b 14 Nr. 48. Der Magistrat, der die Viertelsmeister beruhigen wollte, wurde niedergeschrien (vgl. auch Anm. 83).
- <sup>85</sup> Der Prinz wies den Vorwurf später zurück. Doch spricht ein undatierter, aber bei den zugehörigen Akten liegender eigenhändiger Reim Ludwigs auf Kretschmann nicht gerade für seine völlige Unschuld: »Die Höll hat einen Bösewicht, / Den litt auch selbst kein Teufel nicht. / Er wollte jeden Teufel necken / Und jeden trieb er in die Ecken. / Da sprach Satanas, gestützt auf seinen Fürstenstab, / „Damit ich vor dem Kerl nur Ruhe hab / So will ich, die Menschen zu drücken, / Ihn nach Coburg schicken.“« (StA CO LA A I 28 b 14 Nr. 82.)
- <sup>86</sup> StadtA CO A Nr. 832; ebd. B Nr. 105. – StA CO LA F Nr. 7534.
- <sup>87</sup> StA CO Min F Nr. 693, 945.
- <sup>88</sup> StA CO Min F Nr. 238.
- <sup>89</sup> Erschienenen Leipzig 1803.
- <sup>90</sup> Über die Rolle des von Kretschmann gestürzten ehemaligen Landschaftsdirektors v. Könitz s. Bohley a. a. O., S. 17, u. 8. Die Auseinandersetzung Kretschmanns mit der Landschaft treibt nun dem Höhepunkt zu; sie ist bei Bohley ausführlich behandelt, so daß im folgenden nur noch auf einzelne wichtige Punkte eingegangen zu werden braucht. – Abträgliche Gerüchte über Kretschmann waren übrigens bereits bis an den preußischen Hof gedrungen (StA CO LA F Nr. 7342); sie hatten allerdings keine andauernde Wirkung.
- <sup>91</sup> StA CO LA F Nr. 7342.
- <sup>92</sup> StA CO Min J Nr. 192.
- <sup>93</sup> StA CO LA A I 28 b 13 Nr. 2.
- <sup>94</sup> S. Anm. 55.
- <sup>95</sup> Hofmann, v. Griesheim, Joh. Ernst Gruner, Schmidt.
- <sup>96</sup> StA CO Min F Nr. 240.
- <sup>97</sup> StA CO Min F Nr. 240.
- <sup>98</sup> StA CO Min F Nr. 241.
- <sup>99</sup> StA CO LA F Nr. 7533. Das Entlassungsgesuch war also nicht, wie Wangenheim a. a. O., S. 205, meint, aus Furcht vor der anstehenden Finanz-Untersuchung entstanden.
- <sup>99a</sup> StA CO LA F Nr. 7533.

- <sup>100</sup> Rose kann als durchaus unverdächtiger Zeuge gelten. Er hat am 30. 3. 1804 eine ihm von Kretschmann zugeordnete Beförderung zum votierenden Rat bei der Landesregierung nicht angenommen, da er nicht in den Verdacht geraten wollte, als gehöre er einer bestimmten Partei in Coburg an (StA CO Min F Nr. 950).
- <sup>101</sup> StA CO LA F Nr. 7532.
- <sup>102</sup> StA CO Min F Nr. 760a.
- <sup>103</sup> StA CO LA F Nr. 7533.
- <sup>104</sup> StA CO LA F Nr. 7530. Die Darstellung bei Wangenheim a. a. O., S. 205: »... er [Kretschmann] übertrug sich selbst Mitte Februar das Präsidium der Landesregierung...« ist unrichtig, denn ohne die Zustimmung der Untersuchungskommission konnte der Minister zu diesem Zeitpunkt keine derartige Maßnahme ergreifen.
- <sup>105</sup> Damals besetzt mit den Departementschefs Riemann für das technische und Ökonomie wesen; Johann Gottfried Gruner (= Gruner II) für Chausseebau-, Post- und Steuerwesen; Arzberger für das Forstwesen; Wilhelm Heinrich Schultes (= Schultes II) für die Polizei. - Heinrich Wilhelm Schultes war Obersteuersekretär zu Altenburg. 1802 lernt ihn Kretschmann dort kennen und gewinnt in ihm einen gut unterrichteten Gewährsmann, der ihn vor allem über die altenburgischen Verhältnisse informiert. Der Minister gewinnt Schultes zum Eintritt in coburgische Dienste und verwendet ihn seit Ende 1803 im Polizeiwesen; 24. 9. 1806 Oberappellationsrat, 5. 11. 1813 Landesregierungsrat (StA CO LA F Nr. 7349; ebd. Min F Nr. 948).
- <sup>106</sup> StA CO Min F Nr. 238.
- <sup>106a</sup> Franz Josias v. Hendrich zu Ahorn hat das kunstvolle, erst durch die politischen Ereignisse von 1806/07 zum Einsturz gekommene Finanzgebäude Kretschmanns, das in einem sorgfältigen Abwägen von Darlehensaufnahmen mit Etatüberschüssen aus Domänenbewirtschaftung, Steuereinnahmen, Fabrikertag bestand, nicht für reell gehalten. Unter dem 11. 2. 1804 schreibt er an Herzogin Auguste: »... Wenn ich vorher, da mein Zutrauen zu der Landesregierung den Finanzoperationen des Ministers einiges Gewicht gab, mich von ihrer Nachhaltigkeit nicht überzeugen konnte, so ist es natürlich, daß mir solche jetzt [nach der Behauptung Wangenheims und Feders, daß die Etats „unrichtig“ seien] als ein unbegründetes Gebäude erscheinen müssen, dessen Einsturz Fürsten und Land ins Verderben ziehen wird...«. Die Herzogin antwortete in einem langen Brief, daß Hendrich nur einseitig unterrichtet sei und macht für die die Etats betreffende Anklage der Landesregierung gegen den Minister Feder und Wangenheim verantwortlich, die aus verletzter Eitelkeit gehandelt hätten. Sie unterrichtete Hendrich dabei von einem vertraulichen Gespräch ihres Schwiegersohnes mit Wangenheim, nach welchem sich Leiningen verwundert habe, »unplötzlich nebenher einen erklärten Gegner von Kretschmann an eben dem Mann zu finden, der 14 Tage vorher noch blindlings alles uteriert gut hieß, was Kretschmann selbst nur als Idee aufstellte.« Mehr noch als die Behauptung des bevorstehenden Staatsbankrotts nahm die Herzogin es Wangenheim übel, daß er darüber öffentlich gesprochen hatte: »... Leider ist diese declaration, die, wenn sie auch möglich gewesen wäre, zur Ehre und zum Nutzen des Hauses hätte verschwiegen bleiben sollen, durch Wangenheim und mehrere andere Regierungsmitglieder seit 14 Tagen in der ganzen Gegend so publik geworden, daß dieses Geschrei, vereint mit einigen Mißgriffen des Feldmarschalls [Friedrich Josias] und meines Schwagers Louis dem Herzog und seinem Kredit schon einen schrecklichen Schaden zugefügt haben...« (StA CO LA A I 28 b 13 Nr. 38).
- <sup>107</sup> StA CO LA F Nr. 7530. - Als absurd wurde das Vorgehen Wangenheims und seiner Helfer von den Räten Johann Adolph v. Schultes (= Schultes I), Voigt, Schultes II und Heider bezeichnet, während sich Gruner I neutral verhielt (StA CO Min O Nr. 34).

- 108 StA CO Min O Nr. 34.
- 106 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 1. – Der Rückgabevertrag datiert vom 22. 6. 1805 (StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 4).
- 110 StA CO LA F Nr. 7531; ebd. Min O Nr. 35.
- 111 StA CO LA F Nr. 7539. Gegenüber Bayern hatte bereits Kretschmann begonnen, coburgische Ansprüche auf Gleußen, Fürth a. B. und Triebsdorf geltend zu machen. Über den Versuch von Verhandlungen mit Sachsen-Gotha wurde oben berichtet. Es ist Kretschmanns alleiniges Verdienst, daß Johann Adolph v. Schultes gegen den Widerstand Herzog Franz' mit der Anfertigung historischer Deduktionen über diese Ansprüche beauftragt wurde. – Schultes war Hofrat und Amtmann in Themar. 1803 schlug ihn der Minister als Archivar vor, da das Archiv »in sehr großer Verwirrung untereinander liegt. Schultes sei »unstreitig jetzt der gelehrteste Archivar in Deutschland«. Herzog Franz bemerkt in einer Randnotiz: »Insoferne der Mann, der zwar sehr geschickt, aber nicht sehr gut sein soll, ohne Gefahr zu brauchen ist, so genehmige ich Ihren Vorschlag«, und er ergänzt wenig später, daß ihm Schultes als »rechtlich geschult« worden sei. Schultes' Kenntnisse und sein schlechtes Verhältnis zu Sachsen-Gotha gaben den Ausschlag; am 3. 5. 1803 wurde er zum Geh. Archivar ernannt. Seine weitere Laufbahn: 30. 3. 1804 vortretender Rat bei der Landesregierung, 7. 6. 1808 Direktor der Landesregierung, gestorben in Coburg 28. 5. 1821 im 78. Lebensjahr (StA CO Min F Nr. 643). – Kurzbiographie bei K r i e g, Heft 8, S. 64.
- 112 StA CO LA F Nr. 5925. Kretschmann bat daraufhin den Erbprinzen Ernst, er möge seinen Schwager veranlassen, die Räte Riemann, Arzberger und Gruner II »wegen des angeschuldigten Betrugs« zu bekehren, während er mit Goebel nicht mehr zusammenarbeiten könne (StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 3). Am 3. April erklärten daraufhin die 3 Räte, sie hätten Wangenheim nie autorisiert, dem Minister Betrug vorzuwerfen (StA CO Min O Nr. 35).
- 118 StA CO Min O Nr. 35.
- 114 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 3. – Die Prinzen, Onkel und Bruder des regierenden Herzogs, versuchten gemeinsam mit der Landschaft, den Kaiser dazu zu bewegen, den Herzog zur Entlassung Kretschmanns zu zwingen; sie blieben auf Wochen dem Hofe fern (StA CO LA A I 28 b 13 Nr. 31).
- 116 StA CO Min F Nr. 693.
- 118 StA CO LA F Nr. 7424.
- 117 Vgl. »Bericht des Herzogs von Sachsen-Coburg-Saalfeld an den Kaiserlichen Reichshofrath über die Dienstentlassung des ehemaligen Vicepräsidenten von Wangenheim«, 2 Bände, Coburg April 1805, und Karl August v. Wangenheim: Auch ein Beitrag . . ., 1805. – Wangenheim, der verfassungsmäßiger Obermarschall war und blieb, hat sich nachmals mehrfach an Herzogin Auguste um Vermittlung gewandt. Die Herzogin äußert sich nach einem solchen Brief gegenüber dem Minister wenig schmeichelhaft über W. (StA CO LA A I 28 b 13 Nr. 2) und schlägt diesem selber unter dem 8. 10. 1804 vor, als »rechtschaffener Mann und nicht als aufgeregter Weltbürger« über seinen in Coburg begangenen Vertrauensbruch nachzudenken, und bittet sich aus, in Zukunft von ihm verschont zu bleiben (StA CO LA A I 28 b 13 Nr. 7). Dann versucht Wangenheim vergebens, in Bayern eine Anstellung zu finden; in einem Schreiben an Montgelas sind die bezeichnenden Stellen enthalten: » . . . Es geht mir . . . das Talent ab, meine individuelle Ansicht von Recht und Billigkeit ohne einen schmerzlichen inneren Kampf unter das kalte Wort des abstrakten Gesetzes zu beugen« und » . . . Ich muß . . . ausdrücklich bemerken, daß ich weder praktischer Fortmann [etc.] bin, daß ich aber von dem Wichtigsten, was in die Finanz- und Polizeiwissenschaften einschlägt, so viel theoretische Kenntnis zu besitzen glaube, als dazu

gehören, um die Detailarbeiten anderer in den speziellen Fächern prüfen und beurteilen zu können. . . Ich habe, um alles mit wenigem zu sagen . . ., ein entschiedeneres Talent, das Mannigfaltige unter den Punkt der Einbeit zu bringen und festzuhalten, als eine hervorsteckende Anlage für ein einzelnes Departement . . .« (HStA M Abt. II MA Nr. 89883). Da mag dem Baron Montgelas freilich der Kopf geschwirrt haben, und aus der gesuchten bayerischen Anstellung ist dann auch nichts geworden. Um so eifriger betrieb Wangenheim dann zwischen November 1805 und März 1806 seine Rückkehr nach Coburg, ging aber schließlich in württ. Dienste (StA CO LA F Nr. 7353; Wangenheim: Jean Paul a. a. O.).

- 110 Die Lottoeinnahmen waren der verwitweten Herzogin Sophie verschrieben, bis sie alle Rechte am 28. 9. 1801 gegen Entschädigung an ihren Sohn Franz abtrat. Das Institut wurde der Staatsbank angegliedert (StA CO LA A I 15 Nr. 5).
- 119 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 3.
- 120 Die engeren Beziehungen zwischen der Herzogin und dem Minister scheint ein Brief vom 23. 8. 1804 einzuleiten: ». . . Wie geht's Ihnen denn, lieber Freund, in der Klatsch- und Residenzstadt Coburg? Sie ist ja wieder sehr geschäftig mit Geschichten über die Abreise Ihrer Frau [Friederike geb. v. Stern, Eheschließung 1785], die nie wiederkommt und Ofen und Türen mitgenommen hat. Ich habe gestern in der insolenten Allgemeinen Literaturzeitung einen Artikel gelesen, dessen Autor [Wangenheim] nicht zu verkennen ist. Bleiben Sie ja dabei, lieber Freund, auf keine der schändlichen Schmähungen mehr zu antworten. Ich kenne keine stärkere Rache, als die allzeit streitfertigen Schreiber allein schreiben zu lassen . . .« (StA CO LA A I 28 b 13 Nr. 1).
- 121 Es ist nicht zu umgehen, an dieser Stelle einen Brief des Erbprinzen an den Minister wiederzugeben, da er zeigt, wie gegen Kretschmann gearbeitet wurde und was beschäftigungslose nachgeborene Prinzen, die man der Zeitumstände halber nicht mehr ins Kloster stecken konnte, für Politik hielten. ». . . Stellen Sie sich vor, daß mein Zimmer vorgestern so glücklich war, einen Besuch von einem der höchsten Agnaten zu empfangen. Nämlich während ich bei Tische war, kam der Onkel Ludwig ganz leise die Wendeltreppe heraufspaziert und verfügte sich in mein Zimmer. Ob dieser Besuch meinen zu finden hoffenden Akten (der ich freilich gar keine habe) oder meinen Möbeln, wie er vorgab, galt, weiß ich nicht. Genug, als mein Bedienter jemanden in mein Zimmer gehen hörte und nachsah, traf er den gnädigsten Onkel, der grimmig bei ihm vorbeischrift und ihm sagte, er habe meine Möbeln besehen. Ich sollte ihm eigentlich schreiben, um mich belehren zu lassen, ob dieses vielleicht auch ein durch die Primogeniturakte bestätigtes legales Recht eines höchsten Agnaten sei, in anderer Leute Zimmer zu gehen, wenn sie nicht zu Hause sind, um ihre Sachen zu durchstöbern, um zu sehen, ob ihnen nichts ansteht. . . Will er uns wegen des alten Diwans, der in dem Erker steht, der von der Erbschaft meiner Großmutter herrührt, beim Reichshofrat verklagen? . . . Erzählen Sie es doch Leiningen [Kretschmann befindet sich gerade in Amorbach], damit er lernt, wie sich hohe Standespersonen betragen müssen . . .« (StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 1). – Übrigens hatte sich Kretschmann bereits seit dem Frühjahr 1803 gegenüber dem Herzog mehrfach guttlich über die Erziehung des Erbprinzen geäußert (StA CO LA A I 28 b 16 A I Nr. 1).
- 122 Merkwürdigerweise (etwa absichtlich?) wird diese Seite von Kretschmanns Tätigkeit stets verschwiegen. Auch Heins: Amorbach und Coburg a. a. O., berichtet nichts davon. Dabei hatte Kretschmann in den Leiningenschen Landen ähnlich wie in Coburg eine völlig neue Verwaltungsorganisation geschaffen und einen Teil der alten Beamten durch neue Leute ersetzt; aber auch hier setzte bald der Widerstand gegen seine Organisation ein (StA CO LA F Nr. 7342).
- 123 Johann Philipp Hohnbaum gelangte als Prinzeninstruktor in coburgische Dienste. 13. 4. 1799 Ernennung zum Rat, 18. 5. 1804 Hofrat, 6. 6. 1806 mit dem Charakter als Geh. Hofrat Geh.

Kabinettssekretär Herzog Ernsts I. und Wirkl. Rat beim Konsistorium, 22. 1. 1817 Geh. Konferenzrat und von den Pflichten eines Konsistorialrats entbunden, 1. 1. 1822 Präsident des Konsistoriums, 18. 10. 1822 pensioniert, gestorben in Coburg 24. 6. 1823. Als Inhaber des sog. Kleinkreuzes des K. K. Leopoldordens (1815 anlässlich des Wiener Kongresses) scheint er vom Recht, sich auf Ansuchen in den erbländ. österr. Ritterstand erheben lassen zu können, Gebrauch gemacht zu haben; seit Mai 1823 nennt er sich v. Hohnbaum (StA CO Min F Nr. 727). – Kurzbiographie bei Krieger (vgl. Anm. 287), Heft 15.

- 124 Am 1. 6. 1804 schreibt der Erbprinz aus Berlin an Kretschmann: „ . . . General v. Köckeritz hat sich mit viel Wärme und Anteilnahme nach Ihnen erkundigt . . . , auch die Gräfin Voß hat sich sehr nach Ihnen erkundigt und Sie . . . gerühmt und gelobt; sie spielt eine große Rolle hier. . .“ (StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 1).
- 125 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 1.
- 126 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 1.
- 127 Vgl. Walter Schörl: Die Zusammensetzung der bayerischen Beamtenschaft 1806 bis 1918 (Münchner Histor. Studien Abt. Bayer. Gesch., Bd. I), Kallmünz 1955, Nr. 698.
- 128 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 3. – 1805 erschien Gönners »Bericht an den Kaiserl. Reichshof-rath von Seiten des regierenden Herrn Herzogs von Sachsen-Coburg-Saalfeld wider die Landstände des Fürstentums Coburg, verschiedene Beschwerden betreffend«.
- 129 Ernst an Kretschmann nach Amorbach, 10. 2. 1805 (StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 1).
- 130 StA CO LA A I 28 b 14 Nr. 75. – Der Prinz fabuliert weiter: »Kretschmann soll neuerdings um sein Leben sehr besorgt sein, da eine vermummte Gestalt sich erst im Haus, dann mehrere Nächte nächst dem Haus gezeigt haben, ihm auch ein anonymer Brief zur Warnung vor Meuchelmördern zugegangen sein soll . . .«. Daß Kretschmann seit November nicht mehr in Coburg war, sondern sich in Amorbach aufhielt (StA CO LA F Nr. 7342), scheint dem Prinzen entgangen zu sein – er war allerdings nicht mehr der Jüngste.
- 131 StA CO LA L Nr. 555.
- 132 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 1. – Man ließ von seiten der Regierung dann eilends Gönner wieder kommen, mit dessen Hilfe der Bericht über die Dienstenlassung Wangenheims (vgl. Anm. 117) entstand.
- 133 Der Familie Wangenheim? Bei Walrab Frhr. v. Wangenheim: Genealogie der Freiherren von Wangenheim, (1853) 18, ist ein 1805 geborenes Kind Carl Augusts nicht verzeichnet. – Oder sollte das »Wangenheimsche opus« gemeint sein?
- 134 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 1.
- 135 Prinz Ludwig an Wangenheim, 14. 4. 1805 (StA CO LA A I 28 b 14 Nr. 75).
- 136 StA CO LA F Nr. 7545. Von dieser Provision sind nur 1000 fl gezahlt worden, da Elkan 1805 gestorben ist. Dennoch warf Herzog Ernst I. Kretschmann 1808 in diesem Zusammenhang Verschwendung von Staatsgeldern vor. Es handelte sich um eine der vielen Ungerechtigkeiten, die Kretschmann nach seinem Weggang von Coburg seitens seines früheren Schülers erfuhr.
- 137 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 4. – Über die Thümmelsche Genealogie dieser Zeit s. Horst Heldmann: Moritz August von Thümmel – sein Leben, sein Werk, seine Zeit (Schr. d. Instit. f. fränk. Landesforschung 12), 1984, S. 415 f.
- 138 StA CO LA F Nr. 7545.



- 139 8. Juni 1805.
- 140 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 1.
- 141 S. Anm. 140.
- 142 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 4.
- 143 StA CO LA F Nr. 5927, 7545.
- 144 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 4.
- 144a Im Oktober 1805 wurden an den coburgischen Grenzen Neutralitätstafeln aufgestellt (Bayer. StA Bamberg K 3/A I Nr. 216, 556).
- 145 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 2 (Brief Ernsts an Kretschmann vom 14. Januar aus Berlin).
- 146 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 5. Da auch die Bilanzen der Kammergüter Rosenau und Schweighof vorteilhaft ausfallen und neben der Bank die Fabrikanstalt »so schön reussiert«, da sich überdies eine Versöhnung zwischen Kretschmann und dem entlassenen Wangenheim anzubahnen scheint (vgl. Anm. 117), ist der Minister auch im März noch optimistisch: ». . . Ich werde es mir zur Pflicht machen, alles aufzubieten, daß Coburg immer mehr emporkommt, und ich glaube, daß meine Bemühungen von glücklichem Erfolg sein werden.
- 146a Am 26. Februar schreibt Ernst an Kretschmann: ». . . Mein Vater ist die Zeit her wieder gar nicht wohl, er bekommt häufige Anfälle von Ohnmachten (die doch immer etwas Schlagartiges sind), welche ihm sehr viel Sorgen machen« (StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 2).
- 147 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 2. Auf eine verschnupfte Reaktion Kretschmanns beeilt sich Ernst aber dann doch zu versichern, daß er von dem »so guten Fortgang der Staatsadministration« überzeugt sei, »denn hierin habe ich allenthalben die große und beste Ordnung gefunden und allenthalben Ihre sorgfältige Leitung bemerkt . . .«.
- 148 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 2.
- 149 Zu dem gewünschten Ausgleich mit Bayern kommt es erst 1810/11.
- 150 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 2.
- 151 Über die Familie s. Hans Martin Frhr. v. Erffa : Zur Geschichte der Familie v. Hendrich, in: Jahrbuch der Coburger Landesstiftung 1856, S. 211 ff., wo allerdings zum vorliegenden Thema nichts Sachdienliches vorkommt.
- 152 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 5.
- 153 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 2.
- 154 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 5 (2. 8. 1806).
- 155 Am 9. Juni kam es bei Coburg zu einem Vorpostengeplänkel. Die Nachrichtenverbindung mit Theres ist unterbrochen, Theres selbst von den Franzosen besetzt (StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 5).
- 156 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 2.
- 157 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 5.
- 158 S. Anm. 157.
- 159 Brief Ernsts vom 25. 7. 1806 (StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 2).

- 160 Noch am 23. 8. hat der Minister die Absicht, einer zur Vorbereitung eines Nordischen Bundes nach Römhild einberufenen Konferenz beizuwohnen (StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 5).
- 161 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 5.
- 162 S. Anm. 161.
- 163 StA CO LA F Nr. 7586.
- 164 Adolf Frhr. v. Danckelmann (1778–1820; vgl. Gothaische Genealog. Taschenbücher Frhrn 1837) war Kapitän der Batavischen Republik und bewarb sich 1805 bei Kretschmann um eine Anstellung im Fabrikdepartement. Nachdem er eine gute Arbeit »Bericht über Baumwollenfabrik und Manufakturwesen, vorzüglich mit Rücksicht der im sächsischen Voigtlande stattfindenden Fabriken und Manufakturen« zur Probe abgeliefert hatte, wurde er am 14. 2. 1806 zum Oberberg- und Fabrikdepartementsrat ernannt. November 1806 coburgischer Gesandter im französischen Hauptquartier, Mai 1807 Ausscheiden aus dem Fabrikdepartement, 17. 9. 1807 lehnt er die Annahme der Kammerherrenwürde ab, Oktober 1807 mit Herzog Ernst I. in Paris, November 1807 auf unbestimmte Zeit beurlaubt, 25. 6. 1808 Entlassung aus dem coburgischen Staatsdienst auf eigenen Antrag, 1809 K. sächs. Geh. Legationsrat und Resident in der Freien Stadt Danzig. Er besaß das Gut Lodersleben b. Querfurt (StA CO LA F Nr. 5928, 5931, 5932, 7364; ebd. Min E Nr. 3527; ebd. Min F Nr. 464; ebd. Min G Nr. 987).
- 165 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 13.
- 166 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 13, 17.
- 167 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 17.
- 168 StA CO LA A I 28 b 13 Nr. 39. In Ernsts Begleitung befand sich zunächst der Kammerjunker Ludwig Friedrich Emil v. Coburg (1779–1827), natürlicher Sohn des Prinzen Ludwig, später Geh. Rat, Präsident der Landesregierung und Oberstallmeister), von dem er aber während des Rückzuges getrennt wurde. Dem Kammerjunker gelang es, Coburg zu erreichen, während der Erbprinz wegen Mangels an Geld und Wagen zum Verbleiben im preuß. Hauptquartier gezwungen war.
- 169 Der Erbprinz besaß den Rang eines russ. Generalmajors. Er war vor Weihnachten kurz in Riga; seine Uniformen lagen bei Joseph Gruschkin in St. Petersburg bereit (StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 13, 25).
- 170 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 14.
- 171 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 13.
- 172 Über ihn vgl. Ulrich Crämer: Der politische Charakter des weimarischen Kanzlers Friedrich von Müller, in: Beiträge zur Thür. Geschichte, Bd. 1, 1934.
- 173 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 13, 14.
- 174 Vgl. Anm. 172a. – Wie weit es den Franzosen mit der Rückzahlungsabsicht ernst war, kann man schlecht beurteilen. Sollte es deshalb einige Verlegenheit gegeben haben, so schwand diese mit dem Eintreten der zweiten französischen Administration des Herzogtums im Januar 1807.
- 175 Napoleon hatte sich mit einer Ratifikation durch sie einverstanden erklärt.
- 176 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 13.
- 177 StA CO LReg Nr. 1718.

- 176 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 14.
- 179 Vgl. Anm. 178.
- 180 StA CO LReg Nr. 1718.
- 181 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 14.
- 188 Vgl. Anm. 181.
- 188 StA CO LReg Nr. 3866. – Im Anschluß an den Aufruhr war die auf Anforderung Kretschmanns entsandte Eskadron vom 4. bayer. Chevaulegers-Regiment Bubenhoven bis Mitte März in Rossach, Großhelrat, Untersiemau, Obersiemau, Harth und Ahorn stationiert (HStA M Abt. II MA Nr. 89945). – Die Verhaftung Imhoffs erfolgte am Vormittag des 9. Januar durch Hauptmann v. Kurnatowsky und ein coburgisches Militärkommando. Imhoff war bis zum 31. 1. auf der Veste; seine Freilassung dürfte er der neu installierten französischen Administration zu verdanken gehabt haben (StA CO Archiv Hohenstein Akten Nr. 10). Außer Imhoff war auch der Schultheiß Ritter von Ahorn inhaftiert (ebd. Nr. 12).
- 184 StA CO LReg Nr. 3877. – StA CO Archiv Hohenstein Akten Nr. 12.
- 188 StA CO LReg Nr. 3877; ebd. LA A I 28 b 16 B Nr. 14, 17. – StadtA CO B 105. – In Berichten der bayer. Landrichter bzw. Landkommissäre Schell zu Staffelstein und Schuster zu Lichtenfels vom 12. 1. heißt es, die Bauern hätten in Kretschmanns Haus (Herrngasse 4) die Türe eingeschlagen, wovon aber sonst nirgends die Rede ist (HStA M Abt. II MA Nr. 89945).
- 186 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 17. – Am 13. 4. 1807 traten übrigens auch die Schwarzburgischen Fürstentümer dem Rheinbund bei.
- 187 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 20a. – Napoleon hatte sein Wissen aus dem *Moniteur*! (ebd. Nr. 14).
- 188 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 17, 19. – Die Herzogin Auguste schreibt um diese Zeit auf Anraten Danckelmanns schweren Herzens an Napoleon (undatiertes Konzept), um »exposer la cause de l'absence de mon fils et les motifs déplorable qui se sont jusqu'aujourd'hui opposés à son retour. . . . Sire, mon fils sollicite la liberté de venir prendre possession de l'heritage de ses pères; il invoque les bontés généreuses qui ont dicté le traité conclu avec les maisons ducales de Saxe; il demande à être le plus dévoué et le plus fidèle des alliés de Votre Majesté Imperiale et Royale« und sie gibt der Hoffnung Ausdruck, daß »le cœur du grand Napoléon est le sanctuaire de la justice . . .« (StA CO LA A I 28 b 18 Nr. 42). – Dem Franzosen konnte sogar ein Attest des preuß. Leibarztes Hufeland vorgelegt werden, in dem die Reiseunfähigkeit des Erbprinzen bescheinigt wird (StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 14).
- 189 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 20.
- 190 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 20a.
- 191 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 17.
- 198 Vgl. Anm. 191.
- 198 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 15.
- 194 Vgl. Anm. 188.

- 198 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 6, 15. – Am 1. Mai war er in Prag (ebd. Nr. 39) – Sein Zögern wurde französischerseits damit quitiert, daß sein Herzogtum im französ. Staats- und Adreßkalender auf das Jahr 1807 nicht enthalten war.
- 199 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 15.
- 197 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 2, 8, 18, 39. – Demnach irrt Thilo Krieg: Erbprinz Ernst (Herzog Ernst I.) von Sachsen-Coburg-Saalfeld im preußischen Lager 1806/07, in: Aus den Coburg-Gothaischen Landen, Heft 1 (1903), wenn er S. 3 glauben macht, als ob Ernst I. am 30. Mai für immer in sein Land zurückgekehrt sei.
- 198 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 15, 18.
- 199 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 16, 18.
- 200 So berichtet er z. B. am 5. 7. aus Berlin: » . . Bayreuth kommt an Bayern . . .« (StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 16).
- 201 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 18
- 202 StA CO LA K Nr. 387.
- 203 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 18.
- 204 Vgl. Anm. 203.
- 205 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 39.
- 206 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 20a.
- 207 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 18.
- 208 Vgl. Anm. 207.
- 209 Tatsächlich scheinen die Stände versucht zu haben, die Regentschaft zu beseitigen und ein Ständeregiment unter französischem Schutz zu errichten. Der Minister berichtet dem Herzog am 8. 7.: » . . . Man versichert mir, daß eine Ritterschafts-Verwaltung die Beste sei, daß man keine Souveränität ausüben dürfe . . .« (StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 6). Die Herzogin fühlt sich in dieser Richtung vor allem durch einen Brief Hendrichs alarmiert, in welchem dieser die Möglichkeit erwähnt, einen Regenten zu beseitigen, der seine Pflicht nicht erfüllt (Widerstandsrecht) und von Tyrannei in Coburg spricht (StA CO LA A I 28 b 18 Nr. 38). Auguste erwiderte: » . . . Möge mein Sohn nie veranlaßt werden, die Gerechtigkeit gegen Sie aufzufordern . . .« (dazu auch StA CO Archiv Hohenstein Akten Nr. 40).
- 210 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 6.
- 211 Vgl. Anm. 210.
- 212 StA CO LA K Nr. 393; ebd. Min F Nr. 327.
- 213 Karl Albert Dietrich Friedrich Regenher(t)z stammte aus Soest, wo er am 27. 8. 1781 geboren wurde. Sein Vater war K. preuß. Präsident in der Grafschaft Mark. Studium in Halle, dann 5 Jahre Referendar beim K. preuß. Kammergericht und bei der Regierung in Münster und (1804) beim Kammergericht in Berlin. Da ihm Aufstiegsmöglichkeiten nur in den polnischen Provinzen Preußens geboten wurden, sucht er über den Kammergerichtspräsidenten v. Kircheisen Verbindung mit Kretschmann. 8. 5. 1806 Geh. Kanzleirat und vortragender Rat beim Landesministerium, 8. 7. 1806 Sitz und Stimme in der Landesreg. als Justizkoll., 1. 1. 1808 Mitglied der Immediatkommission (vgl. Anm. 238), 25. 4. 1808 Beschränkung auf Tätig-

keit im Justizkollegium, 2. 1. 1822 Geh. Regierungsrat; 27. 2. 1824/11. 1. 1825 gelingt es ihm, seine Versetzung nach St. Wendel als Leiter der Justizabteilung bei der Regierung für die Herrschaft Lichtenberg abzuwenden; 1826/27 Absicht, in sachsen-meiningische Dienste zu gehen; 25. 12. 1828 Direktor der Landesregierung, 5. 10. 1829 Direktor des Justizkollegiums und Geh. Rat, 2. 1. 1837 Kanzler, 2. 1. 1839 Verleihung des Komturkreuzes II. Kl. des Ernestinischen Hausordens, 1845 Komturkreuz I. Kl.; 1848 ist er der einzige aktive Staatsdiener im Herzogtum, der schon unter Herzog Franz Anton im Dienst war; 3. 11. 1851 Pensionierung. Gestorben in Coburg 6. 5. 1861 (StA CO Min F Nr. 240, 902, 905). – Regenerhertz dankte Kretschmann seine Laufbahn, und er ist auch stets für den Minister eingetreten, wovon ein Brief an Cruner vom 3. 6. 1808, also fast ein halbes Jahr nach Kretschmanns Abtreten, zeugt: ». . . Um indessen ganz offen, wie es mir eigen ist, zu Werke zu gehen, und um mich – mirabile dictu! – nicht abermals durch die Vernehmung von Dienstboten kompromittiert und bei dem Publico in ein scheinbar nachteiliges Licht gesetzt zu sehen, will ich Euer Hochwohlgebornen gar nicht verhehlen, daß ich diese Gelegenheit [eines erbetenen Urlaubs] dazu benütze werde, den Herrn Minister v. Kretschmann, dem ich als meinem vormaligen Vorgesetzten sehr vieles verdanke, um so mehr zu besuchen und ihn über meine persönlichen Verhältnisse zu sprechen, als ich in Gesellschaft des Herrn v. Steinau und seiner Frau [einer Tochter Kretschmanns] wahrscheinlich nach Theres reisen kann . . .«. Der Erfolg dieses Briefes war durchschlagend: das Landesministerium verweigerte nicht nur die Erteilung des Urlaubs, sondern legte Regenerhertz nahe, um seine Entlassung einzukommen (Quellen wie oben).

214 StA CO Min F Nr. 328.

215 StA CO LA A I 28 b 18 B Nr. 8.

216 Christoph Arzberger, geboren Arzberg (Ofr.) 22. 10. 1773, Professor am Casimirianum in Coburg, 20. 5. 1802 Wirkl. Rat bei der Landesregierung, 21. 10. 1808 Geh. Regierungsrat, 1. 1. 1808 Mitglied der Immediatkommission, 1. 6. 1808 Wirhl. Geh. Konferenzrat mit Sitz und Stimme im Landesministerium, 19. 12. 1821 Geh. Rat und Präsident des Kammerkollegiums, gestorben auf einer Dienstreise 11. 7. 1822 in St. Wendel, wo ihm 1828 auf dem Friedhof ein Denkmal gesetzt wurde (StA CO Min F Nr. 554). – Kurzbiographie bei K r i e g (vgl. Anm. 287), Heft 5.

217 StA CO LA A I 28 b 18 B Nr. 8.

218 Der uneigennützigste Helfer und treueste Freund Kretschmanns in Coburg war Dr. Theodor Konrad Hartleben, der erst sehr spät nach Coburg kam. Er hatte in Straßburg, Gießen und Mainz Rechtswissenschaften studiert und hatte 1790 beim Wahlkonvent in Frankfurt, 1791 beim Reichskammergericht in Wetzlar, 1792 beim Reichshofrat, 1793 in der kurmainzischen Gesandtschaftskanzlei in Regensburg gearbeitet. Anschließend war er bischöflich speyrischer Hofrat und Oberamtmann zu Kislau, von wo er 1801 von Fürstbischof Hieronymus als Geh. Rat und Prof. für Staatsrecht an die Universität Salzburg berufen wurde. Nach der Säkularisation zog er sich ganz auf seinen Wirkungskreis an der Universität zurück, als Erzherzog Ferdinand von Toskana »merkte, daß ich nicht zur katholischen Partei gehöre«, und ihm deshalb Schwierigkeiten bereitete. In Salzburg hatte er sich um die Organisation des Polizeiwesens verdient gemacht und seine Arbeiten in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift »Polizeifama« dargestellt. Dadurch wurde Kretschmann auf ihn aufmerksam; der Minister versuchte im November 1803, Hartleben zum Eintritt in coburgische Dienste zu bewegen. Als das Patent für Hartleben als Wirkl. Landesregierungsrat bereits unterfertigt war, bekam H. indessen die Stelle eines K. bayer. Polizeidirektors in Würzburg angeboten; da sowohl er als seine Frau bayer. Untertanen waren, hat er Würzburg Coburg vorgezogen. Als 1806 Würzburg an Ferdinand von Toskana fiel, sollte Hartleben nach Tirol versetzt werden, wozu er keine Neigung verspürte. Er wandte sich wieder an Kretschmann, der für seine Anstellung als Landesregierungsrat am 1. 4. 1806 sorgte.

Hartleben unterstützte den Minister wesentlich bei der Abfassung seiner Schrift über die Organisation des Herzogtums. 21. 10. 1806 Geh. Regierungsrat, unter der französischen Administration Februar bis Juli 1807 Vertrauensmann des Ministers in Coburg, 11. 8. 1807 Dirigent des Revisionsgerichtes, 20. 6. 1808 Ankündigung seines Ausscheidens aus coburgischen Diensten, November 1808 Großherzogl. badischer Regierungsrat und o. 6. Prof. f. Zivil- u. Kriminalprozeß an der Universität in Freiburg (Breisgau) (StA CO LA F Nr. 7492; ebd. Min F Nr. 728). – Hartleben fällt z. T. vernichtende Urteile über die Immediatkommission und andere coburgische Beamte, warf der coburgischen Justiz Parteilichkeit vor (». . . es scheint, daß nur solche Prozesse vollendet werden, welche nach Wunsch ausfallen . . .«) und nannte die Nach-Kretschmannsche Verwaltung ein »System des Terrorismus« (StA CO LA F Nr. 7493). Als er versuchte, Licht in die dunkle Affäre um den Finanzrat Berly (wovon im Text noch kurz zu sprechen sein wird) zu bringen, wurden nicht nur subalterne Beamte und Dienstmägde mit seiner Bespitzelung beauftragt (StA CO LA F Nr. 7492), sondern ihm selbst ein Vergewaltigungsprozeß anzuhängen versucht, der dann kläglich im Sand verlaufen ist (StA CO LA F Nr. 7495). – Jahre später, als Kretschmann längst tot war, hat Hartleben die Situation in Coburg aus der Ferne wohl richtig gesehen, als er 1826 schrieb: ». . . Ich hatte keinen rechtlichen Grund, zu dem Sturz eines Mannes mitzuwirken, den ungeachtet großer Talente die Größe seiner eigenen Leidenschaften von selbst stürzen mußte . . .« (StA CO Min F Nr. 728).

219 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 8.

220 Vgl. Anm. 219. – Bereits im September 1807 war auch der Fürst zu Leiningen ganz gegen Kretschmann eingestellt. Der Fürst schrieb am 2. September an Hohnbaum, er habe früher geglaubt, »daß nur Kretschmann allein sein System leiten, dirigieren und vollführen könne. Erfahrung hat mich eines Besseren belehrt. Ich sage: jeder, der Beharrlichkeit, etwas Geschäftskennntnisse hat, jeder führt die Kretschmannschen Ideen, Pläne und Geschäfte schneller, besser und sicherer zum Ziel als Kretschmann selbst, denn Herr v. Kretschmann verdirbt, annulliert jede seiner guten Anordnungen und Pläne . . . selbst. Sein Treiben, sein Ton, seine Eile, seine Hitzigkeit . . . übereilt, überschneilt alles. . . Behält der v. Kretschmann die Regie, Diraktion, die Kontrollgewalt der Geschäfte, so werden alle die Oberen, [die] ihm stehen, geworfen oder sie gehen; . . . welche auch nur einigermaßen unter ihm stehen, müssen gehorchen oder er erdrückt sie. . . Will Kretschmann gehen, will er sich nicht in die Formen schicken, die der neue Herzog anordnet, fordert er seine Entlassung, so gebe man sie ihm . . .«. Auch Hartleben konnte der Fürst übrigens nicht ausstehen, er bezeichnete ihn als »höchst gefährlichen schlechten Menschen«, ohne dies näher oder überzeugend zu begründen (StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 8).

221 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 8.

222 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 6, 19.

223 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 6.

224 Adolf Friedrich v. Roepert hat in Erlangen die Kameralwissenschaften studiert; er stammte aus Mecklenberg. 5. 2. 1801 Kammerjunker in Coburg, 24. 7. 1801 Referendär bei der Landesregierung, 27. 12. 1803 Referendär beim Landesministerium, 7. 3. 1805 Legationsrat, 4. 3. 1806 vortretender Rat bei der Landesregierung, 19. 4. 1806 Landesregierungsrat, 5. 9. 1807 Oberappellationsgerichtsrat, 6. 6. 1808 Geh. Konferenzrat beim Landesministerium, 23. 12. 1813 Freistellung für Kriegsdienst (Offizier), Oktober 1814 wieder in Coburg, 1. 7. 1817 Kammerherr, 24. 3. 1823 Entlassung aus dem Staatsdienst wegen erheblicher Urlaubüberschreitung, 5. 10. 1823 Wiedereinstellung als Burghauptmann in Saalfeld mit dem Titel als Geh. Konferenzrat, 24. 12. 1824 kommissarischer Präsident der Regierung des Fürstentums Lichtenberg in St. Wendel (Saar), 20. 12. 1826 Übertritt in Dienste des Herzogtums Sachsen-Meinigen (StA CO Min F Nr. 901; ebd. LA A I 33 c 1 Nr. 114; ebd. LA R Nr. 492–494).

- 228 StA CO Min F Nr. 420.
- 226 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 8.
- 226a Ernst an Auguste, Paris 4. 10. 1807: » . . . Es wimmelt von deutschen Fürsten hier, die aber alle noch nichts Bestimmtes über ihr Schicksal wissen und sich einstweilen auf das Aller-unschicklichste herumtreiben . . . « (StA CO LA A I 28 b 13 Nr. 39). Er lobt allerdings die Aufmerksamkeit, mit der er in Paris behandelt wird (ebd.).
- 227 Vgl. Bohley a. a. O., S. 54 ff.
- 227a StA CO LA F Nr. 7374. – In Coburg herrschte große Erleichterung, daß sich die deutschen Gutachter nicht für den Entwurf des Ministers erwärmen konnten. Am 15. November schreibt Hohnbaum an die Herzogin: » . . . Mit der Konstitution hat der v. Kretschmann gezeigt, daß er den Herzog an der Binde führt. Es waren darin 2 Artikel [die Entwürfe in: StA CO Min J Nr. 222], die bei allen deutschen Fürsten Aufsehen machen müssen, nämlich den Code Napoléon hier zum Staatsgesetz zu machen unter Garantie des Kaisers, und 2. einen Staatsrat zu errichten, wovon der jederzeitige Minister immerwährender Präsident wäre. Durch das erste würden alle deutschen Fürsten zur Annahme des Code Napoléon genötigt, durch das 2. wären die Hände des Herzogs erbärmlich gebunden . . . « (StA CO LA A I 28 b 13 Nr. 44). – Über die Einführung des Code Napoléon war indessen das letzte Wort noch keineswegs gesprochen; 1810 wurde die Schaffung einer Notariatsordnung im Herzogtum für so lange ausgesetzt, »bis über die Einführung oder Nichteführung des Code Napoléon und der französischen Gerichtsverfassung in den Staaten des Rheinbundes entschieden ist« (StA CO LReg Nr. 3515). Man kann Kretschmann also auch hier einen gewissen politischen Instinkt nicht gut absprechen.
- 228 StA CO LA A I 28 b 16 A III Nr. 16.
- 229 Der französische Administrator du Molart hat sich durch Kretschmann und Hartleben in Coburg stets argwöhnisch beobachtet gefühlt und war wohl auch Einküsterungen von selten der Landschaft gegen den Minister zugänglich. Im Januar 1808 behauptete er gegenüber Herzog Ernst, daß Kretschmann den Inhalt einer Kiste aus dem Nachlaß Herzog Franz' veruntreut habe. Wie sich später herausstellte, war ein Teil der vermiften Gegenstände im Besitz der Herzogin (StA CO LA A I 28 b 16 A III Nr. 13; ebd. LA F Nr. 7588).
- 230 Brief Hohnbaums an Auguste, Coburg 17. 11. 1807 (StA CO LA A I 28 b 13 Nr. 44).
- 231 StA CO LA A I 28 b 13 Nr. 44.
- 232 StA CO LA F Nr. 5939.
- 233 Vorher hatte er noch einmal versucht, den Herzog auf seine Konstitution festzulegen. Auf einen entsprechenden Bericht des Herzogs antwortet seine Mutter am 29. Oktober: » . . . Kretschmann kann ich mir lebendig in Paris denken . . . ; ich denke mir ihn wie eine englische Karrikatur mit seiner Konstitution im Sack, die sein einziger Gedanke ist und mit der er um Gotteswillen zu Hause bleiben soll, bis die von Deutschland fertig ist, die noch manche Änderung herbeiführen kann . . . « (StA CO LA A I 28 b 16 A III Nr. 16).
- 234 StA CO LA A I 28 b 13 Nr. 39.
- 235 StA CO LA I 28 b 13 Nr. 44. – Am 5. 12. fragt der Herzog Hohnbaum: » . . . Was macht denn Kretschmann, ich höre nichts von ihm. Hier hat er eine sehr einfältige Rolle gespielt, die mir nicht genützt und ihm viel geschadet hat. Sobald ich nach Hause komme, muß Ordnung werden; ich bestehe mehr denn je auf meinem schon einmal gefaßten Plan [einer kollegialischen Regierungsspitze, wie sie im neuen Landesministerium vom Juni 1806 ver-

- wirklich wurde]. Wer sich nicht danach fügen will, mag gehen . . .« (StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 8).
- <sup>286</sup> StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 8. – Die einzige Übereinstimmung zwischen Herzog und Minister bestand noch darin, daß kein geeigneter Nachfolger für Kretschmann vorhanden war. Der Kanzler Gruner fühlte sich sehr unsicher und drängte Kretschmann mehrfach, doch endlich wieder die Leitung der Geschäfte zu übernehmen (StA CO LA F Nr. 7373).
- <sup>287</sup> StA CO LA F Nr. 5930. – Als einen der Gründe, die ihn zur Niederlegung der Geschäfte veranlaßt hätten, gibt Kretschmann an, daß er nicht mehr gewußt habe, mit wem er arbeiten solle, da Herzogin Auguste »sehr oft sich in alle Regierungsangelegenheiten mengte, daß sie nicht bloß den Hof, sondern auch das Land regieren wollte . . .« (StA CO LA F Nr. 7559). Einst war dies dem Minister allerdings sehr recht gewesen.
- <sup>288</sup> StA CO LA F Nr. 7543. – Regenberz war in dieser Kommission der einzige, mit dessen Wohlmeinung Kretschmann rechnen konnte. Doch verstanden es Gruner, Arzberger und Roepert, ihm die wichtigsten Vorgänge vorzuenthalten, weshalb Regenberz schließlich von selbst ausscheidet (StA CO LA F Nr. 5938, 7543).
- <sup>289</sup> StA CO LA F Nr. 5938. – Am 26. Januar 1808 schreibt Kretschmann ahnungsvoll: » . . . Ich kann es Seiner Durchlaucht nicht genug verdanken, daß er meinen wiederholten Bitten nachgegeben und mich von den Ministerialgeschäften dispensiert hat. . . Ich werde meine Gesundheit geopfert haben und dennoch Undank ernten . . .« (StA CO LA F Nr. 7389).
- <sup>290</sup> HStA M Abt. II MA Nr. 89937.
- <sup>291</sup> StA CO LA F Nr. 5938.
- <sup>292</sup> Dieser Ausdruck für die Immediatkommission wird nur an dieser Stelle von Hartleben gebraucht; mit Kretschmanns Ansichten von einem Staatsrat hatte das Gremium indessen nichts gemein.
- <sup>292a</sup> Am 10. 2. 1808 schrieb Kretschmann an den Herzog aus Theres: » . . . Von einer anonymen Hand wurde mir ein neuer Finanzplan für Coburg mitgeteilt. Dieser ist – wenn er wahr ist – so ohne alle Kenntnis der Finanzquellen entworfen, daß ich Sie nur bedauern kann, wenn er ausgeführt werden sollte . . .« (StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 6).
- <sup>293</sup> Carl Peter Berly war Kontorist im Bankhaus Ruppel & Harnier in Frankfurt a. Main, ehe er 1804 als Kammerrat in coburgische Dienste trat, wo er ausschließlich bei der Staatsbank beschäftigt wurde. Am 15. 10. 1805 wurde er zum Finanzrat ernannt. Über die Führung der Bankgeschäfte hatte er schon bald eigene Ansichten, die der Minister nicht teilte, der ihm am 21. 12. 1804 schrieb: » . . . Sie von Ihrer Seite müssen auch dahin wirken, daß endlich einmal das Rechnungswesen bei der Bank, worauf Sie verpflichtet sind und wozu Sie angenommen sind, nach denjenigen Formen, welche gesetzmäßig sind, in Ordnung gehalten werde . . .«. Berly wußte übrigens genau, daß das Fundament der Bank nur feststehen konnte, wenn keine unvorhersehbaren Umstände einträten. Am 2. 6. 1805 berichtet er in diesem Sinn: » . . . Bis jetzt konnten wir [d. s. Berly und der 1802 aus württ. Diensten nach Coburg gekommene Finanzrat Johann Heinrich Haß; vgl. StA CO Min F Nr. 721] nur mit ängstlicher Sorge die Verfügungen treffen, die doch allein die Befolgung der Höchsten Befehle möglich machten, denn die Bankordnung schützt uns nicht vor möglichen Gefahren, wenn ein Unglück die Geschäfte treffen sollte . . .«. Dennoch gelang es mit Hilfe Berlys, der Bank bis Januar 1806 einen Kredit von fast 300 000 fl zu schaffen; Berly eröffnete auch weitreichende Geschäftsverbindungen, so u. a. mit dem Haus Rothschild. Allerdings hatte er den vom Rechnungsrat Albus bemerkten Fehler, daß alles, »was er tut, nicht aus Liebe zum Dienst, sondern aus Stolz und Eigennutz geschieht. Er bedenkt nicht,



daß es leicht ist, Finanzquellen in günstigen Zeiten zu benützen, aber sehr schwer, solche in drückenden Verhältnissen aufzusuchen . . .« (StA CO Min F Nr. 570; ebd. LA F Nr. 7350, 7358).

244 Schon im November 1807 war Goebel wieder aufgetaucht. Er zählte zu dem Kreis, der sich im unteren Wirtshaus in Neuses zu versammeln pflegte und unter Arzbergers Führung Kretschmanns offene und heimliche Gegner umfaßte. Goebel machte sich Hoffnung, die Präsidentenstelle bei der Landesregierung wieder zu erlangen, und auch Schnetter war mit von der Partie. Es wurde allerdings keiner von beiden in Dienst gestellt (StA CO LA F Nr. 7359, 7360).

245 StA CO LA F Nr. 7360.

246 StA CO LA F Nr. 5938.

247 Gemeint ist Roepert, den Kretschmann früher bereits vom Dienst zu suspendieren vorhatte (StA CO LA F Nr. 5938).

248 StA CO LA F Nr. 7360.

249 Vgl. Anm. 243.

250 StA CO LA F Nr. 7360. – Hartleben schrieb in diesen Tagen an Kretschmann: » . . . Manchmal entstand ehemals in mir der Zweifel, ob Euer Exzellenz das hiesige Bild nicht zu schwarz ansehen; aber jetzt bin ich überzeugt, daß die Schwärze der Farbe schwer zu finden ist, um es auszumalen . . .«.

251 Auch Hartleben, der wie Regenherz im Haus Berlys verkehrte, bekannte gegenüber Kretschmann: » . . . Ich halte Berly auch nicht ganz rein. Er hat mich um 800 fl geprellt, die gewiß nicht in den Bankbeutel flossen; allein ein Mensch, der so große und ruhige Gelegenheiten hatte, um sich zu bereichern, kann unmöglich ein solcher Verbrecher sein, wie man ihn jetzt behandelt – und in jedem Fall ist das Verfahren gegen ihn nie zu rechtfertigen. . . Trauriger Staat, wo der Landesherr Gesetzgeber, Richter und Gerichtsdieners in einer Person ist. . .« (StA CO LA F Nr. 7360). Dieser seiner Einstellung entsprechend versuchte Hartleben dann auch, Berlys Frau beizustehen, und er traf bei ihr den Rechtsanwalt Dr. Becher aus Frankfurt, der Berlys Vertretung übernommen hatte. Obwohl Hartleben mit dem Berlyischen Prozeß nie etwas zu tun hatte, wurde er deshalb vom Herzog stark unter Druck gesetzt.

252 StA CO LA F Nr. 7360.

253 Im März 1808 wurde er aufgefordert, seine (dem Hof gehörige) Wohnung in der Herrngasse 4 zu räumen, ein Vorfall, der nicht sehr gerecht erscheinen kann, nachdem der Herzog den ehemaligen Minister weiter als in seinen Diensten stehend betrachtete. Kretschmann kam der Räumungsaufforderung im Juni nach; den Transport des Mobiliars besorgte Regenherz (StA CO LA F Nr. 5940).

254 StA CO LA F Nr. 5938 (25. 4. 1806).

255 StA CO LA F Nr. 5938.

256 StA CO Archiv Hohenstein Akten Nr. 9. – Bis 1810 erschienen 3 Hefte von Band I (StA CO LA F Nr. 5938).

257 StA CO LA F Nr. 5938.

258 StA CO LA F Nr. 7360. – Hartleben berichtete auch, daß der vormalige französische Intendant Villain in Coburg gewesen sei und »mit großer Achtung« über Kretschmann gesprochen habe; er erwartet darauf freilich keine günstige Reaktion am Hof.

- 889** StA CO LA F Nr. 7359. – Johann Christoph Albus war ursprünglich Notar; am 9. 10. 1800 wurde er als Accessit bei der Konsistorialkanzlei angestellt. 19. 12. 1800 Regierungs-Kanzlist, 30. 7. 1801 Kanzlist bei der Geh. Kanzlei, 20. 5. 1802 Rechnungsrevisor bei der Landesregierung, 4. 8. 1805 Geh. Sekretär und Oberrevisor (er hat Kretschmann mehrfach nach Amorbach begleitet), 10. 5. 1806 Geh. Rechnungsrat beim Landesministerium und Generalbuchhalter der Staatsbank, 7. 6. 1808 provisorisch im Dienst bestätigt, 28. 10. 1809 ordentliche Dienst-Bestätigung, 2. 1. 1829 Geh. Rechnung- und Kammerrat, 2. 1. 1837 Lottodirektor mit dem Charakter als Geh. Regierungsrat, gestorben in Coburg 9. 2. 1837. An seiner Laufbahn unmittelbar nach Kretschmanns Abgang wird deutlich, daß er zu den Vertrauensleuten des Ministers gehört hatte. Er bekennt indessen 1812, »daß dieser ihm jederzeit die größten Versprechungen gemacht, daß er sich aber doch am Ende von ihm tief getäuscht gefunden habe«. Der Umgang mit Untergebenen war nicht Kretschmanns beste Seite (StA CO LA F Nr. 7389; ebd. Min F Nr. 555).
- 890** StA CO LA F Nr. 7360.
- 891** Hartleben scheidet mit Bitterkeit, froh, »den Despotism und die Ministerial-Schurkenstreich, welche man unter einem kopflosen Duodez-Souveränen treibt« hinter sich lassen zu können und ihnen nicht mehr ausgesetzt zu sein. Er hatte schon vorher heftig gegen seine Überwachung durch den Landesregierungs-Sekretär Justus Ludwig Bröhmer protestiert, und in einem vom 19. 9. 1808 aus Aarau (Schweiz) datierten Brief hält der Jurist auch gegenüber Ernst I. nicht mit seiner Meinung hinter dem Berg: ». . . Man hielt mich immer für einen warmen und selbständigen Anhänger Ihres vormaligen Ministers Herrn v. Kretschmann, weil mich stets Achtung vor seinen Verdiensten als Staatsbeamter, so weit ich sie kennen lernen konnte, sowie Ehr- und Dankbarkeitsgefühle abhielten, an der Bearbeitung einer Mine gegen ihn, welche seine undankbaren Schüler schon geraume Zeit unternommen hatten, Anteil zu nehmen . . .«, und er gibt noch einmal wenig schmeichelhafte Beurteilungen der herzoglichen Räte, von denen er insgesamt sagen muß: »Euer Herzogliche Durchlaucht sind von keinem Mann umgeben, der einen anderen Wunsch hätte als die Vernichtung des Herrn v. Kretschmann und aller derjenigen, welche seinem Gelste anhangen. . .« StA CO LA F Nr. 7380, 7493).
- 892** August Martin Friedrich Sebald war Amtskopist in Heldburg, ehe er am 21. 9. 1803 zum Rechnungsrevisor bei der Landesregierung bestellt wurde; 7. 10. 1805 Rechnungsrat und Revisionsdirektor, 10. 5. 1806 2. Oberrevisor mit dem Charakter als Geh. Rechnungsrat, 7. 6. 1808 Direktor des Kammeramts Saalfeld (StA CO Min F Nr. 924).
- 893** StA CO LA F Nr. 7357.
- 894** StA CO LA Urk. A I 14 Nr. 114.
- 895** Vgl. Anm. 78.
- 896** Vgl. Anm. 143. – Während der ersten französischen Administration, als sämtliche Hofausgaben von der französischen Intendantur gesperrt waren, hatte Kretschmann 3004 fl Besoldung zum Schein quittiert, das Geld aber tatsächlich an Herzogin Auguste weitergegeben. Auch später noch hat er von eigentlich ihm zustehenden Bezügen Ausgaben für die herzogliche Familie bestritten, ohne daß er dafür je von Herzog Ernst einen Dank erhalten hätte (StA CO LA F Nr. 7540; ebd. LA F Nr. 5934).
- 897** StA CO LA F Nr. 7575. – Als Forum, vor dem die Rechtfertigung Kretschmanns stattfinden sollte, hatte Herzog Ernst die Landesregierung als Justizkollegium vorgesehen. Kretschmann verlangte Entbindung der darin tätigen Räte von den Pflichten gegen den Herzog, Auslieferung von Akten zu Studienzwecken, Zeugeneinvernahme der Herzogin Auguste sowie der Prinzen Friedrich Josias und Leopold, sowie die Ausschaltung jeglichen Einflusses der Räte Gruner I, Arzberger, Gruner II, Hofmann, v. Roepert, v. Schultes, Riemann auf die Untersuchung (StA CO LA F Nr. 5939a). – Mit Mühe nur ist Adolph Frhr. v. Dank-

- kelmann einem ähnlichen Prozeß um die bei seiner Tätigkeit angelaufenen Gesandtschaftskosten in Höhe von 33 202 fl 36 kr entgangen (StA CO Min G Nr. 899).
- 266 StA CO Min F Nr. 5936. Das Buch sollte im Verlag des Buchhändlers Fleischer in Leipzig erscheinen.
- 269 StA CO LA F Nr. 5942. – Vgl. Anm. 268. – Kretschmanns Auffassung vom Eigentumsrecht an den Briefschaften war natürlich in allen Fällen irrig, wo er in seiner Eigenschaft als Minister der Empfänger gewesen war.
- 270 StA CO LA A I 28 b 13 Nr. 47.
- 271 StA CO LA F Nr. 5939a.
- 272 StA CO LA F Nr. 7538.
- 273 Vgl. Anm. 220.
- 274 Vgl. Heins: Amorbach a. a. O., S. 185.
- 275 StA CO LA A I 28 b 16 B Nr. 6.
- 276 StA CO LA F Nr. 7560.
- 277 HStA M Abt. II MA Nr. 89937.
- 278 Vgl. Anm. 277. – Das rigorose Vorgehen Herzog Ernsts I. erhellt daraus, daß er sich nicht scheute, gegen die Wahrheit zu behaupten, Kretschmann habe ihn 1807 in Paris ohne Abschied und Urlaub verlassen (vgl. dazu Anm. 233, 239).
- 279 Vgl. Anm. 277.
- 280 Tatsächlich hatte Kretschmann, was wohl wieder auf Berlys Konto ging, nur 47 225 fl erhalten. Kretschmann wollte nachweisen, daß der Herzog Eigentümer der Bank sei und daß die 47 225 fl daher mit seinen Gegenforderungen verrechnet würden. Er drang aber mit seiner Ansicht nicht durch und wurde zur Zahlung an die Bank verurteilt, während er sich bezüglich seiner Forderungen an den Herzog halten sollte (Quelle wie Anm. 277).
- 281 1812 wurde Theres von seiten des Großherzogtums Würzburg (Landgericht Haßfurt) wegen »gesetzwidriger Auswanderung« des Eigentümers (nach Bamberg) beschlagnahmt. Kretschmann war bereits im Begriff, das Gut (welches er am 20. 3. 1804 nach Meistgebot um 155 000 fl von der Krone Bayern gekauft hatte) wieder zu veräußern. Am 6. Januar 1810 hatte er in Bamberg den bayer. Staatsbürgereid geleistet und gedachte, im Bayreuthischen neuen Grundbesitz zu erwerben. Durch die (wenn auch nur vorübergehende) Beschlagnahme von Theres wurden die Pläne zunichte, da die Mittel blockiert waren.
- 282 HStA M Abt. II MA Nr. 89937.
- 283 StA CO LA F Nr. 7578.
- 284 AStA M Abt. I MF Nr. 59278. Zu den Ablehnungsgründen zählte auch, daß eine Vermehrung der mittelbaren Gerichte nicht erwünscht war. – StA CO LA F Nr. 7578.
- 285 Da Kretschmann aufgrund der unrichtigen Darstellung Herzog Ernsts und entgegen Punkt 6 seines Dienstvertrages, dem zuwidergehandelt zu haben ihm nie richtig nachgewiesen worden ist (vgl. Anm. 240, 278), in Bayern als coburgischer Untertan galt, gelang es ihm nicht, das bayer. Indigenat zu erwerben (HStA M Abt. II MA Nr. 89937). – Dies hinderte ihn an seinen in Theres geplanten Unternehmungen, wozu u. a. die Errichtung einer chemischen Fabrik auf Säuren, Alkalien, Metalloxyde, Metallsalze und Weingeistpräparate gehörte (HStA M Abt. I Adelsmatrikel Beiakt Adel K 52).

- <sup>286</sup> Erst 1830 kam es zwischen seinen Erben und dem Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha zu einem Vergleich über die gegenseitigen Ansprüche. Danach bekam Herzog Ernst I. von der ursprünglich beanspruchten Summe in Höhe von 250 000 fl noch 24 000 fl (!), welche aus der Erlöse von Theres bezahlt wurden, das im gleichen Jahr von Kretschmanns Kindern verkauft wurde (StA CO LA F Nr. 7570, 7577).
- <sup>286a</sup> Vgl. Ulrich Hess: Geschichte der Behördenorganisation der Thüringischen Staaten und des Landes Thüringen von der Mitte des 16. Jahrhunderts bis zum Jahre 1952, Lehrbrief der Fachschule für Archivwesen (als Manuskript gedruckt), Potsdam 1958, S. 47 ff.
- <sup>287</sup> Der Umstand an sich scheint zuerst von Thilo Krieg: Das geehrte und gelehrte Coburg, in: Coburger Heimatkunde und Heimatgeschichte, Heft 8 (1929), S. 85 (Artikel Schultes), erkannt worden zu sein.

#### ABBILDUNGSVERZEICHNIS

- Abb. 1 Theodor Konrad v. Kretschmann (1762–1820). Pastell von Bertha v. Kretschmann, um 1815 (Maße: 35 : 25 cm). – Bayer. Staatsarchiv Coburg. – Foto: D. Hildebrand, Coburger Landesstiftung.
- Abb. 2a Herzogin Auguste zu Sachsen-Coburg-Saalfeld (1757–1831). – Bayer. Staatsarchiv Coburg, Bildersammlung.
- Abb. 2b Herzog Ernst I. zu Sachsen-Coburg-Saalfeld (seit 1828 -Gotha). – Bayer. Staatsarchiv Coburg, Bildersammlung (Foto).
- Abb. 3 Die Paraphierung des Beitritts zum Rheinbund durch die Unterhändler der Ernestinischen Fürstentümer; unten Petschaft und Unterschrift Friedrich v. Müllers für Sachsen-Coburg-Saalfeld (s. Text S. 48). – Bayer. Staatsarchiv Coburg LA A I 28 b 16 B Nr. 13 fol. 57. – Foto: D. Hildebrand, Coburger Landesstiftung.
- Abb. 4a Johann Adolph v. Schultes (1744–1821); s. Anm. 111. – Bayer. Staatsarchiv Coburg, Bildersammlung.
- Abb. 4b Johann Ernst Gruner (1757–1822); s. Anm. 88a. – Bayer. Staatsarchiv Coburg, Bildersammlung.